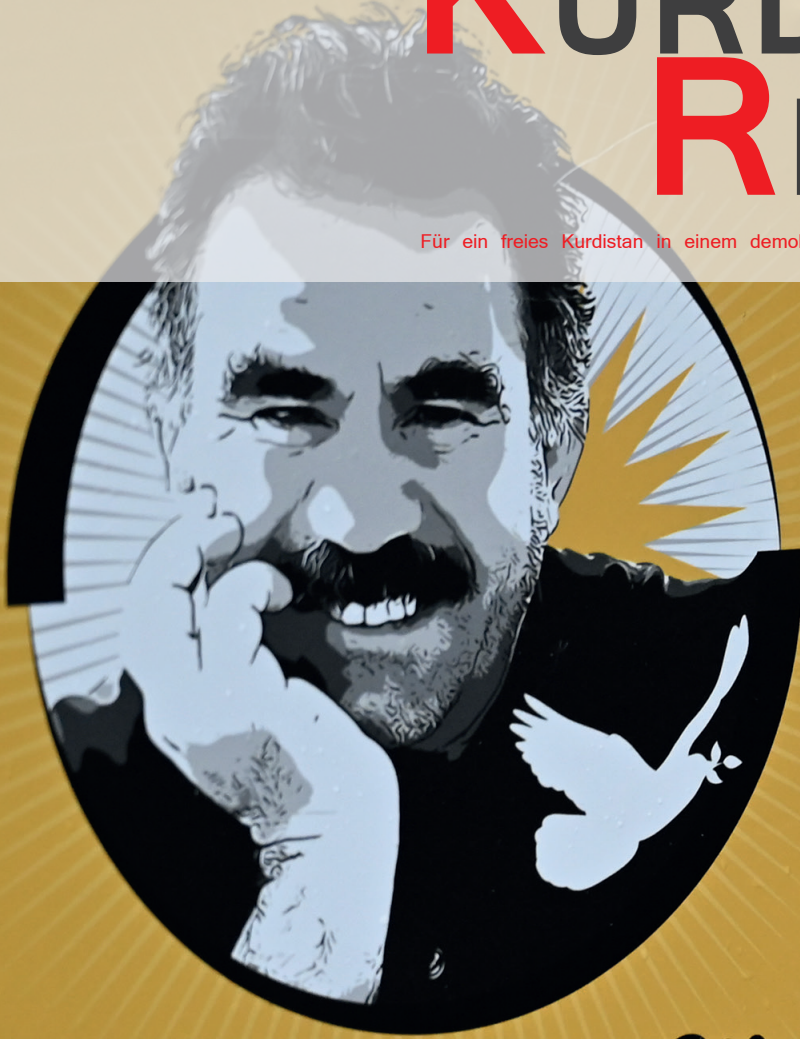


KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Freiheit für
ÖCALAN

Aktuelle politische Lage Kurdistan und der Mittlere Osten: Jüngste Entwicklungen und demokratische Lösungsperspektiven Ali Çiçek	Vor den Kommunalwahlen in der Türkei Die Politik des Dritten Weges der Demokratischen Partei (DEM-Partei) wird die politische Transformation bewirken 4 Tayip Temel, Stellvertretender Generalsekretär der DEM-Partei 32
Die allgemeine Lage der Wirtschaft in der Türkei Ein gezielter Verarmungsprozess Ahmed Pelda, Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller	Eine internationale Entführung: Der Fall Öcalan 10 Kaveh Ghoreishi, Journalist 37
Der 8. März aus der Sicht des »Dritten Weges« Kein Jiyan ohne Jin und keine Azadî ohne Jiyan Cenî kurdisches Frauenbüro für Frieden	Die Entstehung der gesellschaftlichen Frage Die gesellschaftliche Frage 14 Abdullah Öcalan 42
Bericht der Frauendelegation in die kurdischen Gebiete in der Türkei »Ihre Geschichten mit uns tragen und den Kampf verdoppeln« Julie Ward (kollektive Arbeit der autonomen Delegation)	Eine ernste Gefahr für die demokratische Kraft im Nahen Osten Die Einsamkeit der Kurd:innen Kamuran Yükses, ehemaliger Ko-Vorsitzender der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) 45
Die Familien der Gefallenen Die verborgene Revolution der êzîdischen Frauen Ein Interview der Feministischen Organisation »Gemeinsam Kämpfen!«	Neue Entwicklungen im Nahen Osten und der Weg zu einer Lösung Religiöser Fanatismus und Liberalismus – Die palästinensische Bewegung, Ziel einer Liquidierung Cemil Bayık, Ko-Vorsitzender der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) 50
Der êzîdische Glaube und seine wichtigsten Feste zu Wintersonnenwende und Neujahr Die Êzîd:innen und das Êzîdentum Yilmaz Pêşkevin Kaba, êzîdischer Friedens- und Freiheitsaktivist, Fernsehmoderator (Çîra TV)	500 Jahre Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Moderne. Teil 2: Enteignung und Kolonialismus in der (Frühen) Neuzeit Eine Reihe der Initiative Demokratischer Konföderalismus www.i-dk.org 25 Fenna Joken und Thomas Maier 58
Eskalierende Wasserknappheit – lang anhaltende Dürreperiode – fehlende Krisenkommunikation Ökozid in Nordostsyrien Şermin Güven, Doktorandin am Institut für Geowissenschaften/ Disaster Research Unit (DRU)/ Freie Universität Berlin	Stephanie Barts neuer Roman beschreibt die 1970er Jahre aus der Sicht der RAF-Angehörigen Gudrun Ensslin >>Erzählung zur Sache<< Buchvorstellung von Elmar Millich 62 In der Türkei verfolgt. Von Deutschland abgelehnt: Kurd:innen brauchen Schutz! 28 Ein Beitrag von PRO ASYL 63



Die Nachrichtenagentur ANF News bietet ihren Service auch in deutscher Sprache an. Bereits 2005 gegründet verfügt die Agentur über ein breites Netzwerk von Journalist:innen, die von überall in Kurdistan, dem Mittleren Osten und Europa über die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen berichten. Neben der deutschen Sprache können die aktuellen Ereignisse auf der Homepage von ANF in Kurmancî, Kirmanckî, Sorani, türkischer, englischer, arabischer, persischer, russischer und spanischer Sprache verfolgt werden. <https://anfdeutsch.com> | Twitter: @FiratNews_DE | Mail: info@anfdeutsch.com



Bei einem türkischen Luftangriff auf eine Einrichtung der Föderation der Kriegsversehrten in Qamişlo wurden Sorxwîn Rojhilat und Azadî Dêrik getötet. Foto: ANHA



Für die Freiheit von Abdullah Öcalan und eine politische Lösung der kurdischen Frage demonstrierten am 17. Februar zigtausende Menschen in Köln. Foto: ANF



»Für die Freiheit aller Unterdrückten und Ausgebeuteten die Demokratie zurückholen« – Die DEM-Partei hat ihre Kandidat:innen für die Kommunalwahl im März vorgestellt. Foto: ANF

Liebe Leser:innen,

Eine kurze Nachricht und plötzlich steht die Welt still ...

Alles verschwindet in diesem Moment. Es entsteht eine Leere, die sich nach und nach mit Trauer und Wut füllt ...

Am 11. Februar hat der türkische Staat eine Einrichtung der Föderation der Kriegsversehrten mit einer Drohne bombardiert. Sorxwîn Rojhilat und Azadî Dêrik, beide Mitglieder der YPJ, kamen bei dem Angriff ums Leben. Jeder Verlust durch den türkischen Drohnterror schmerzt uns sehr. Aber in diesem Fall ist der Schmerz persönlich. Zwei Mitglieder unserer Redaktion kannten Heval Sorxwîn persönlich.

Meine erste Begegnung mit Sorxwîn war über eine englischsprachige Dokumentation zum Krieg in Kobanê. Sie war Kommandantin im Kampf gegen den IS. Der Journalist stammt wie Sorxwîn aus Rojhilat. Sie schaute in die Kamera und sagte mit einem Lächeln im Gesicht, dass sie nach dem erfolgreichen Kampf in Kobanê auch die Bevölkerung von Rojhilat befreien werden. Das war für mich der bewegendste Moment der ganzen Dokumentation. Ihr Lächeln und ihre Zuversicht haben mich sehr beeindruckt. Dieses Bild von ihr werde ich nie vergessen.

Es war ein so bewegender Moment, diese Heldin einige Jahre später in Rojava persönlich zu treffen. Sie war im Krieg um Kobanê verwundet worden. Erst später erfuhr ich, dass sie wegen der Splitter in ihrem Körper ständig Schmerzen hatte. Sie ließ sich nichts anmerken. Sie arbeitete nun für die Kriegsversehrten und gab ihren Mitstreiter:innen Kraft, auch mit und trotz der Kriegsverletzungen weiter für die Revolution zu arbeiten. Heval Sorxwîn war ein beeindruckender Mensch. Sie verlangte nichts, übte keinen Druck aus. Sie sorgte sich immer um das Wohlergehen ihrer Mitmenschen und machte ihnen einfach durch ihr Beispiel Mut. Wenn sie einen Ort besuchte, änderte sich die Stimmung schlagartig zum Positiven. Es gibt Menschen, deren bloße Anwesenheit dich glücklich macht, dir Zuversicht gibt. Sie war ein solcher Mensch. Ich habe jeden Moment in ihrer Nähe genossen. Ich wollte bei ihr sein, sie reden hören, ihr Lächeln sehen ...

Was bleibt uns von Heval Sorxwîn? Es bleibt die Erinnerung an ein Vorbild, an eine Schönheit, die im und durch den revolutionären Kampf erblüht. Es bleibt die Verantwortung, die sie uns hinterlässt, diesen Kampf mit noch größerer Zuversicht und Entschlossenheit zu führen. Und es bleibt das Lächeln von Heval Sorxwîn. Ein Lächeln, das uns daran erinnert, in jedem Augenblick unsere Menschlichkeit und unsere Liebe trotz aller Widrigkeiten zu bewahren.

In einer Sprachnachricht an unsere Freundin in der Redaktion berichtete sie, dass der türkische Drohnterror gegen den Norden und Osten Syriens das Leben für die Menschen deutlich erschwert habe. Aber gleich im nächsten Satz fügte sie hinzu, dass es trotzdem allen gut gehe und bald wieder alles besser werde...

Diese Worte über Dich zu schreiben, Heval Sorxîn, macht mich unendlich traurig. Aber gleichzeitig zaubert mir die Erinnerung an Dich ein Lächeln ins Gesicht. Wir werden Dein Andenken immer in Ehren halten. Und wir werden dies tun, indem wir den Kampf für ein freies Leben in Rojava, im Mittleren Osten und auf der ganzen Welt mit Deiner Entschlossenheit und Deiner Zuversicht weiterführen.

Eure Redaktion

Aktuelle politische Lage

Kurdistan und der Mittlere Osten: Jüngste Entwicklungen und demokratische Lösungsperspektiven

Ali Çiçek

Mit dem seit Anfang Oktober 2023 andauernden Krieg in Gaza und Israel ist der sogenannte »Nahostkonflikt« wieder ins Zentrum der internationalen Öffentlichkeit und Politik gerückt. Es wird vor einer Kettenreaktion und einem Flächenbrand in der Region gewarnt. Angesichts von über 25.000 toten Zivilist:innen in Gaza durch die genozidalen Angriffe der israelischen Armee mehrten sich die Stimmen für ein Ende des Gaza-Krieges und verschiedene regionale und internationale Akteure legen Pläne für einen nachhaltigen Frieden im Mittleren Osten vor. Kaum berücksichtigt werden hierbei jedoch die historischen und gesellschaftlichen Realitäten der Region. Die Warnung des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan, dass es »die größte Katastrophe für eine Gesellschaft ist, die Kraft zu verlieren, über sich selbst nachzudenken und selbstständig zu handeln«¹, ist angesichts der jüngsten Entwicklungen und Diskussionen rund um den Gaza-Krieg besonders treffend. Denn für die nahöstlichen Gesellschaften ist die jüngste Eskalation die Fortsetzung eines seit bereits langem andauernden Krieges und Konflikts. So herrscht vor allem in Kurdistan und Palästina seit hundert Jahren ein ununterbrochener Krieg.

Der Mittlere Osten als Zentrum des Dritten Weltkrieges

Die gegenwärtigen Krisen und Kriege vor allem im Mittleren Osten, aber auch auf internationaler Ebene werden von der kurdischen Freiheitsbewegung im begrifflichen und theoretischen Rahmen des »Dritten Weltkrieges« eingeordnet: »Wenn wir das orientalistische Paradigma zerschlagen, sehen wir, dass das Ende des Kalten Krieges für den Mittleren Osten gleichbedeutend mit dem Sprung des heißen Krieges auf eine höhere Stufe ist. Dass der Golfkrieg im Jahr 1991, ein Jahr nach dem

Ende des Kalten Krieges, erfolgte, bestätigt diese Ansicht.«² In diesem Krieg ändert sich zwar die Priorisierung von geographischen Gebieten, jedoch wird der Krieg in verschiedenen Formen in vielen Regionen gleichzeitig geführt. Manchmal steht die Diplomatie (soft power), manchmal die Gewalt (hard power) im Vordergrund. Auch der seit 2022 andauernde Krieg in der Ukraine fügt sich in dieses Bild. Mit dem Angriff Russlands gegen die Ukraine hat der Dritte Weltkrieg zum ersten Mal die Grenzen des Mittleren Ostens verlassen. Die jüngsten Entwicklungen in Gaza-Israel deuten jedoch darauf hin, dass das Zentrum des Krieges wieder der Mittlere Osten sein wird. Dieser seit fast 35 Jahren andauernde Dritte Weltkrieg kann auch als ein globaler – Neuordnungsprozess definiert werden, der seit dem Zerfall der Sowjetunion andauert. In diesem Rahmen beruhen Strategien wie das »Greater Middle East Project« (GME) vor allem darauf, den Mittleren Osten von potenziellen Bedrohungen für die USA und den Westen zu säubern, die Energieressourcen und Energiekorridore zu kontrollieren und die Sicherheit Israels zu gewährleisten.

Der Dritte Weltkrieg lässt sich hierbei in vier Phasen unterteilen, in denen verschiedene Interessen und Akteure prägend waren und sind. Entsprechend der oben genannten Ziele begann die USA diesen Krieg mit dem Golfkrieg im Jahr 1991 und dem Ausbau ihrer militärischen und politischen Macht durch die Entsendung von zehntausenden Soldaten in die Region. In der zweiten Phase intervenierte die USA mit ihren Verbündeten in Afghanistan und im Irak. Das internationale Komplott³ gegen den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Abdullah Öcalan fällt ebenfalls in diesen Zeitraum. Dieser Komplott sollte den Einfluss der kurdischen Freiheitsbewegung im Mittleren Osten schwächen. Dies untermauert die wichtige geopolitische und geostrategische Rolle Kurdistans in diesem Krieg. Die dritte Phase wurde eingeleitet

1 Abdullah Öcalan, Manifest der demokratischen Zivilisation (Vierter Band), Die demokratische Zivilisation: Wege aus der Zivilisationskrise im Nahen Osten, S. 314

2 ebd. S. 311

3 Illegale Entführung Abdullah Öcalans in Kenia am 15. Februar 1999 und seine bis heute andauernde Inhaftierung auf der türkischen Gefängnisinsel İmralı.

mit dem sogenannten »Arabischen Frühling«, im Zuge dessen die Völker des Mittleren Ostens zum ersten Mal in der Moderne als zentrales Subjekt die politische Bühne betraten. Dieser gesellschaftliche Aufstand, der am 17. Dezember 2010 in Tunesien begann, führte zu einer radikalen Veränderung der Machtverhältnisse in der Region. Seitdem befinden sich die bisherigen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen in der Region in einem unumkehrbaren Veränderungsprozess. Die externen Interventionen globaler Mächte in die nach dem Arabischen Frühling entstandenen Konflikte und politischen Kämpfe haben die ohnehin schon komplexen regionalen Beziehungen weiter verkompliziert. Vor allem in Syrien, im Jemen, im Irak und in Libyen geht der erbitterte Kampf zwischen lokalen Mächten weiter, während auf der anderen Seite globale Mächte wie die USA, China und Russland gleichzeitig in einen erbitterten Machtkampf in der Region verwickelt sind. Diese Machtkämpfe vieler Akteure machen den Prozess – sehr kompliziert. Die vierte Phase des Dritten Weltkrieges wird hingegen vor allem von Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft über Energieressourcen und Energiekorridore geprägt. Und auch der gegenwärtige Krieg zwischen der Hamas und dem israelischen Staat ist als ein direkter Teil der Dritten Weltkrieges zu verstehen.

Energiekriege im Mittleren Osten

Im Kontext des globalen Neuordnungsprozesses bröckelt die US-Hegemonie und der Einfluss von – Staaten wie China, Russland, Indien etc. und Staatengemeinschaften wie z.B. den BRICS-Staaten wächst. In der Entwicklung einer multipolaren Weltordnung werden auch Handelswege und Energiekorridore neu gestaltet und die Länder des Mittleren Ostens wollen Teil dieses Prozesses, der Aushandlung neuer Haupthandelsrouten und Energiekorridore zwischen Asien und Europa, sein. Der Mittlere Osten ist also erneut zu einem Feld des Wettbewerbs zwischen den Hauptakteuren des globalen Systems, nämlich China, den USA und Russland, geworden. Im Gegensatz zu den ersten Phasen des Dritten Weltkrieges kann gegenwärtig (noch) nicht von einem militärischen Trend gesprochen werden. In den USA sehen wir die Tendenz, amerikanische Truppen abzuziehen und – Verteidigungsmechanismen durch lokale Akteure aufzubauen. Der Konflikt findet daher auf der Ebene des wirtschaftlichen Wettbewerbs statt. Die zentrale Frage der internationalen Akteure ist, ob China oder Indien der Hauptakteur in diesem Handel sein wird. Derzeit beabsichtigen die USA den Fluss von Waren und Dienstleistungen in den Westen über Indien gegen China zu sichern und Indien zu diesem Zweck zu stärken. China dagegen, das in der Vergangenheit wenig Interesse für den Mittleren Osten gezeigt hat, ist in letzter Zeit zu einem aufsteigendem Akteur in dieser Region geworden. Neben politischen Initiativen hat China

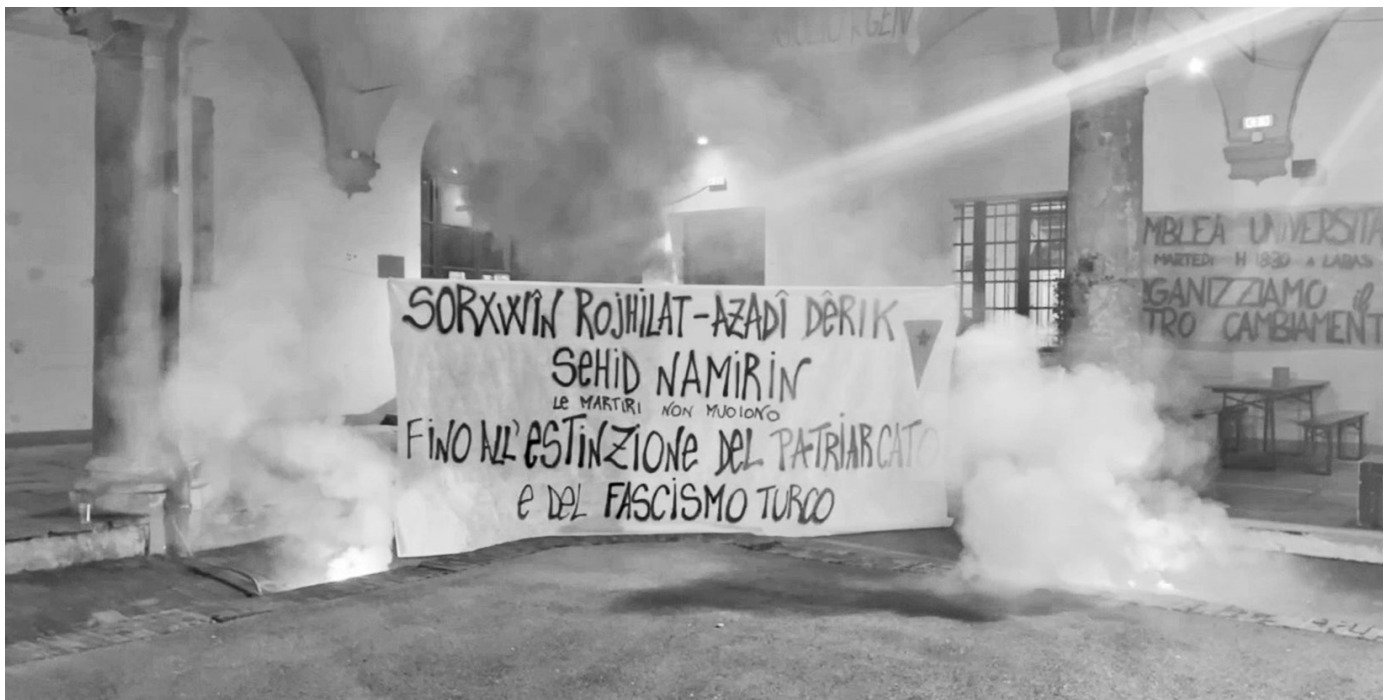
inzwischen in weiten Teilen des Mittleren Ostens ernsthafte wirtschaftliche Investitionen getätigt, von Ägypten über Syrien bis hin zu den Golfstaaten. Die Energiesicherheit hat für China, das im letzten Jahrzehnt zum zweitgrößten Ölimporteur der Welt wurde, große Bedeutung gewonnen. Der Wettbewerb zwischen China und den USA um die Kontrolle über die weltweiten Energieressourcen und Transitrouen wird daher immer deutlicher. Der Kampf um Energieressourcen und Transitrouen zwischen China und den USA herrscht nicht nur im Mittleren Osten, sondern auch in Zentralasien, im Kaukasus, in Afrika und in Südamerika.

Konkreter Ausdruck dieses Wettbewerbs um den Mittleren Osten ist der Versuch die Auswirkungen des chinesischen Projekts einer modernen Seidenstraße im globalen Wettbewerb zu minimieren. Daher wurde auf dem letzten G20-Gipfel am 9. und 10. September 2023 in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi – von den beteiligten Ländern der India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC)⁴ angekündigt. Das Projekt soll von Mumbai in Indien über die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien und Jordanien zum israelischen Hafen Haifa, dann über Südzypern zum europäischen Kontinent in den griechischen Hafen Piräus und von dort durch Osteuropa zum deutschen Hafen Hamburg führen. Indien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Italien, Frankreich, Deutschland, die USA und die EU – die Parteien dieses Abkommens – haben das Projekt mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung auf den Weg gebracht. Dieses Projekt verringert die geopolitische Bedeutung der Türkei und verleitete türkische Staatsvertreter zu offenen Drohungen mit den Worten: »Die Türkei ist vielleicht kein Spielmacher in der Region, aber sie kann sie stören!« Hinter Konflikten wie z.B. dem Bergkarabach-Krieg stehen daher auch Bemühungen der türkischen Regierung, neue Handelswege über die Türkei und Zentralasien zu eröffnen.

Die Ausweglosigkeit des Nationalstaates

Während diese zwischenstaatlichen Konflikte und Kriege sich also um hegemoniales Machtstreben zur Sicherung von Energiekorridoren und -ressourcen drehen, sind die Leidtragenden die Gesellschaften in der Region. Um demokratische Lösungsperspektiven entwickeln zu können, müssen daher zuallererst die – Verantwortlichen für diesen Friedhof der Kulturen und Völker benannt und zur Rechenschaft gezogen werden. Für den kurdischen Vordenker Öcalan ist klar, dass die Quelle der – Ausweglosigkeit die Nationalstaaten an sich sind: »Wir können nicht genug über die Zumutung des Nationalstaates reden, der die nahöstliche Kultur wie mit dem Messer zerstü-

⁴ <https://en.majalla.com/node/303536/politics/all-you-need-know-about-india-middle-east-europe-economic-corridor>



»Mit diesem Banner erweisen wir unseren Freundinnen und Schwestern Sorxwîn Rohhilat und Azadî Dêrik unsere Ehrerbietung und unsere Solidarität mit der YPJ ...«, erklären Genoss:innen in Bologna (Italien) nach einem weiteren Kriegsverbrechen des türkischen Regimes. Die beiden YPJ-Kommandantinnen sind bei einem Drohnenangriff auf eine Einrichtung der Föderation der Kriegsversehrten in Qamişlo getötet worden. | Foto: KR

ckelt. Denn das unheilbarste der erlittenen Traumata wurde durch dieses Messer ausgelöst. (...) Die Wunde blutet noch immer weiter. Schauen wir auf den alltäglichen Konflikt zwischen Hindus und Muslim:innen in Indien, das Abschachten in Kaschmir, im uigurischen Gebiet in China, in Afghanistan und Pakistan, das blutige Ringen der Tschetschen:innen und anderer in Russland, die Kämpfe in Israel/Palästina, Libanon und allen arabischen Ländern, die Konflikte von Kurd:innen mit Türk:innen, Araber:innen und Perser:innen, die konfessionellen Kämpfe im Iran, das ethnische Abschachten auf dem Balkan, die Auslöschung von Armenier:innen, Griech:innen und Suryoye in Anatolien – lässt sich etwa leugnen, dass die unzähligen andauernden und komplett regellosen Konflikte und Kriege wie diese ein Produkt des kapitalistischen Hegemoniestrebens sind?»⁵

Die kulturelle Wirklichkeit der Region befindet sich im Widerspruch zu dem vom Westen importierten Nationalstaatsmodell. Ausgangspunkt dieser nationalstaatlichen Ordnung ist das vor über hundert Jahren am 16. Mai 1916 zwischen Großbritannien und Frankreich unterzeichnete Sykes-Picot-Abkommen zur Aufteilung des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg. Es waren die Kräfte der kapitalistischen Moderne, die den Mittleren Osten auf der Grundlage von – Nationalstaaten entworfen haben – ohne Berücksichtigung

der Interessen und Belange der Völker der Region. Bei der Ausarbeitung der Grenzziehung berücksichtigten Großbritannien und Frankreich vor allem die reichen Wasser- und Erdölquellen der Region und negierten die Vielfalt der Völker. So ist die in Kurdistan und Palästina etablierte Ordnung ein Ausdruck dieses operativen Eingriffs der kapitalistischen Moderne. Die im Mittleren Osten etablierte Ordnung basiert auf der Verleugnung des Selbstbestimmungsrechts beider Völker. Daher haben sowohl positive, als auch negative Entwicklungen in Kurdistan und Palästina Auswirkungen auf die gesamte Region. Der Kampf beider Völker für demokratische und freiheitliche Errungenschaften erschüttert die genozidale und kolonialistische Ordnung im Mittleren Osten im Kern. Die Gründung des Staates Israel, die zu einer Eskalation des historischen arabisch-jüdischen Konflikts und zur Entstehung der Palästina-Frage führte, ist eng mit der Nahostpolitik der Kräfte der kapitalistischen Moderne verbunden. Denn einer der Grundpfeiler der etablierten Ordnung im Mittleren Osten ist die Existenz und Sicherheit des Staates Israel. Und auch die Entstehung der kurdischen Frage und die Tatsache, dass sie weiterhin ungelöst bleibt, ist ein Ergebnis des nationalstaatlichen Ansatzes. Weitere Probleme wie der Konflikt um Bergkarabach und der Genozid an den Armeniern beruhen ebenfalls auf dem nationalstaatlichen Ansatz.

Ohne die Überwindung von nationalstaatlichen Ansätzen im Mittleren Osten ist es nicht möglich diese Probleme nachhaltig zu lösen. Die jüngsten Entwicklungen in Gaza zeigen, dass

⁵ Abdullah Öcalan, Manifest der demokratischen Zivilisation (Vierter Band), Die demokratische Zivilisation: Wege aus der Zivilisationskrise im Nahen Osten, S. 418

die ungelösten Probleme jederzeit die gesamte Region in einen Krieg stürzen können. Dasselbe gilt auch für die sogenannte kurdische Frage. Die nationalstaatliche Mentalität und Politik des türkischen Staates gegen die kurdische Gesellschaft und Freiheitsbewegung verursachen dauerhaft Spannung, Konflikt und Krieg. Im Gegensatz zum israelisch-palästinensischen Konflikt ist die Dimension dieses Konfliktes noch vielschichtiger. So warnte Öcalan: »Wenn in Kurdistan die nationalistisch-etatistische Strömung die Oberhand gewinnt, entsteht nicht nur ein neuer Israel-Palästina-Konflikt, sondern gleich vier davon.« Diese Widersprüche in der Region verhalten sich wie ein aktiv werdender Vulkan, der im Begriff ist, auszubrechen. Die Nationalismen im Mittleren Osten haben in die Sackgasse geführt und viel Blut und Leiden beschert.

Die »Demokratische Konföderation des Nahen Ostens«

Eine Lösung des arabisch-israelischen Problems hängt, wie das der kurdischen Frage, in weiten Teilen von Frieden und Demokratisierung in der Region ab. Die Tatsache, dass die Probleme nicht mit dem Nationalstaat gelöst werden können, sondern dadurch vielmehr verschärft werden, zeigt sich am besten am arabisch-jüdischen Konflikt. Solange der Islam und das Judentum nicht aus dem Zusammenhang von Macht und Staat befreit werden, können sie nicht versöhnt werden. Solange sie darauf bestehen, Kräfte der Macht und des Staates zu sein, werden beide Kräfte ihre Existenz wie in der Geschichte auch heute darin finden, einander zu vernichten. Laut Öcalan muss daher jedes System, das im Mittleren Osten die Chance ergreifen will, eine Lösung zu bieten, zunächst eine erfolgreiche ideologische Auseinandersetzung mit Nationalismus, Sexismus, Religionismus und Positivismus führen. Notwendig ist die Entfaltung von vielfältigen nichtstaatlich orientierten, demokratischen Gesellschaftsaktivitäten und die Befreiung vom Individuum, das sich auf Macht- und Staatskultur konzentriert. Jenseits von staats- und machtorientierten Ansätzen sieht – Öcalan die Lösung in einer »Konföderation demokratischer Nationen«⁶, in der – alle kulturellen Identitäten als Mitglieder einer – egalitären, freien und demokratischen Gesellschaft ein friedliches Leben führen.

Diese »Demokratische Konföderation des Nahen Ostens« wird nicht als eine Utopie oder als ein politisches Programm für die Zukunft verstanden, sondern als ein Projekt, dass es Schritt für Schritt in allen Bereichen aufzubauen gilt. Sie verfügt über eine starke gesellschaftliche Basis, und auch die – Dynamiken der politischen Phase bieten das Potential für demokratische Aufbrüche. Dass demokratische Bewegungen

und organisierte gesellschaftliche Kräfte mit kleinen und wirkungsvollen Zügen in kurzer Zeit etwas aufbauen können, was langfristig die Zukunft bestimmen wird, zeigt sich beim Aufbau des demokratischen Konföderalismus in Kurdistan und der seit über 10 Jahren etablierten neuen gesellschaftlichen Ordnung in der Demokratischen Selbstverwaltung der Region Nord- und Ostsyrien (Rojava).

Der Gesellschaftsvertrag – ein neuer Meilenstein in der Region

Dort wurde am 12. Dezember 2023 ein neuer Gesellschaftsvertrag⁷ ratifiziert. Dieser soll den – Entwicklungen der vergangenen elf Jahre gerecht werden und ist ein bedeutender Schritt in Richtung der Konsolidierung des demokratischen Gesellschaftsmodells in Rojava. Im Gesellschaftsvertrag werden alle ethnischen Identitäten, Religionen, Konfessionen, Sprachen, Kulturen und Weltanschauungen berücksichtigt. Während nationalistisch-etatistische Ansätze die Lösung in Trennung und Teilung propagieren, haben sich Völker mit dem demokratisch-konföderalen Ansatz einmal mehr auf ein gemeinsames Leben auf Basis von »Einheit in der Vielfalt« geeinigt. Dieser andauernde demokratische Aufbruch in – Nord- und Ostsyrien stellt nicht nur eine konkrete Perspektive für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme in Syrien und eine Inspiration für widerständige Gesellschaften in der gesamten Region dar. Für die regionalen Nationalstaaten und internationalen Akteure, die auf der etablierten Ordnung beharren, stellt diese Perspektive auch eine Gefahr dar, denn sie zeigt wozu Gesellschaften, die die Kraft haben über sich selbst nachzudenken und selbstständig zu handeln fähig sind. So wundert es nicht, dass die von der türkischen Armee begangenen Kriegsverbrechen international auf taube Ohren stoßen. Und das obwohl der frühere türkische Geheimdienst-Chef und aktuelle – Außenminister Hakan Fidan Anfang Oktober vergangenen Jahres offen ankündigte, dass die gesamte Infrastruktur im Norden und Osten Syriens »legitimes« Angriffsziel der Sicherheitskräfte, des Militärs und des Geheimdienstes seien.

Kriegsverbrechen als außenpolitisches Paradigma

Die jüngsten Attacken des türkischen Staates in den verschiedenen Teilen Kurdistans sind Teil einer Gewaltchronik, die wir besonders seit 2015, also seit der Wahlniederlage der AKP-Regierung und der einseitigen Aufkündigung der Friedensgespräche mit der PKK, beobachten können. Die türkische Regierung beendete 2015 alle Verhandlungen mit Öcalan und der kurdischen Bewegung und setzt seither auf eine militärische Vernichtungspolitik. Mit der Kriegsentscheidung der

⁶ Abdullah Öcalan, Manifest der demokratischen Zivilisation (Vierter Band), Die demokratische Zivilisation: Wege aus der Zivilisationskrise im Nahen Osten, S. 424

⁷ <https://nordundostsyrien.de/neuer-gesellschaftsvertrag/>

Erdoğan-Regierung trat der »çökertme«-Plan (in etwa: »in die Knie zwingen«), sprich die politisch-militärische Offensive zur Zerschlagung der kurdischen Freiheitsbewegung, in Kraft. Die kurdische Frage wurde in diesem Rahmen nicht als ein gesellschaftliches Problem, sondern als Sicherheitsfrage behandelt. Nachdem der türkische Staat im Herbst 2016 mit Hilfe einiger NATO-Länder Drohnen-Technologie erwerben konnte, erklärte der damalige Innenminister Soyly im April 2017, dass in Kürze niemand mehr von der PKK sprechen würde.

Vor diesem Hintergrund begann der türkische Staat einen Krieg an mehreren Fronten gleichzeitig, der auch heute noch andauert: In Nordkurdistan wütet ein regelrechter türkischer Staatsterrorismus gegen die kurdische Gesellschaft und ihre politischen Institutionen, vor allem gegen die Partei der Völker für Gleichberechtigung und Demokratie (DEM). Über zehntausende Aktivist:innen, Politiker:innen, Frauenrechtler:innen und Journalist:innen befinden sich in politischer Haft. Die Kriegspolitik des türkischen Staates gegen die kurdische Freiheitsbewegung beschränkt sich jedoch nicht nur auf Nordkurdistan und die Türkei. Eine zentrale Dimension des »Zerschlagungsplans« ist die neue außenpolitische Doktrin der Türkei, den Krieg vor allem außerhalb des eigenen Staatsterritoriums zu führen. Zusätzlich zu Nordkurdistan eskaliert die Regierung unter Führung Erdogans den Krieg in Südkurdistan (Norderak) und in Rojava. In den letzten neun Jahren sind tausende kurdische Zivilist:innen und Mitglieder der Selbstverteidigungskräfte – diesen Angriffen zum Opfer gefallen, die vom türkischen Militär mit ihrem »Terrorismus«-Diskurs begründet werden. Völkerrechtswidrige Militäroperationen und Kriegsverbrechen sind in Kurdistan das – außenpolitische Paradigma der Türkei geworden.

Die Isolation kurdischer Politik

Eine weitere Dimension der seit 2015 andauernden Strategie des türkischen Staates ist die Isolation kurdischer Politik auf allen Ebenen. Sie wurde eingeleitet mit einer Totalisolation gegen den kurdischen Vordenker Öcalan auf der Gefängnisinsel İmrali. Seit dem 25. März 2021 wird ihm der Zugang zu allen Kommunikationsmitteln und der Kontakt zur Außenwelt, einschließlich zu seinen Anwältinnen und Anwälten und seiner Familie, verwehrt. Seit fast drei Jahren wird diese Form der Haft vom türkischen Staat als illegale Incommunicado-Haft⁸ praktiziert und steht politisch unter anderem für die Verweigerung eines Friedensprozesses und das Beharren auf der Vernichtung und Verleugnung kurdischer Existenz. Diese Isolation wird ausgehend von İmrali auf alle Gefängnisse und Bereiche des politischen Lebens in der Türkei angewandt.

Und auch die Außenpolitik der Türkei hat zum Ziel Gebiete in Kurdistan, die sich entsprechend dem Paradigma des demokratischen Konföderalismus organisieren, zu isolieren. Sei es das anhaltende Embargo gegen die Revolution in Rojava, die Umzingelung des selbstverwalteten Flüchtlingslagers Mexmûr in Südkurdistan und die anhaltende Bedrohung des ezidischen Hauptsiedlungsgebietes Şengal; in all diesen Gebieten versuchen die Menschen die Prinzipien von radikaler Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie umzusetzen. Die Isolation zielt darauf ab diese Beispiele gesellschaftlicher Basisorganisation zu ersticken und – von der Außenwelt abzuschirmen.

Erfolgreiche Selbstverteidigung gegen die zweitgrößte NATO-Armee

Während die Türkei mit allen Mitteln eines NATO-Staates, mit Kriegsverbrechen und mit Spezialkriegsmethoden ihre Angriffe gegen die kurdische Freiheitsbewegung intensivierte, ist es ihr nicht gelungen, die kurdische Guerilla zu brechen und handlungsunfähig zu machen. Auch das System von kasernierten Spezialeinheiten, Geheimdienstnetzen, paramilitärischen Kräften und einem dichten Netzwerk von Armeestützpunkten war nicht erfolgreich, die Kontrolle über die von der kurdischen Freiheitsbewegung kontrollierten Medya-Verteidigungsgebieten in Südkurdistan zurück zu erlangen. Sie liegt weiter in den Händen der kurdischen Freiheitsbewegung. Mehrere propagierte Militäroperationen blieben erfolglos und nun ist es die türkische Armee selbst, die eingekreist ist und schwere Verluste erleidet. Durch technische und taktische Neuerungen im Guerillakrieg konnte sich die kurdische Freiheitsbewegung der Hochrüstung der türkischen Armee durch die NATO mit Drohnen und neuen Hubschraubern anpassen. Die hohen Verluste der türkischen Armee durch Guerillaoperationen Ende Dezember 2023 und Anfang 2024 konnten selbst vom türkischen Staat nicht weiter verheimlicht werden und lösten eine Diskussion über Sinn und Zweck der grenzüberschreitenden türkischen Militäroperationen aus.

Auch die politischen Strukturen in den verschiedenen Teilen Kurdistans sind trotz starker Repression weiterhin in der Lage, ihre eigene Agenda zu bestimmen und mithilfe des – gesellschaftlichen Zusammenhalts dem regelmäßigen Beschuss durch die türkische Armee, dem Embargo und anderen Formen der Kriegsführung zu widerstehen.

Die Parallelität zwischen der Situation Öcalans und der kurdischen Gesellschaft

Die am 9. Oktober 2023 begonnene Kampagne »Freiheit für Öcalan und eine politische Lösung für die kurdische Frage« ist

⁸ Der Zustand, der als Incommunicado-Haft und »absolute Nichtkommunikation« bekannt ist, ist eine Form der Folter, die gegen das türkische Verfassungsrecht, das Recht der Vereinten Nationen und die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt.



»Wir schaffen ein Modell, das weit von einem autokratischen System entfernt ist« – Im Dezember 2023 wurde in Nord- und Ostsyrien ein neuer Gesellschaftsvertrag ratifiziert. Das Foto zeigt das Volksparlament in Dêrik. | Foto: ANHA

in diesem Kontext eine Fortführung des anhaltenden Widerstands der kurdischen Gesellschaft gegen die Isolations- und Zerstörungspolitik der Türkei. Sie ist ein strategisches Ziel der kurdischen Politik inmitten des Dritten Weltkrieges im Mittleren Osten. Denn die Situation Öcalans ist engstens mit der Lösung der kurdischen Frage und Situation der kurdischen Gesellschaft verbunden. Er ist der Begründer und Vordenker der kurdischen politischen Bewegung und Vertreter von 50 Jahren politischer Geschichte Kurdistans. Daher beinhaltet die Frage seiner Freiheit nicht nur rechtliche und menschenrechtliche Aspekte, sondern vor allem politische. Die Isolation auf Îmrali ist der Ausgangspunkt der türkischen Staatspolitik gegenüber der kurdischen Gesellschaft. Dieser Realität ist sich auch der türkische Staat bewusst, der die Situation auf Îmrali der politischen Lage und den aktuellen Entwicklungen entsprechend willkürlich anpasst. Diese Parallelität zwischen Öcalans Situation auf Îmrali und der Lage der kurdischen – Gesellschaft besteht seit Beginn seiner 25-jährigen Gefangenschaft. So war

und ist eine Verschärfung der Îmrali-Isolation gleichbedeutend mit einer Intensivierung des Krieges in Kurdistan. Phasen des Dialogs und der Verhandlungen mit Öcalan wirken sich wiederum auch positiv auf das Leben der kurdischen Gesellschaft aus. Daher wird der Grad, in dem die Isolation auf Îmrali zurückdrängt werden kann, auch den Gesellschaften in Kurdistan mehr Luft zum Atmen verschaffen und eine politische Lösung der kurdischen Frage kann näher rücken.

Darüber hinaus wird die Freiheit des Architekten, der die stärkste radikaldemokratische, multiethnische und politisch offene Basisbewegung für den – Mittleren Osten anstieß und die politische Philosophie des Demokratischen Konföderalismus begründete, auch ein bedeutender Schritt in Richtung einer Demokratischen Konföderation des Nahen Ostens.



Die allgemeine Lage der Wirtschaft in der Türkei

Ein gezielter Verarmungsprozess

Ahmed Pelda, Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller

Betrachten wir die aktuellen Daten der türkischen Wirtschaft, so können wir feststellen, dass die Türkei, nach den Daten des letzten Jahres, Platz 6 der Länder mit der höchsten Inflationsrate belegt. Den offiziellen Daten der Statistikbehörde TÜİK zufolge liegt die aktuelle Inflationsrate bei 65 Prozent. Dasselbe TÜİK gibt jedoch an, dass die von der Bevölkerung empfundene Inflationsrate bei 129 Prozent liege. Bei der Berechnung des Mindestlohns für Arbeiter:innen und Angestellte sowie der Renten legt der Staat die offizielle Inflationsrate zugrunde und passt auf dieser Grundlage die Zahlungen an. Der Mindestlohn in der Türkei liegt jedoch stets unter der Armutsgrenze. Mit anderen Worten: Jede:r Mindestlohnempfänger:in ist ärmer als ein:e arme:r Bürger:in. Während die Armen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, haben die Mindestlohnempfänger:innen Schwierigkeiten zu überleben. Wenn mehrere Personen in einer Familie nicht arbeiten und nicht solidarisch sind, reicht ein Mindestlohngehalt in Wirklichkeit nicht aus, um die Wohnungsmiete zu decken, ganz zu schweigen vom Bedarf an Essen, Trinken und Mobilität.

Ein weiterer derzeit diskutierter Punkt ist die kontinuierliche Aufwertung ausländischer Währungen gegenüber der Türkischen Lira. Dies bedeutet, dass in der Türkei hergestellte Produkte auf ausländischen Märkten billiger werden. Andererseits sind die Preise der aus dem Ausland importierten Produkte in Türkische Lira höher. Infolgedessen muss die Türkei im Vergleich mehr Waren produzieren, um ein bestimmtes Produkt auf ausländischen Märkten zu kaufen oder durch den Verkauf auf ausländischen Märkten Devisen einzunehmen.

In der Türkei schrumpft der Inlandsmarkt in dem Maße, wie die Produktionskosten steigen. Dieser Kostenanstieg wird jedoch nicht durch die Lohnkosten verursacht, sondern durch die Preise für den Einkauf von Material. Die Türkei kauft Produkte und Material aus dem Ausland, die sie verarbeiten und wieder exportieren muss, um wieder einzukaufen und weiterhin produzieren zu können. So müssen beispielsweise Motoren, Software, Präzisionsinstrumente, Ferngläser, Linsen und langlebige Stähle sowie Hochtechnologie in der Rüstungsindustrie im Ausland beschafft werden. Ohne diese würde die türkische Rüstungsindustrie vollständig zum Erliegen kommen. Auch in anderen Bereichen der Industrie besteht eine

absolute Abhängigkeit von Importen aus dem Ausland. Gleichmaßen gibt es in der Agrarindustrie große Abhängigkeiten – so müssen einige Arten von Saatgut, Pestiziden, Düngemittel und landwirtschaftliche Geräte importiert werden. Der ständige Anstieg der Devisenpreise macht so die Produktion fast unmöglich.

Die Immobilienpreise steigen ebenfalls im Einklang mit der Inflation und den Wechselkursen. Mittlere und kleine Unternehmen, die als Motor der türkischen Wirtschaft gelten, haben aufgrund der steigenden Kosten für Mieten, Transport und die Herstellung von Produkten, insbesondere in den Großstädten, große Schwierigkeiten. Die einzige Grundlage, auf der sie sich über Wasser halten können, sind Niedriglöhne. In der Türkei, wo die Kurd:innen früher als billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen, ist der Zuzug von Geflüchteten eine große Chance für die Unternehmen. Diese können ganz abgesehen vom Mindestlohn die Arbeitskräfte leicht ausbeuten, indem sie nicht registrierte Arbeiter:innen unter prekären Bedingungen beschäftigen. Mit anderen Worten, indem sie nicht registrierte Arbeiter:innen als Tagelöhner:innen beschäftigen, ohne Verträge, ohne Rechte. Sie zahlen dadurch keine Versicherungen und Steuern für sie. Die zuständigen Institutionen des Staates verschließen wissentlich die Augen vor dieser Situation. Weil es für die Unternehmen keine andere Grundlage zum Überleben gibt. Trotzdem steigt die Zahl derjenigen, die Konkurs anmelden und Insolvenz beantragen, von Tag zu Tag.

In diesem Zusammenhang ist es sehr interessant, dass die Erdoğan-Regierung den Konkurs mittlerer und großer Unternehmen regelrecht verboten hat. Sie übt Druck auf die Unternehmer:innen aus und hält sie davon ab, offiziell Konkurs anzumelden. Denn sie wissen, dass sich dies in Wellen ausbreiten und die gesamte Wirtschaft treffen würde. Es wird dem insolventen Unternehmen aber für eine gewisse Zeit stillschweigend gestattet, seinen Tätigkeitsbereich zu verkleinern und seinen Zahlungsverpflichtungen wie Steuern, Versicherungen, Kredite usw. nicht nachzukommen. Die zuständigen Institutionen des Staates verschließen auch hier wissentlich die Augen vor dieser Situation.

Darüber hinaus nimmt das Volumen der informellen und illegalen Wirtschaft zu. In dieser Schattenwirtschaft werden kei-



Protest vor der Statistikbehörde TÜİK gegen die hohe Inflation | Foto: ANF

ne Steuern gezahlt, keine Versicherungen abgeschlossen, keine verbindlichen Verträge mit Arbeiter:innen und Angestellten abgeschlossen; Schulden werden unter dem Vorwand der Krise nicht beglichen und Geld wird lieber auf dem Markt der Kredithaie als bei den Banken geliehen. Tatsächlich sind die nichtoperativen Einnahmen der Unternehmen des realen Sektors höher als ihre operativen Einnahmen. Unternehmer:innen verleihen das Geld, das sie normalerweise für die Produktion, also ihre eigentliche Tätigkeit, verwenden würden, gegen Zinsen an Geldverleiher:innen, investieren in Immobilien oder versuchen, durch Marktspekulation und den Kauf und Verkauf irgendwelcher Produkte Geld zu verdienen.

Die Schattenwirtschaft wird immer dominanter

Aber auch Aktivitäten, die als kriminelle Machenschaften definiert werden können, speisen die Wirtschaft in erheblichem Maße, z.B. Drogen-, Waffen-, Benzinhandel. Die Türkei ist die Region, in der sich die Transitrouten aus Lateinamerika zum Mittelmeerraum, vom Nahen Osten bis nach Afrika kreuzen. Die Türkei ist offen geworden für Mafiöse Gruppen, radikale islamistische Gruppen, Geheimdienste, für die Aktivitäten von Militärs, Polizist:innen und Bürokrat:innen, die aus verschiedenen Ländern fliehen, sowie für russische Oligarch:innen. Die Türkei ist ein sicherer Hafen für diejenigen, die in ihren

eigenen Ländern und Regionen nicht Fuß fassen können, und diese Möglichkeiten werden bewusst von der Regierung, dem Geheimdienst und der Sicherheitsbürokratie geschaffen. Sie sind sogar Partner bei vielen dieser Aktivitäten. Die illegalen Gold- und Geldströme durch Reza Zarrab¹ und die Komplizenschaft der staatlichen Verwaltung in diesem Zusammenhang wurden aufgedeckt und offengelegt. Aserbaidschanische, kirgisische, kasachische und russische Oligarch:innen, arabische Ölscheichs, bewaffnete Banden und Waffenhändler:innen sowie die Balkan- und die tschetschenische Mafia finden in der Türkei Unterschlupf.

Um das Kapital der Golfstaaten anzulocken, wurden wiederum riesige Ländereien und touristische Einrichtungen, Hotels und Unternehmen in großen Metropolen und touristischen Regionen verkauft. Staatliche Unternehmen werden in den Staatsfonds eingegliedert und an diese Gruppen verkauft. Natürlich stimmen die veröffentlichten Preise und Zahlen nie mit den tatsächlich verwendeten Geldbeträgen überein. Diese Geldmobilität deckt zwar bis zu einem gewissen Grad

¹ Reza Zarrab ist ein iranisch-türkischer Unternehmer, der in viele illegale Aktivitäten, unter anderem Geldwäsche und Goldschmuggel, verwickelt ist. Er wurde 2013 im Zusammenhang mit einem großen Korruptionsskandal in der Türkei verhaftet, kam aber auf Initiative von Präsident Erdoğan frei und wurde 2015 sogar noch für seine »Exportleistungen« von der türkischen Regierung ausgezeichnet. 2016 wurde er in Miami (USA) verhaftet und sagte im Prozess als Kronzeuge gegen den ehemaligen Chef der Halkbank aus.



Protest gegen Wirtschaftskrise und Politik der türkischen Regierung in Istanbul | Foto: ANF

den Devisenbedarf der Türkei, sie wird aber durch die Mafia und Kredithaie auf dem Markt verbreitet, und nicht erfasste Gelder werden in die Bücher gebracht. Infolgedessen werden nicht realisierte Produktions- und Handelstätigkeiten in Rechnung gestellt, so als ob sie existierten. Dies spiegelt sich in den Statistiken wider und zeigt, dass in der türkischen Wirtschaft Kapazitäten vorhanden sind. Das Volumen der Wirtschaft ist jedoch wesentlich geringer, als es diese Statistiken nahelegen.

Angesichts von Kartellen, Großunternehmen, mafiösen Gruppen, Lobbyist:innen und der mit ihnen verflochtenen Politik schwinden die Hoffnungen in der Wirtschaft wie in allen Bereichen der Gesellschaft. Es wird zwar erwartet, dass man sich organisiert, dass man gemeinsam handelt, dass man die gewerkschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen stärkt, aber in der Realität ist das nicht der Fall. Denn die politische Polarisierung wird bewusst verschärft und die Gesellschaft gespalten. Ebenso ist das Anwachsen von sozialen Clustern zu beobachten, die sich um kriminelle Gruppen und Profiteure bilden und sie sowohl legitimieren als auch nähren.

Insbesondere in den Großstädten entwickeln sich aufgrund der hohen Kosten und des unsicheren Umfelds, das durch die oben genannten Faktoren verursacht wird, verschiedene Suchbewegungen. Kleine und mittlere Unternehmer:innen, Fachkräfte, in arbeitsintensiven Produktionen tätige Arbeiter:innen

und Handwerker:innen wandern ab. Fachkräfte, Selbstständige und einige Kapitalist:innen wandern beispielsweise nach Europa und Amerika ab, andere in ihre ursprüngliche Heimat oder in nahe gelegene Regionen. So gibt es viele, die nach Kurdistan zurückkehren, um in Textilien, Dienstleistungen und Logistik zu investieren.

Da die Lohnkosten in Kurdistan niedrig sind, sind es auch die Miet- und Immobilienkosten. Dies ist ein Anreiz für Investitionen, die eine arbeitsintensive Produktion erfordern. Es wird erwartet, dass die Bereitschaft zu Investitionen in den Bereichen Landwirtschaft, Bauwesen, Bergbau, Viehzucht usw. zunehmen wird. Wenn es keine staatlich bedingten politischen, bürokratischen und militärischen Zwänge und Hindernisse gibt, besteht eine gute Versorgungsbasis für den Bedarf der Türkei, Kurdistans und des Nahen Ostens im Hinblick auf das wirtschaftliche Potenzial.

Eine weitere Gruppe, die zur Migration neigt, sind die Arbeitskräfte. Menschen, die in den Metropolen nur schwer überleben können und deren Gehälter nicht einmal mehr für die Grundbedürfnisse wie Miete, Lebensmittel und Mobilität ausreichen, suchen nach einer Möglichkeit, in ihre Heimatstädte zurückzukehren. Sie versuchen, sich in ihren Dörfern, Städten und Bezirken oder in nahe gelegenen Städten niederzulassen. Wegen der Zerstörung und Brandstiftung kurdischer Dörfer durch den türkischen Staat und der verheißungsvollen

Attraktivität der großen Städte und Metropolen gab es über lange Jahre eine Migrationsbewegung in den Westen (der Türkei; Anm. d. Übers.). Die westlichen Metropolen haben aber in der Zeit der Wirtschaftskrise an Attraktivität verloren. Im Falle einer Stabilisierung können die Kurd:innen in ihr Land zurückkehren, und ähnliche Wanderungsbewegungen zum Schwarzen Meer, in den Mittelmeerraum und nach Zentralanatolien werden für die Herstellung des Bevölkerungsgleichgewichts von Vorteil sein.

Wirtschaft und Politik sind militarisiert

Die staatliche Führung kann sich dafür jedoch nicht begeistern. Sie will vor allem, dass das großstädtische Kapital stark bleibt und dies weiterhin auf der Grundlage billiger Arbeitskräfte. Der Staat will, dass Geflüchtete, Kurd:innen und türkische Arbeitskräfte diesem Zweck dienen. Dafür trifft er bestimmte Vorkehrungen. Militarismus, Rassismus und Polarisierung spielen dabei eine wichtige Rolle. Dies ist eine strategische Entscheidung des türkischen Staates. Die Spaltung und Feindseligkeit der Gesellschaft und der Konflikt zwischen den Lagern festigen die Macht der politischen Akteure. Anstatt beispielsweise die Quelle der wirtschaftlichen Probleme in den politischen Akteuren, die an der Macht sind, in der antidemokratischen Struktur des Staates und den kapitalfreundlichen Praktiken zu sehen, wird die politische Struktur am entgegengesetzten Pol, die Opposition, dafür verantwortlich gemacht. Der politische Gegner wird als Handlanger ausländischer Mächte und als Quelle der Krisen präsentiert.

Die herrschenden Mächte lenken auch wirtschaftliche Investitionen in Richtung Militarismus. Investitionen in die Rüstungsindustrie, die Ausweitung des legalen und illegalen Waffenhandels, die Rekrutierung von Söldnern, Polizisten und Wachleuten, die Schaffung von paramilitärischen Kräften, zivilen Streitkräften, die Ausweitung des Geheimdienstnetzes, die Gründung von staatlich kontrollierten bewaffneten Organisationen und deren Realisierung von Konflikten und Provokationen in Syrien, Irak, Afrika, Zentralasien usw. werden ebenfalls zu einem Wirtschaftssektor. Denn die Finanzierung all dieser Kräfte ist von großer Bedeutung. Auch die zivile Bürokratie, das Parteiensystem, die parlamentarische Macht und die lokale Verwaltung werden damit in Einklang gebracht. Alle Funktionseinheiten des Staates, einschließlich seiner Wirtschaft und seines Haushalts, verlagern sich in Richtung Militarismus. Mit anderen Worten: Der Militarismus wird in der Administration des Landes institutionalisiert.

Der gesamte Mechanismus dient denen, die sich vom Militarismus ernähren. Insbesondere die Wirtschaft. Das liegt daran, dass die Akteure der militärischen Herrschaft, seien es Mafia, Militär, Polizei, Bürokrat:innen, Politiker:innen oder

Mitglieder der Zivilgesellschaft, keinen Respekt vor Gesetzen und Regeln haben, denn die Finanzierung all dieser Kräfte ist von großer Bedeutung. Auch die zivile Bürokratie, das Parteiensystem, die parlamentarische Macht und die lokale Verwaltung müssen damit in Einklang gebracht werden.

Sie werden alle Ressourcen für ihre eigene Existenz nutzen. Es ist ein institutioneller Konsens, dass kriminelle Organisationen und ihre Komplizen, Bürokrat:innen, Politiker:innen, was auch immer sie sind, von der Justiz begünstigt und geschützt werden; dass Politiker:innen immer entweder an der Macht oder in der Opposition sind, aber immer eine Elite bleiben. Daher ist es undenkbar, dass sich diese herrschenden Gruppen mit einfachen Gehältern unter dem Dach des Staates zufriedengeben.

Innerhalb dieses Gefüges betrachtet jede Gruppe das von ihr beherrschte soziale Segment gleichzeitig als ihren Diener. Sie macht Menschen zu billigen Arbeitskräften in Fabriken oder Werkstätten, zu Soldat:innen oder Banden, die in Syrien und Kurdistan eingesetzt werden, zu Mafiamitgliedern, um Menschen zu bedrohen, zu Wähler:innen einer politischen Partei oder um durch Drohungen Stimmen zu sammeln.

Natürlich sind diese militarisierte Politik und Wirtschaft in der Türkei für das Kapital nicht attraktiv, weder im Inland noch auf internationaler Ebene. Viele der mit dem internationalen Kapital verbundenen Montageindustrien wurden bereits gestört, insbesondere durch den Rückzug von Investitionen der Autofabriken. Die Finanzkreise haben im türkischen Staat, in den Banken und in der Privatwirtschaft keine Gesprächspartner, die nach den Regeln der Wirtschaft handeln, so dass die Investitionstendenzen allmählich zurückgehen. Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beruhen auf persönlichen Beziehungen, Sondervereinbarungen, Feilschen und Erpressung.

Es sieht so aus, als ob die derzeitige Regierung sämtliche Teile der Wirtschaft vereinnahmen, das Parlament und die lokalen Führungen durch antidemokratische Wahlen aufrechterhalten und das Recht, die Gesetze und die Verfassung ihren Wünschen entsprechend gestalten will.

Aber eine Arbeit, die nicht mit der globalen Wirtschaft vereinbar ist, kann keine Regierung aufrechterhalten. Die einzige Trumpfkarte der Türkei für die Zukunft ist und bleibt daher die Vermarktung ihrer billigen Arbeitskräfte. Die Arbeitskosten in der Türkei sind heute billiger als in China und in vielen Ländern Asiens. Das ist attraktiv für Kapital. Allerdings spielt die derzeitige politische Struktur eine treibende Rolle. Wir dürfen gespannt sein auf die Umsetzung dieser Gleichung.



Der 8. März aus der Sicht des »Dritten Weges«

Kein Jiyan ohne Jin und keine Azadî ohne Jiyan

Cenî kurdisches Frauenbüro für Frieden

Während wir uns dem Internationalen Tag der arbeitenden Frau am 8. März 2024 nähern, sehen und erleben wir, dass der Freiheitskampf der Frauen nicht mehr auf einen Tag beschränkt ist, sondern in jedem Moment, zu jeder Zeit und an jedem Ort geführt wird. Der Freiheitskampf der Frauen ist universell geworden. Die befreienden Veränderungen im Leben der Frauen und die konkreten Ergebnisse des Kampfes in verschiedenen Formen und Nuancen in Kurdistan, im Mittleren Osten und in verschiedenen Teilen der Welt, insbesondere in Rojava, zeigen, dass die Revolution der Frau kein Traum ist.

Seit 2010 haben Frauen in Kurdistan, im Mittleren Osten und weltweit wichtige Aufstände angeführt, wie zum Beispiel den jüngsten Aufstand »Jin Jiyan Azadî«, der von der kurdischen Guerilla und der Revolution in Rojava inspiriert wurde. In einigen Fällen haben sich die Proteste der Frauen zu einem Aufstand ausgeweitet. An Tagen wie dem 25. November oder dem 8. März finden immer wieder Frauenproteste statt. Obwohl diese Kämpfe den Kampf der Frauen auf die Tagesordnung gesetzt und das männlich dominierte System zur Diskussion gestellt haben, ist es trotz der aktuellen Zunahme von Kriegen notwendig, aus der Perspektive der Frauen einen dritten Weg zu ebnen, die gegenwärtige Situation mit einem dritten Auge zu betrachten und eine eigene Perspektive zu entwickeln. Denn ohne eine freie Frau gibt es kein freies Volk und keine freie Gesellschaft, das ist ein Leitprinzip der kurdischen Frauenbewegung. Daher sollten wir uns bewusst sein, dass wir uns in einem Konflikt befinden, der von einer patriarchalischen und kapitalistischen Mentalität geprägt ist und vor allem darauf abzielt, die Errungenschaften der Frauen zu zerstören. Die kurdische Frauenbewegung hat seit Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass wir uns in einem solchen Konflikt befinden und dass nur eine transnationale Solidarität und Organisation dazu beitragen können, diesen zu verhindern.

Im Gegensatz zu den bisherigen Weltkriegen wird der sogenannte »Dritte Weltkrieg« kein globaler Verteilungskrieg sein, sondern die Resilienz des Systems zur Grundlage haben. Der extreme Krisenzustand wird so lange andauern, bis das System

wieder aufgebaut ist und sich selbst regeneriert hat. Um dieses Ziel zu erreichen, werden kontrollierte Angriffe in einigen Bereichen durchgeführt. Allerdings werden Destabilisierung, Spannungen, Erpressung und Drohungen in allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und anderen Bereichen vorherrschen. Der Krieg zwischen Israel und der Hamas steht derzeit an der Spitze aller ethnischen und religiösen Konflikte in der Region. Dieser Konflikt hat zweifellos den Weg für weitere, noch gewalttätigere Genozide eröffnet. Die Hegemonialmächte konnten ihre genozidale Politik umsetzen, weil es im Grunde keine Mechanismen gibt, die sie daran hätten hindern können. Internationale Mechanismen wie die Vereinten Nationen, der Internationale Strafgerichtshof, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die in der Vergangenheit teilweise funktioniert haben, sind nicht mehr wirksam oder gültig. Sie können noch so viele Erklärungen, Anhörungen oder Verurteilungen abgeben, wie sie wollen, aber sie haben keine Bedeutung mehr. Laut Öcalan wird der gegenwärtige Krieg manchmal durch Diplomatie und manchmal durch Gewalt gekennzeichnet sein. Auf der Tagesordnung werden schwere und kontrollierte Wirtschaftskrisen stehen. Die regionale Priorität wird sich ändern, aber auf jeden Fall wird der Krieg in vielen Gebieten in seiner Gesamtheit geführt werden.

Von Kurdistan bis Palästina, von Afghanistan bis Armenien

Wir werden jede Politik des Krieges, der Aggression, des Genozids und des Feminizids bezwingen, von Kurdistan bis Palästina, von Afghanistan bis Armenien. Wir sind uns bewusst, dass Freiheit die Voraussetzung für Frieden ist. Als Frauen werden wir erneut die Führung im radikalen Kampf für Frieden übernehmen. Der Befreiungskampf der Frauen garantiert eine tiefe Demokratie, deren Grenzen nicht von Staaten, sondern von Völkern gezogen werden. Wir Frauen werden die Gestalterinnen der Demokratie sein, nach der sich die Völker, die Frauen und die Unterdrückten sehnen. Die kurdische Freiheitsbewegung betrachtet die Frauenbefreiung und den Kampf gegen das Patriarchat als das Zentrum ihres Freiheitskampfes.



»Jin Jiyan Azadî«-Demonstration in Hamburg | Foto: ANF

Damit ist sie mittlerweile zu einer Avantgarde für soziale und revolutionäre Bewegungen weltweit und zur Vorreiterin des Frauenkampfes geworden. Die fünf Grundsätze der Frauenbefreiungsideologie sind die Liebe zum eigenen Land, die Entscheidung zum Kampf, Organisation, freier Wille und freies Denken sowie Ethik und Ästhetik im Sinne einer Neudefinition von Schönheit: »Wer kämpft, befreit sich, wer frei ist, ist schön, wer schön ist, wird geliebt.«

Wie können wir das Leben verteidigen?

Anstatt den Widerstand und den Kampf von Frauen auf bestimmte Tage, Grenzen und Zeiten zu beschränken werden wir jeden Moment zu einer Zeit für die Freiheit von Frauen machen.

Stoppen wir durch gemeinsame Aktionen und Aktivitäten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene die auf religiösem Fanatismus, Rassismus und Sexismus basierende Politik und die Kriege!

Wir müssen das patriarchalische System ganzheitlich bekämpfen, um Genozide, Feminizide und Vergewaltigung an Frauen zu verhindern. Wir sollten uns nicht mit den Reformen zufriedengeben, die uns als Schweigegeld angeboten werden, sondern eine Frauenrevolution anstreben.

Kein Leben ohne Frauen und Freiheit

Anlässlich des 8. März gedenken wir mit Respekt und Dankbarkeit aller Frauen, die im Frauenbefreiungskampf gefallen sind, und aller Frauen, die durch männlich-staatliche Gewalt ermordet wurden. Wir Frauen sind die Vorkämpferinnen des demokratischen Widerstandes gegen das patriarchale System und die staatliche Klassenzivilisation des Staates. Wir haben eine magische Formel gefunden, um die Welt zu verändern: Wir akzeptieren kein Jiyan ohne Jin und keine Azadî ohne Jiyan.



Bericht der Frauendelegation in die kurdischen Gebiete in der Türkei

»Ihre Geschichten mit uns tragen und den Kampf verdoppeln«

Julie Ward (kollektive Arbeit der autonomen Delegation)

Während der Menschenrechtswoche im Dezember 2023 schloss ich mich einer autonomen Delegation von Personen aus verschiedenen europäischen Ländern an, die an einer von der kurdischen Frauenbewegung organisierten Informationsreise teilnahmen. Unser Ziel war es, die Situation der kurdischen Bevölkerung und weiterer ethnischer und religiöser Minderheiten in der Türkei zu beobachten, die unter einem zunehmend autoritären Regime leben.

Während unseres Besuches haben wir zahlreiche Zeugnisaussagen von Verbänden, Organisationen und Einzelpersonen über weit verbreitete Rechtsverletzungen gesammelt. Unsere Delegation, die sich aus Rechtsexpert:innen und Menschenrechtsaktivist:innen zusammensetzte, widmete ihre Aufmerksamkeit der Situation der politischen Gefangenen und insbesondere der anhaltenden Inhaftierung und Isolation des Repräsentanten des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, der sich seit nunmehr 25 Jahren in Isolationshaft auf der Insel İmralı befindet. Als autonome Delegation waren wir auch über die Situation der kurdischen Frauen und der Frauen weiterer ethnischer und religiöser Minderheiten besorgt.

Die Zeugnisaussagen, die wir gehört haben, haben unsere Befürchtungen bestätigt, dass die türkische Regierung systematisch die Grundrechte von kurdischen und anderen politischen Gefangenen verletzt – insbesondere die von Abdullah Öcalan und den anderen Gefangenen auf İmralı. Das Isolationsregime, das sowohl auf İmralı als auch in anderen türkischen Gefängnissen angewandt wird, bedeutet oft, dass Menschen über Jahre und sogar Jahrzehnte hinweg 23 Stunden am Tag in Einzelhaft gehalten werden. Wir sind uns bewusst, dass nach internationalen Standards eine längerfristige oder gar unbegrenzte Isolation eine erniedrigende und unmenschliche Behandlung und somit eine Form der Folter darstellt.

Die Praxis der türkischen Behörden, Gefangene zu isolieren, geht mit anderen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen einher, wie der Verbüßung von Haftstrafen in Gefängnissen, die weit von der Familie entfernt sind, dem Verbot von Familienkontakten, der Verweigerung des Zugangs zu Rechtsanwält:innen, unabhängigen Dolmetscher:innen und

zu Programmen und Dienstleistungen, die die geschlechtliche und kulturelle Identität der Gefangenen berücksichtigen. Besonders besorgniserregend ist die Situation von Gefangenen, die an physischen oder psychischen Krankheiten leiden. Wir haben vor Ort erfahren, dass kranke Gefangene unter unhygienischen Bedingungen festgehalten werden und nicht einmal die grundlegendste medizinische Versorgung erhalten. Nach international geltendem Recht dürfen Personen, bei denen eine Behinderung oder eine schwere psychische Erkrankung diagnostiziert wurde und deren körperlicher oder geistiger Zustand sich durch die Inhaftierung verschlechtern könnte, nicht inhaftiert werden. Besonders besorgniserregend ist auch die Situation inhaftierter Frauen, insbesondere von Müttern mit stillenden oder kleinen Kindern. Wir wissen, dass es üblich ist, dass sich 50 Gefangene eine Toilette teilen müssen; diese Situation ist für die physische und psychische Gesundheit der Frauen besonders schädlich. Die Delegation kam zu dem Schluss, dass Tausende von Gefangenen in der Türkei einen triftigen Grund für eine sofortige Freilassung aus medizinischen Gründen haben.

Wir haben von Familien gehört, denen der Zugang zu den sterblichen Überresten ihrer im Gefängnis verstorbenen Angehörigen verwehrt wurde, und von Diktaten, die es verbieten, Gedenkfeiern oder Beerdigungen in Übereinstimmung mit der Kultur und den Traditionen des kurdischen Volkes abzuhalten. In vielen Fällen wird dies durch Polizeipräsenz erzwungen.

Alle genannten Praktiken sind durch internationale Bestimmungen und Konventionen verboten und haben dazu geführt, dass zahllose kurdische Gefangene in der ganzen Türkei und auch international mit Hungerstreiks gegen ihre Situation protestieren.

Wir als Delegation haben überzeugende Beweise dafür gesehen, dass das türkische Justizsystem außergerichtlich zur politischen Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung eingesetzt wird. In Bakur¹, einem Gebiet mit überwiegend kurdischer Bevölkerung, werden demokratisch gewählte

¹ »Bakur« ist kurmançî für »Norden«. Kurdische Bezeichnung für Nord-Kurdistan, die kurdischen Gebiete innerhalb der türkischen Grenze.



»Isolation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit«

Kommunalpolitiker:innen weiterhin gewaltsam durch von der AKP eingesetzte Verwalter ersetzt. Diese Verweigerung der elementarsten demokratischen Prozesse hält seit mehreren Jahren an. Kurdische Rechtsanwält:innen berichteten uns auch von verschiedenen Formen gerichtlicher Schikanen, mit denen ihre Arbeit erheblich erschwert wird.

Wir trafen Menschen aus allen Lebensbereichen, auch solche, die im Bereich der kurdischen Sprache und Kultur tätig sind, die in ständiger Angst leben, unter dem Vorwand des »Verdachts der Zusammenarbeit mit einer terroristischen Organisation« verhaftet und inhaftiert zu werden. Die Delegation verurteilte unmissverständlich, dass die Türkei den Vorwurf des »Terrorismus« als Mittel zur Unterdrückung des politischen Willens des kurdischen Volkes und zur ethnischen Säuberung benutzt.

Die anhaltende Inhaftierung und Isolation Öcalans und aller politischen Gefangenen in der Türkei muss im Zusammenhang mit den anhaltenden Angriffen der Türkei auf die Selbstverwaltung in Rojava gesehen werden. Die Frontlinien dieses Krieges haben sich innerhalb der Grenzen des türkischen Staates in Form einer zunehmenden Unterdrückung der kurdischen Bürger:innen der Türkei verschoben. Die Situation wird nicht einfacher durch die Haltung vieler europäischer Länder, die wiederholt nichts gegen die katastrophale Menschenrechtslage in der Türkei unternommen haben und weiterhin zusehen, wie die Türkei ihre Gefängnisse mit Journalist:innen, Akademiker:innen, Mitarbeiter:innen der Zivilgesellschaft

und politischen Dissident:innen füllt, während sie sich an Flüchtlingsdeals und Waffenhandel beteiligt.

Durch die Zusammenarbeit mit kurdischen Frauenorganisationen verstehen wir, wie Frauen zwei miteinander verbundene Fronten erleben: die Gewalt und den kulturellen Genozid, dem sie als Kurdinnen in der Türkei ausgesetzt sind sowie die Frauenfeindlichkeit, die andauernde Bedrohung durch Gewalt und Feminizide, denen sie als Frauen ausgesetzt sind. Der Austritt der Türkei im März 2021 aus der Istanbul-Konvention ist eine klare Botschaft an die türkische Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft, dass die türkische Regierung die Rechte der Frauen nicht respektiert. Dies steht in krassem Gegensatz zu den Werten der kurdischen Freiheitsbewegung und ihrer Ausrichtung auf die Befreiung der Frau.

Wir hörten während unserer Reise unzählige Zeugnisse von Frauen, die bedroht, belästigt, ohne Anklage über lange Zeiträume festgehalten, inhaftiert und gefoltert wurden, nur weil sie ihr Leben lebten, ihre Kultur teilten, versuchten, »verschwundene« Verwandte wiederzufinden und sich für ihre eigenen Grundrechte und die anderer einsetzten. Unsere Delegation traf Mütter, die ihre Kinder im Gefängnis oder durch staatliche Gewalt verloren haben und die ihren tiefen Verlust und Schmerz mit uns teilten. Als Frauendelegation versprochen wir, ihre Geschichten mit uns zu tragen und unsere Anstrengungen zu verdoppeln, um die internationale Solidarität mit dem kurdischen Kampf zu stärken.



Die Familien der Gefallenen

Die verborgene Revolution der êzîdischen Frauen

Ein Interview der Feministischen Organisation »Gemeinsam Kämpfen!« mit Xoxê Cindî Hesên (Mutter von Cangorî¹ Dijwar) und Hilwar Feqîr (Cousine von Cangorî Dijwar), Mitglieder der Organisation der Malbatên Cangoriyên, der Familien der Gefallenen.

Im April 2023 reiste eine Frauendelegation aus Deutschland nach Şengal (arab. Sindschar), um den Aufbau und die Revolution der êzîdischen Frauen dort kennen zu lernen. Sie sprachen auch mit zwei Mitgliedern der Organisation der Malbatên Cangoriyên, der Familien der Gefallenen, vor Ort.

Im April 2023 machte sich eine Frauendelegation vom Dachverband des êzîdischen Frauenrats e. V. in Deutschland (SMJÊ²) und der Feministischen Organisation: »Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie« (GK) auf den Weg in das êzîdische Hauptsiedlungsgebiet Şengal im Norden des Irak. Am 19. Januar 2023 erkannte der Deutsche Bundestag die Massaker am êzîdischen Volk durch den selbsternannten Islamischen Staat, die am 03.08.2014 begannen, offiziell als Genozid an. Doch konkrete Konsequenzen, wie etwa die Anerkennung und die Unterstützung des Demokratischen Autonomierats Şengal sowie der êzîdischen Selbstverteidigungseinheiten YBŞ³ und YJŞ⁴, können diese Organisationen nicht erkennen. Genau diese Strukturen sind es, die der türkische Staat fortlaufend als vermeintliche Legitimation seines Drohnenkrieges auf die Region anführt. Die deutsche Bundesregierung ignoriert sowohl die demokratische Selbstvertretung wie auch die Angriffe auf sie vollständig. Dieses Interview ist das zweite im Kurdistan Report veröffentlichte von dieser Delegation⁵ und soll einen Beitrag dazu leisten, die immense Kraft, den unzerstörbaren Willen zur Selbstbestimmung und das beeindruckende Wiedererlangen des Selbstbewusstseins der êzîdischen Frauen und Gesellschaft zu zeigen und somit den Aufbau und die Frauenrevolution sichtbar zu machen.

Die Interviewenden sprachen mit Xoxê Cindî Hesên (der Mutter von Cangorî Dijwar) und Hilwar Feqîr (einer Cousine von Cangorî Dijwar), beide Mitglieder der Organisation der Malbatên Cangoriyên, der Familien der Gefallenen. Sie erläutern die Entstehung, Bedeutung und die Praxis ihrer Arbeiten im Şengal. Dem unermesslichen Leid der êzîdischen Bevölkerung durch die an ihnen verübten Massaker und Genozide gaben sie mit der Gründung ihrer Selbstverteidigungseinheiten eine starke Antwort. Gleichzeitig bedarf es einer organisierten Struktur, die den Familien der Gefallenen, die ihr Leben im Kampf um die Befreiung Şengals geopfert haben, in allen Belangen zur Seite steht. Die Erinnerung an die Gefallenen und ihre Würdigung ist ein wesentlicher Bestandteil der Kultur vor Ort und wird konsequent und mit kreativen Formen gelebt. Das überarbeitete Interview ist hier im Folgenden nachzulesen.

Wir möchten heute mit euch über die Organisation der Cangoriyên-Familien im Şengal sprechen. Mögt ihr euch zunächst einmal kurz vorstellen?

Xoxê Cindî Hesên: Mein Name ist Xoxê Cindî Hesên, ich bin 58 Jahre alt und bin die Mutter von Cangorî Dijwar. Ich bedanke mich dafür, dass ihr euch über Grenzen hinweg die Mühe gemacht habt, uns zu interviewen, um die Arbeiten des Komitees für die Gefallenen zu verschriftlichen und festzuhalten.

Hilwar Feqîr: Ich heiße Hilwar Feqîr, bin 25 Jahre alt und die Cousine von Cangorî Dijwar. Auch ich bedanke mich für eure Mühen, den Weg auf euch genommen zu haben, um Şengal sowie die Arbeiten, die die Gesellschaft hier leistet, näher kennen zu lernen und um das Leid, das den Êzîd:innen im Genozid angetan wurde, öffentlich bekannt zu machen.

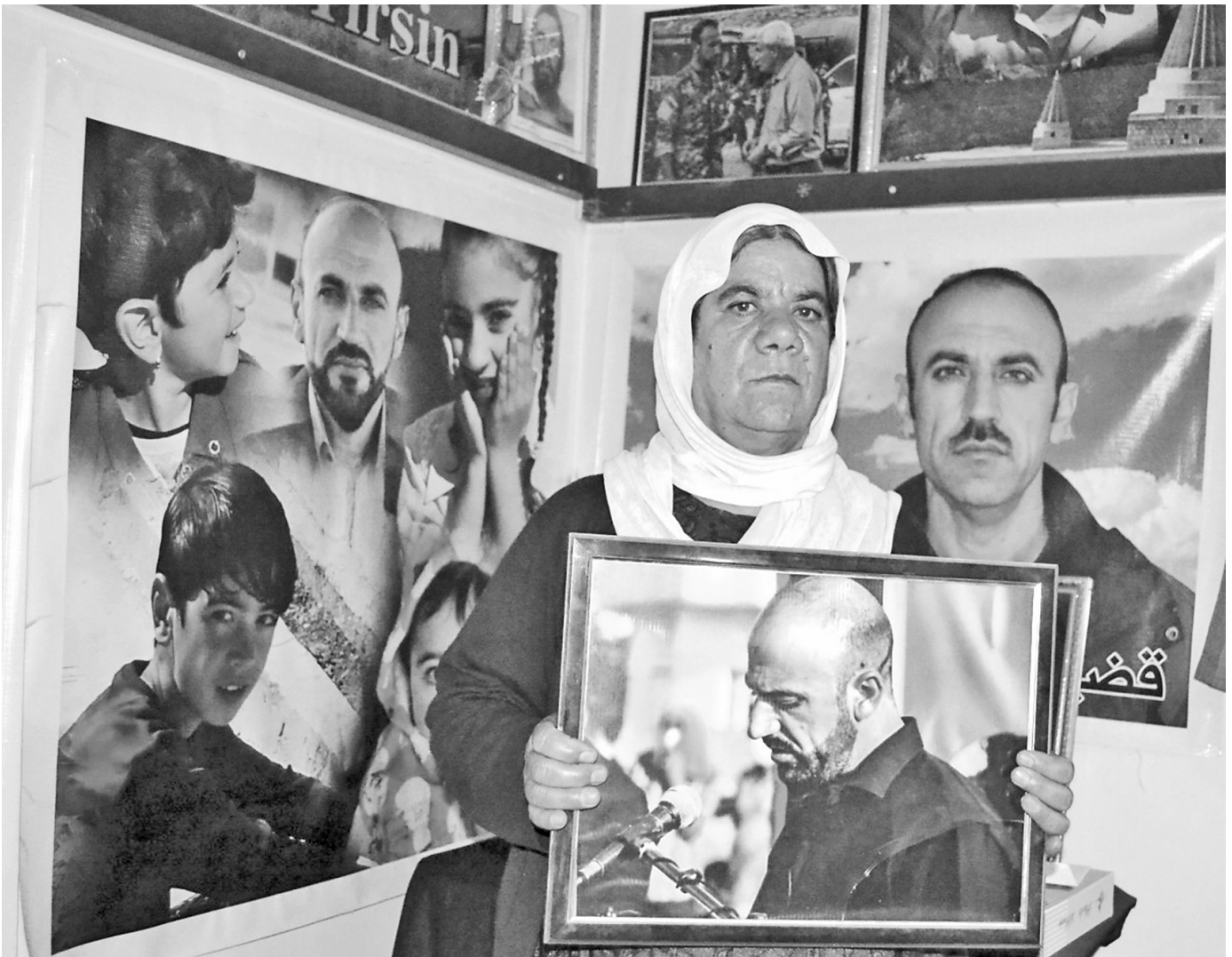
1 Cangorî: kurdisches Wort, dt. Gefallene:r

2 SMJÊ – Sîwana Meclîsên Jinên Êzîdî – Dachverband des êzîdischen Frauenrats e. V. (in Deutschland)

3 YBŞ – Yekîneyên Berxwedana Şengalê – Widerstandseinheiten Şengals

4 YJŞ – Yekîneyên Jinên Şengalê – Fraueneinheiten Şengals

5 Erstes Interview: »Der Aufbau von Frauen-Kooperativen im Şengal – Die verborgene Revolution der êzîdischen Frauen«, KR 229, S. 18 ff.



Xoxê Cindî Hesên

Warum organisiert ihr euch für die Familien der Gefallenen?

Xoxê Cindî Hesên: Während des Genozids sind viele êzîdische Menschen ermordet worden, aber viele haben auch Widerstand geleistet. All diejenigen, die kämpfen konnten, haben versucht, den »IS« zurückzudrängen und sich nicht zu ergeben. Da haben wir schon die ersten Märtyrer:innen gehabt, die sich für ihr Volk geopfert haben und sich nicht nur auf die Flucht begeben haben. Gegründet wurde das Komitee 2015, weil es zu dem Zeitpunkt einfach mehrere Cangoriyên gab.

Die Notwendigkeit, ein Komitee für die Familien-Angehörigen der Cangoriyên zu gründen, war einfach groß. Der Umstand, dass viele Êzîd:innen zu Kämpfer:innen wurden, hat in einer Notsituation stattgefunden. Sie waren gezwungen, sich selbst und ihr Volk zu schützen und haben sich daher dem Kampf angeschlossen. Daneben gab es ja weiterhin ihre Fami-

lie, ihre Väter, ihre Mütter, ihre Geschwister. So eine Entscheidung war schwierig zu treffen, weil sie verpflichtet waren, für die Familie da zu sein und sich andererseits auch opferten, im Kampf eventuell ihr Leben zu lassen.

Diejenigen, die sich dem Kampf anschließen wollten, haben dann den Weg beschritten, mit den Familien in Austausch zu gehen. Aber auch darüber hinaus war es wichtig, die Familien weiterhin aufzufangen. Denn die Tochter oder den Sohn herzugeben, also einem militärischen Posten zu übergeben, erfordert ja Kraft und Durchhaltevermögen und vor allem viel Entschlossenheit.

Neben unseren eigenen Kämpfer:innen für die militärische Selbstverteidigung war es sehr wichtig, den Kampf auch in anderen Bereichen zu unterstützen. Das heißt, während die Töchter oder die Söhne an der Front kämpften, haben die Ehefrauen, Schwestern und Mütter auch andere Arbeiten verrich-



Xoxê Cindî Hesên und Hilwar Feqîr

ten müssen. Und es gab ja auch die Kinder. Um diese Menschen aufzufangen, zu stärken und sie zu motivieren, um zu vermitteln, dass dieser Kampf notwendig ist und nicht nur im Interesse einzelner Familien geleistet wird, sondern im Interesse des ganzen Volkes, der Ethnie, der Religion, dafür mussten wir diesen Weg auf uns nehmen.

Es gibt sowieso einen Zusammenhalt in der Familie. Der Schritt zu solch einem Komitee für die Cangoriyên hat den Zusammenhalt gestärkt. Familien, die ihre Kinder verloren haben, sind auch seelisch betroffen, das heißt, für die Seelsorge, für die Trauerbewältigung, ist die Gründung des Komitees gut gewesen, aber zum Beispiel auch, um gesellschaftlich weitergehende Forderungen zu stellen. Das war am Anfang ganz befremdlich für uns, aber wir mussten das neu entdecken. Und dadurch haben wir die Notwendigkeit für weitere Angelegenheiten gesehen, ob politische oder gesellschaftliche, die Religion betreffend oder solche zur Trauerbewältigung und alles, was damit einhergeht. Wir befinden uns in einem Prozess und haben dieses Komitee gegründet.

Für welchen Bereich seid ihr verantwortlich?

Xoxê Cindî Hesên: Es gab in ganz Şengal Gefallene, das heißt, dieses Komitee für die Angehörigen der Gefallenen ist für ganz Şengal verantwortlich, nicht für eine kleine Region oder einen Stadtteil. Wir richten unsere Arbeiten auf alle Angehörigen, alle Familien aus.

Das êzîdische Volk ist dafür bekannt, dass es viele, weit über hundert Genozide erleiden musste. Aber nie wurde etwas verschriftlicht, nie wurde ansatzweise etwas dagegen gemacht, bis wir den letzten Genozid von August 2014 erlebt haben. Natürlich gab es auch immer wieder êzîdische Menschen, die sich gewehrt haben und Angriffe zurückdrängen konnten. Aber es ist immer bei einzelnen Aktionen geblieben. Es gab keine organisierte Kraft, keine offizielle Vertretung, die im Interesse des êzîdischen Volkes handelte und eigenständig Schutz gewährte.

Êzîd:innen wurden in Städten entführt und ermordet, aber es musste nie dafür Rechenschaft abgelegt werden. In den Kriegen beispielsweise, waren auch êzîdische junge Männer

verpflichtet, dem irakischen Militär beizutreten. Aber wenn sie irgendwo gefallen sind, wurden die Leichname den Familien nie übergeben. So gab es keine würdevolle Beerdigung, keine würdevolle Trauer. Als so klein wurde die êzîdische Gesellschaft immer angesehen. Diese staatliche Unterdrückung hat immer stattgefunden.

Mit der Zeit haben wir natürlich unsere Augen öffnen können. Das Spiegelbild ist der Genozid von Şengal 2014 gewesen. Da wir unsere gefallenen Kämpfer:innen würdigen und für ihre Angehörigen da sein können, halten wir unsere gemeinsame Würde aufrecht. Denn durch die Genozide hat man versucht, uns die Würde zu nehmen. Aber der Schmerz war so groß, dass wir dem ein Ende setzen wollten. Wenn es in der Geschichte êzîdische Kämpfer:innen gab und sie gefallen sind, wurde das bisher nicht offiziell bekannt gegeben, und dadurch haben sie auch keine Anerkennung erfahren. Deshalb haben wir im letzten Genozid für uns den Bedarf gesehen, uns einheitlich zu organisieren und neben unseren Kämpfer:innen auch für die Arbeiten der Familien eine Organisation zu gründen. Das ist das Komitee der Cangorî-Familien.

Meine eigene Geschichte ist ein Beispiel dafür. Mein Ehemann ist als Soldat im Irak-Iran-Krieg verstorben, als er noch sehr jung war. Ich hatte nur einen einzigen Sohn und eine Tochter. Als Mutter habe ich sie allein großgezogen. Aber seitens des Staates habe ich keine Anerkennung bekommen. Dass der irakische Staat sich um die Hinterbliebenen kümmert, gibt es für die êzîdische Community nicht. Man benachteiligt uns. Das allein war ein Kampf: Als eine alleinstehende Frau zwei Kinder in dieser Region großzuziehen und zu versorgen.

Übernehmt ihr ausschließlich für die êzîdischen Cangorî-Familien Verantwortung oder auch für Menschen anderer Ethnien und Glaubensrichtungen?

Xoxê Cindî Hesen: Das Cangorî-Komitee ist nicht nur für êzîdische Kämpfer:innen da. Es ist für alle Kämpfer:innen da, die ihr Leben für die Befreiung der êzîdischen Bevölkerung gelassen haben. Es können zum Beispiel Kämpfer:innen aus anderen Ländern gewesen sein oder auch aus unterschiedlichen Religionsgemeinschaften. Da machen wir keine Unterschiede. Die gefallenen Kämpfer:innen auf dem Territorium, auf dem Boden Şengals, sind wie unsere eigenen Kinder. Wir würdigen sie alle, und für ihre Familien sind wir natürlich auch da und sind ihnen behilflich, unterstützen sie, stärken sie, fangen sie auf.

Könnt ihr einige konkrete Beispiele eurer Arbeiten geben?

Xoxê Cindî Hesen: Seit Gründung des Komitees sind wir für alle Familien da. Es gibt Seminare, es gibt Sitzungen, wir

tagen regelmäßig und besprechen das weitere Vorgehen. Wenn es Gefallene gibt, werden ihre Familien besucht. Sie werden aufgefangen, wir kümmern uns um die Familien. Als Vertreterinnen im Komitee der Cangorî-Familien haben wir in der Gesellschaft natürlich auch eine ganz andere Rolle und andere Aufgaben und Pflichten. Ich bin nicht die einzige betroffene Mutter, es sind viele mehr. Aber gesellschaftlich sehen wir das auch so: Wenn ich die Mutter eines gefallenen Kämpfers bin, dann bin ich gleichzeitig die Mutter aller Widerstand leistenden Kämpfer:innen, also derjenigen, die weiterhin kämpfen und das Ziel erreichen wollen. Wir sehen uns nicht als Einzelfamilien, die betroffen sind. Das Schicksal ist das Schicksal aller Êzîd:innen, das darf man nicht reduziert betrachten. Mit dem Schweiß und Blut der Kämpfer:innen haben wir uns das erkämpft und so ist dieses Komitee entstanden. Und genau so wertschätzend geht auch die Gesellschaft mit den Angehörigen gefallener Kämpfer:innen um. Daher haben wir natürlich auch eine Mission, die wir ausführen.

Ihr habt Seminare erwähnt, zu welchen Themen finden diese statt?

Xoxê Cindî Hesen: Die Seminare beinhalten Bildung aus soziologischer Sicht: Es geht um den Aufbau der aktuellen Gesellschaften. Aber man muss sich auch mit der Geschichte auseinandersetzen, um rückblickend die Genozide nachvollziehen zu können und zu verstehen. Wir haben immer nur mündlich erzählt bekommen, dass Genozide stattgefunden haben. Meine Großeltern haben uns das anhand kleiner Geschichten erzählt, beispielsweise über die Enthauptung von zwölf jungen Männern in Şengal. So vielen Ungerechtigkeiten, in Einzelfällen, aber auch mit großen offensiven Vernichtungsversuchen, war die êzîdische Community immer wieder ausgesetzt. Das Beispiel der zwölf Männer zeigt, dass man in die Geschichte zurückschauen muss, um die Zusammenhänge zu verstehen. Sonst kannst du dich nicht organisieren. Nur diejenigen, die ihre Geschichte verstanden haben, die die Zusammenhänge der Kriege verstanden haben, haben diese Möglichkeit.

Durch die Betrachtung unserer eigenen Geschichte erkennen wir auch die äußerlichen Eingriffe seitens des Staates besser. Wir befinden uns im Irak, also ist die irakische Regierung eigentlich für diese Region zuständig, aber sie hat diese Region nie anerkannt. Darum haben wir auch keine richtige Teilhabe am Leben. Die eingeschränkte Infrastruktur hier ist ein Beispiel der Politik gegenüber Êzîd:innen, die verhindern soll, dass wir groß werden. Ein solch umfassendes System, wie es beispielsweise ein Staat mit all seinen Mechanismen ist, wird den Êzîd:innen nicht gewährt. Sei es politisch, sei es gesellschaftlich, in allen Bereichen.

[Kürzung der Interviewerinnen: An dieser Stelle spricht Xoxê Cindî Hesen davon, dass das êzîdische Volk ursprünglich



Hilwar Feqîr

sehr groß in seiner Zahl war und dementsprechend weitläufiges Land bewohnt hat. Um dies zu verdeutlichen, gibt sie ein geschichtliches Beispiel: Vorfahr:innen berichten davon, dass êzîdische religiöse Würdenträger jährlich alle êzîdischen Regionen besucht haben. Die Reise wurde an einem bestimmten Tag begonnen, und jedes Dorf wurde besucht. Das wurde traditionell jedes Jahr wiederholt. Die Würdenträger trugen eine heilige Tawus-Figur (dt. Pfauen-Figur, stellt den êzîdischen Engel-Pfau dar) aus Laliş mit sich, um mit den Êzîd:innen in Bakur (Nordkurdistan, tr. Staatsgebiet), die an einer Reise nach Laliş gehindert wurden, gemeinsam zu beten und ihnen den Segen zu bringen. Die Reise sei so lang gewesen, dass sie ca. 365 Tage, also ein ganzes Jahr, gedauert habe. So groß war die Anzahl der Êzîd:innen in Bakur].

Xoxê Cindî Hesen: Sprechen wir heute von Êzîd:innen in Bakur, so gibt es sie quasi nicht mehr – durch die Genozide, die das Osmanische Reich ausgeübt hat, und die heute noch immer durch den türkischen Staat andauernden Angriffe.

Welche Rolle spielen die Jugend und die Frauen in euren Arbeiten? Haben sie besondere Aufgaben?

Hilwar Feqîr: Es gibt unterschiedliche Arbeiten, die getätigt werden, und es sind unterschiedliche Generationen vertreten. Die Mütter, die ein gewisses Alter erreicht haben, eine gewisse Reife und Erfahrung mitbringen, sind für die jüngeren Generationen da, wenn es Schwierigkeiten gibt. Die Älteren sind die Wegweiser:innen. Das heißt, sie zeigen ihre Perspektiven auf, weil sie ihre Erfahrung in der Gesellschaft den etwas Jün-

geren mitteilen können. Wenn es Schwierigkeiten gibt, kommen sie zusammen und entscheiden, wie agiert werden kann.

Ganz konkrete Aufgaben des Komitees sind zum Beispiel auch, dass es (wenn es bei den Posten selbst keine Kapazitäten gibt) die Wäsche der Kämpfer:innen mit nach Hause bringt, sie wäscht und sie den Kämpfer:innen dann wieder zur Verfügung stellt oder auch, Essen für sie zuzubereiten.

Einerseits sollen die, die gerade die Posten bewachen und sich gegen die Angriffe aufstellen, in moralischer Hinsicht gestärkt werden. Genauso, wie eben die Familien der Gefallenen besucht werden. Die Mütter aus dem Komitee können tagelang, wochenlang in den Familien bleiben, um sie moralisch zu stärken, um die ersten Trauergefühle, die ja sehr intensiv sind, aufzufangen und Seite an Seite mit den Angehörigen zu stehen. Natürlich kann es noch intensiver sein, je nachdem, ob es mehrere Cangoriyên sind oder einzelne Kämpfer:innen.

Wir als Angehörige der Cangoriyên stehen Schulter an Schulter mit unseren Kämpfer:innen, die sich der Aufgabe widmen, die êzîdische Gesellschaft gegen die aktuell stattfindenden Angriffe seitens der irakischen Regierung oder des Erdoğan-Regimes zu schützen. Wenn du als junge Schwester eines Cangorî die Kontrollposten aufsuchst und anwesend bist, auch selber bewaffnet bist, stärkt das die Kämpfer:innen, weil wir diesen Tod nicht als normalen Tod sehen: Man hat im Namen der Gesellschaft sein Leben gelassen, hat für die Gemeinschaft gekämpft und sich geopfert. Das gibt ihnen Stärke. Für uns sind unsere gefallenen Kämpfer:innen nicht tot. Vielmehr sind sie der Kern dessen, was unseren Kampf ausmacht.

Die Mütter sind oft des Schreibens nicht mächtig, sie können sich nur mündlich äußern und die Geschichten der Gefallenen erzählen. Daher ist es zum Beispiel eine spezielle Aufgabe der jungen Frauen, die Geschichten der Cangoriyên festzuhalten. Sie verschriftlichen und veröffentlichen sie. So wird den Cangoriyên ein Gesicht verliehen, ein Name gegeben. Einerseits, um ihrer würdevoll zu gedenken und andererseits auch, um sie in der Geschichte der Êzîd:innen im Kampf um ihre Rechte, um ihr Existenzrecht, zu verewigen.

Es ist auch eines unserer Ziele, Aktivitäten zum Gedenken der Gefallenen zu organisieren. Das gibt es zum Beispiel in Form von Basketballturnieren oder Fußballturnieren, damit die junge Generation, die keinen eigenen unmittelbaren Bezug dazu hat, genauso aufgeklärt werden kann. Wenn es gemeinsame Veranstaltungen gibt und sie Aktivitäten zum Gedenken aufsuchen, erfahren sie, um was gekämpft wurde, wofür die Cangoriyên ihr Leben gelassen haben, dass sie nicht nur für ihre Familien, sondern für die ganze Gesellschaft gekämpft haben. Das sind zum Beispiel alles Aufgabenfelder der jungen

Dijwar Feqîr (Merwan Bedel) war Êzîde. Er wuchs im Şengal auf, und als der »IS« Şengal am 3. August 2014 mit dem Ziel angriff, die êzîdische Glaubensgemeinschaft zu vernichten, war er einer der Ersten, die sich der Selbstverteidigung anschlossen. Er half wesentlich beim Aufbau der êzîdischen Selbstverteidigung YBŞ mit, wechselte später in die Diplomatie, führte viele Gespräche mit den verschiedenen Kräften der Region und mit irakischen Vertretern und wurde schließlich zum Ko-Vorsitzenden des Exekutiv Ausschusses des Autonomierats Şengal gewählt. Sich dafür einzusetzen, dass die aus dem Şengal geflüchtete Bevölkerung zurückkehren kann, war ihm ein besonderes Anliegen. Von der êzîdischen Gemeinschaft wurde ihm großes Vertrauen entgegengebracht, denn er ließ sich trotz der permanenten Bedrohung nicht einschüchtern, sondern setzte sich mit ganzer Kraft für ein würdiges

und selbstbestimmtes Leben der Menschen ein. (aus dem Communiqué der Volksbühne Basel zur Ermordung)

Cangori Dijwar Feqîr, der Ko-Vorsitzende des Exekutivrats der Selbstverwaltung von Şengal, ist am 7. Dezember 2021 von einer türkischen Killerdrohne in Xanesor gezielt ermordet worden. Er saß mit zwei seiner vier Kinder im Auto, als die Drohne ihn traf. Seine Kinder überlebten.

Zitat von Dijwar: Der größte Wert, den wir besitzen ist »Mensch zu sein«. Das kann man nicht kaufen und mit keinem Gold der Welt aufwiegen. Das Leben, die Sprache, unsere Gedanken, ein Bewusstsein zu entwickeln, sind die höchsten Güter. Das Gewissen ist die Stärke des Menschen und das muss geschützt, entwickelt und gestärkt werden – das gilt immer, egal, wo wir sind! (<https://anfdeutsch.com/aktuelles/ich-glaube-an-die-idee-des-friedlichen-zusammenlebens-29723>)

Frauen. Gleichzeitig sind sie auch Mitglieder in TAJÊ⁶, der Frauenbewegung, und diese jungen Frauen sind auch Mitglieder im Rehabilitationszentrum für verletzte Kämpferinnen.

Diese Frauenorganisation versucht auf diplomatischem Wege die Behandlung verwundeter Kämpferinnen im Ausland zu organisieren, wenn die entsprechenden Möglichkeiten innerhalb des Irak nicht gegeben sind. Das ist ein gesondertes Arbeitsfeld innerhalb der TAJÊ. Man arbeitet politisch zusammen, und wenn es um die militärische Organisation YJŞ/YBŞ geht, übernimmt diese Frauenorganisation die diplomatischen Beziehungen zu Sitzungen im Parlament sowie mit politischen Parteien und Verbänden.

Genauso sind junge Frauen aber auch in der Presse vertreten. Es gibt nicht nur Sitzungen und Aktivitäten zum Gedenken, sondern es werden auch ausführliche Dokumentationen erstellt. Um über Cangoriyên zu berichten, über Angriffe zu berichten, sind sie im Komitee der Gefallenen aktiv und gleichzeitig Mitglied der êzîdischen Frauenpresse.

Was möchtet ihr abschließend hervorheben?

Xoxê Cindî Hesên: Es gibt keinen Menschen, der nicht von den Genoziden an den Êzîd:innen weiß. In diesem großen Ausmaß sind die Êzîd:innen mit ihrem Schicksal des »IS«-Angriffs über die sozialen Medien bekannt geworden. In der Vergangenheit haben auch in Bagdad Êzîd:innen gesiedelt und gewohnt. Angriffe und Genozide haben die êzîdische Community aus Bagdad vertrieben. Auch Mûsil (Mosul) war rein geschichtlich betrachtet eine große Stadt der Êzîd:innen. Heute sind wir als eine große Gemeinschaft in Şengal vertreten

und wohnen hier, aber auch hier in Şengal hat man uns nie in Ruhe gelassen. Immer wieder waren wir politischen Angriffen und Unterdrückung ausgesetzt. Wir durften und dürfen keine Rechte im politischen und sozialen Leben haben – in jeglicher Hinsicht.

Die Cangoriyên, die wir hergegeben haben, haben wir nicht nur für die êzîdische Gemeinschaft geopfert – sie selbst haben sich nicht allein für die êzîdische Community geopfert – sondern zum Schutz des gesamten irakischen Territoriums. Denn die Gefahr war so groß, der »IS« war so brutal. Wir haben diese Aufgabe nicht nur für uns selbst übernommen, sondern sie gesamtgesellschaftlich, also auch für andere Ethnien und Gruppierungen im Irak, betrachtet. Mit diesem Blick sind unsere Kämpfer:innen in den Kampf gegangen und haben den »IS« zerschlagen, drumherum den »IS« verdrängt oder vertrieben, sodass Şengal heute mit den Händen êzîdischer Kämpfer:innen geschützt wird. Aber weiterhin finden Einschränkungen durch den irakischen Staat statt, die verhindern, dass wir das ausleben können, was sich hier im Şengal aufbauen wird. Damit meine ich unser Komitee und alle anderen Selbstverwaltungsstrukturen, die Selbstverwaltungsräte. Der politische Arm wird zum Beispiel nicht angemessen berücksichtigt, obwohl die Partei offiziell anerkannt ist.

Ich gebe ein weiteres Beispiel: Als Mûsil besetzt war, haben unsere êzîdischen Kämpfer:innen dem irakischen Staat die militärische Zusammenarbeit angeboten, gemeinsam für die Befreiung zu handeln. Das heißt, seitens der êzîdischen Kämpfer:innen gab es das Angebot: »Wir gehen den Kampf gemeinsam an.« Das wurde aber nicht angenommen, es wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Trotzdem sieht man hieran, wie friedlich unsere Community ist: Im Kampf gegen den

⁶ TAJÊ – Têvgera Azadiya Jinên Êzîdî – Frauenfreiheitsbewegung der Êzîd:innen (im Şengal)

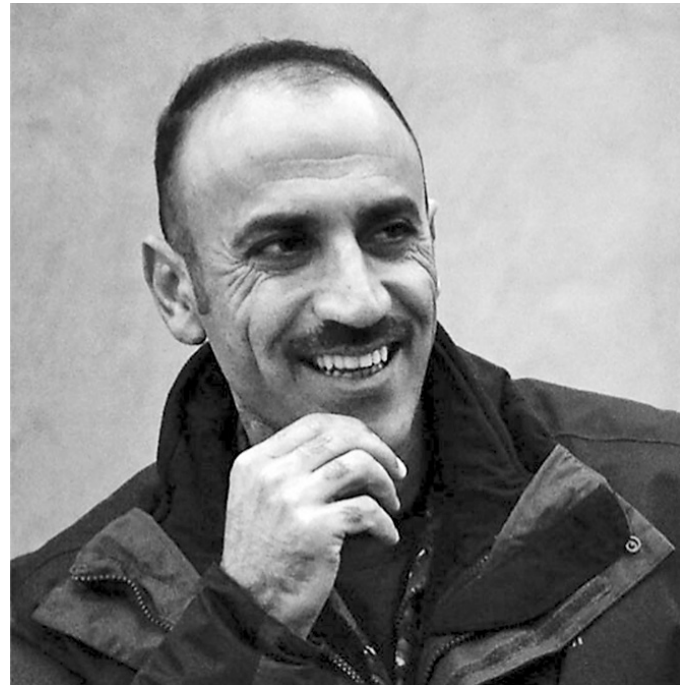
Feind »IS« wollten wir auch das Volk Iraks unterstützen, das unterdrückt und ebenso seiner Rechte beraubt ist.

In Şengal selber, das als Land der Êzîdî:innen betrachtet werden kann, lässt uns der irakische Staat keine Ruhe. Wir sind auf unserem Territorium also Flüchtlinge im eigenen Land. Das ist nicht akzeptabel.

Hilwar Feqîr: Unser Kampf als Êzîdî:innen hat uns sehr viel gekostet. Wir haben unsere Liebsten hergegeben. Wir haben so viele Opfer gebracht, um dem Schmerz ein Ende zu setzen, um nicht weitere Genozide und Angriffe über uns ergehen lassen zu müssen. Es hat uns viel gekostet: zum einen die Kämpfer:innen, die ihr Leben gelassen haben und zum anderen das Trauma, das der Genozid in der Gesellschaft verursacht hat, weil ihr das Recht auf Leben genommen wurde.

Aus meiner eigenen Familie habe ich zwei Kämpfer:innen im Widerstand verloren. Ein junger Mann aus meiner Familie ist aktuell in Gefangenschaft in Efrîn⁷. Im Kampf um die Befreiung Efrîns wurde er verwundet, dann vom türkischen Militär oder »IS«-Söldnern, die mit der Türkei kooperieren, gefangen genommen, und nun ist er seit fünf Jahren in der Gefangenschaft. Jede Familie hat viele Opfer geben müssen. Selbst wenn wir nur als einzelne Persönlichkeiten, als einzelne Individuen überleben sollten, wird der Kampf der Êzîdî:innen weitergeführt werden. Der Feind hat uns mit dem Ziel uns gänzlich zu vernichten mit vielen Genoziden überzogen. Aber man sieht, die êzîdîsche Community hat sie überlebt. Uns gibt es weiterhin.

Im Kern haben wir eine friedliche Religion. Wir respektieren alle anderen Religionen, ganz so wie wir uns selbst wertschätzen und achten. Feindschaften sehen wir dort, wo andere eigene Mängel haben. Weil sie mit sich als Religion beispielsweise selbst nicht im Reinen sind, Verbote haben, die sie nicht verstehen. Weil folgendes in ihrer Kultur nicht gegeben ist: das, was so klar und rein ist, so friedlich ist, was menschlich denkt, der Natur verbunden ist, der eigenen Umgebung treu ist, ehrlich im Vertrauen, gerecht im Geben und Nehmen und



Merwan Bedel

einen respektvollen Umgang miteinander pflegt. Deshalb ermächtigen sie sich dazu, unser Volk und unsere Religion als unrein und ungläubig einzustufen und fühlen sich befugt, uns zu vernichten.

Wir leisten hier den Kampf. Wir werden unsere Organisationen und unsere Strukturen weiterhin stärken. Wir kämpfen nicht nur für uns, sondern im Interesse aller. Was in Şengal aufgebaut wurde, das ist mit viel Opfergabe angenommen oder erarbeitet worden. Wir sehen natürlich auch den Einsatz unserer Êzîdî:innen aus Europa, überhaupt in allen anderen Ländern. Vor Jahrhunderten sind sie ausgewandert, Krieg um Krieg mussten sie fliehen, aber dass sie mit ihrer Natur, Religion und ihrem Volk so verbunden sind und auch über Grenzen hinweg den Kampf unterstützen, die Rechte der Êzîdî:innen unterstützen – das sehen wir, und für diese Solidarität möchte ich mich bedanken. Und nicht nur bei den Êzîdî:innen, sondern auch bei den Angehörigen anderer Volksgruppen, die sich solidarisieren, möchte ich mich bedanken.

⁷ Efrîn – kurdische Stadt und Kanton im Westen der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien, seit 2018 militärisch durch den türkischen Staat besetzt, siehe KR 197 »Aktuelle Bewertung – Machtkampf zwischen Atlantik und Eurasien um die Vorherrschaft im Mittleren Osten«, S. 4.

Kontakt zu WJAS:

Weqfa Jina Azad a Sûrî · Stiftung der freien Frau in Syrien
Website: www.wjas.org
Mail (Europa): info@wjas.org
Facebook: facebook.de/WJASInternational
Instagram: instagram.com/wjas_int

Spendenkonto:

Kurdistan Hilfe e.V., Hamburg/Deutschland
Stichwort: WJAS
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPADEHHXX

Der êzîdische Glaube und seine wichtigsten Feste
zu Wintersonnenwende und Neujahr

Die Êzîd:innen und das Êzîdentum

Yilmaz Pêşkevin Kaba, êzîdischer Friedens- und Freiheitsaktivist, Fernsehmoderator (Çira TV)

Im April steht das êzîdische Neujahrsfest bevor. Dies soll Anlass für eine kleine Einführung in den êzîdischen Glauben und seine wichtigsten Feste sein.

» [...] dreimal am Tag wenden sie sich an die Sonne und beten. Ihre Gebete sind nicht wie unsere, einstudiert. Jeder der will, mag er Kind, jung oder alt, Emir oder Scheich sein, stellt sich vor die Sonne und erzählt ihr das, was in diesem Augenblick sein Herz spricht. Vielleicht sind dies die schönsten Gebete, die die Menschheit je hervorgebracht hat. Vielleicht entspringen die schönsten Lieder, die schönsten Dichtungen diesen Gebeten. Vielleicht wurzeln alle Legenden und Sagen Mesopotamiens in diesen Gebeten«. (Yaşar Kemal in seinem Roman »Die Ameiseninsel«)

Êzîd:innen sind eine kurdischsprachige (Kurmancî) Gemeinschaft. Ihr Glaube ist über 4.000 Jahre alt. Êzîd:innen sind Dualist:innen und glauben einerseits an einen Schöpfergott und andererseits an den Pfauenengel Tawîsî Melek, das ausführende Organ des göttlichen Willens. Radikale und auch viele gemäßigte Muslime betrachten Êzîd:innen aufgrund einer Fehlinterpretation der Pfauenengel-Figur, als »Anbeter des Bösen«. Der Platz dieses Glaubens im irakischen Mosaik verschiedener Glaubens- und Religionssysteme ist daher oft umstritten. Obwohl viele Êzîd:innen kurdisch sprechen und sich die große Mehrheit von ihnen als der kurdischen Ethnie zugehörig versteht, unterscheiden sie sich auf Grund ihres Glaubens von der überwiegend sunnitischen kurdischen Bevölkerung. Vor dem Angriff des IS im Jahr 2014 lebten etwa 700.000 Êzîd:innen (Stand 2005) vor allem im Bezirk Şengal (arab. Sinjar), im Gouvernement Ninive im Nordirak. Seitdem ist ihre Zahl dort unter 500.000 gesunken.

Das Êzîdentum (kurd. Êzîdiyati) ist ein vor der aktuellen Zeitrechnung entstandener Glaube. Er ist vor allem sehr naturverbunden (Natur = kurd. Xweza), darum sind die Naturelemente von besonderer Bedeutung – vor allem die Sonne nimmt einen hohen Stellenwert ein. In dem Glauben gibt es nur einen Gott/eine Gottheit (kurd. Xwedê/Xweda). Vertreter Xwedês auf Erden – Mittler zwischen Xwedê und den

Êzîd:innen – ist der Obererzengel Tawîsî Melek (Engel Pfau / Gottes Engel). Die Entstehungsregion des Glaubens ist Mesopotamien, das Zweistrom-Gebiet um Firat (dt. Euphrat) und Dicle (dt. Tigris).

Die Bezeichnung der Mitglieder der Glaubensgemeinschaft ist auf Kurdisch Êzdî/Êzîdî bzw. Ezda; es ist einer der vielen Namen Gottes/der Gottheit. Xweda/Xwedê ist »der, der sich selbst erschaffen hat«. Und Êzdî/Êzîdî bzw. Ezda heißt übersetzt »der, der mich erschaffen hat« (Ez–da)¹. Das Wort Êzdî/Êzîdî heißt somit »die Anhänger Gottes / der Gottheit«. Das Wesentliche hier führt darauf zurück, dass Gott / die Gottheit alles und jedes und auch sich selbst erschaffen hat.

Ethik des Êzîdentums

Gott erschafft aus seinem Licht die Erde. Das hat zur Konsequenz, dass jedes Lebewesen einen Anteil des göttlichen Lichtes (nûr) in sich trägt. Dieses göttliche Licht kann aber nur durch Vernunft (aqil) entfaltet werden. Jedes Individuum trägt die Anlagen sowohl für das Gute als auch für das Böse in sich. Indem er ein selbstständig entscheidendes, denkfähiges Wesen ist, kann der Mensch durch seine Wahl- und Willensfreiheit die Welt gestalten und gute von bösen Taten unterscheiden.

Das Menschenbild der Êzîd:innen ist davon bestimmt, dass der Mensch für sein Wirken und Handeln selbst verantwortlich ist. Er hat von Gott / von der Gottheit die Gabe des Hörens, Sehens und Denkens erhalten. Mit diesen Anlagen hat er die Möglichkeit, den richtigen Pfad zu beschreiten. Unter den Êzîd:innen gilt die Auffassung, dass ein:e Êzîd:in ein guter Mensch sein kann, aber um ein guter Mensch zu sein, muss er nicht Êzîd:in sein. Das Êzîdentum hat auch keinen Absolutheitsanspruch – das bedeutet, es gibt nicht nur »eine Wahrheit«, sondern es gibt »viele Wahrheiten«. Ein Beispiel aus dem Alltag für dieses Denken ist der Ausspruch des Wunsches

¹ Ezda ist das Herkunftswort, das in seiner wörtlichen Bedeutung heute eher veraltet ist und nur für die Bezeichnung der Êzîd:innen eine Rolle spielt. Für die Bedeutung »Der, der mich erschaffen hat« würde heute in der Alltagssprache »Min-da« verwendet.

»Gott, schütze die 72 Völker und auch uns.« Die 72 Völker stehen für alle Glaubensgemeinschaften und Bevölkerungsgruppen. Ein anderes Beispiel ist die Handlungsempfehlung »Heger tu kesekî bibînî. Xêrekê vêre bigehînî. Nebêjê tu ji kîjan bawerî ye« – »Wenn Du jemandem begegnest, lass ihr eine gute Tat zukommen. Frag nicht danach, welchem Glauben sie angehört.«

Drei besonders wichtige Gebote und Tugenden sind rastî (Wahrheit/Gerechtigkeit), şermî (Schamgefühl) und nasîn (Kenntnis/Wissen). Rastî erfordert Aufrichtigkeit, immer ehrlich und gerecht zu sein. Şermî ist das Gebot des Respekts anderen gegenüber oder andersherum die Scham oder Sorge, jemanden nicht richtig zu behandeln, jemandem nicht angemessen und respektvoll gegenüberzutreten. Und nasîn ist die Mahnung, nach Wissen zu streben um klug handeln zu können; denn Unwissenheit und Dummheit führen zu Fehlern, so dass anderen geschadet werden könnte.

Weitere wichtige Prinzipien werden im Wesen des êzîdischen Obererzengels Tawîşî Melek repräsentiert, das sind vor allem Mut und der Einsatz des eigenen Verstandes. Dazu gehört, das zu tun, was man selbst für richtig hält, die Konsequenzen aus dem eigenen Tun selbst zu tragen, für seine Taten selbst Rechenschaft abzulegen, sich eine eigene Meinung zu bilden, manchmal gegen den Strom zu schwimmen und Befehlen nicht blind zu folgen, selbstbewusstes Auftreten, stets kritisch zu bleiben und Dinge zu hinterfragen, Mitmenschen ein Vorbild zu sein und niemanden zu verurteilen.

Die Bedeutung des Fastens zur Wintersonnenwende

»Roj / rojî girtin« ist der Kurmancî-Begriff für »fasten«. Wenn wir ihn wörtlich übersetzen, so bedeutet er »die Sonne (fest)halten«. Die wörtliche Bedeutung zeigt, dass das Fasten für die Êzîd:innen begann, als sie merkten, dass die Tage kürzer und aus der logischen Schlussfolgerung die Nächte länger wurden. Es ist die Zeit vor der Wintersonnenwende.

Da die Êzîd:innen früher nicht wussten, dass dieser Vorgang normal ist, glaubten sie, dass das Böse anfang, das Gute anzugreifen. Das Licht symbolisiert das Gute, und die Dunkelheit

das Böse. Als die Êzîd:innen den Rückzug der Sonne bemerkten, begannen sie zu Gott / zur Gottheit / zur Sonne² zu beten, um den Niedergang des Guten zu stoppen.

Dann begannen sie zu Ehren der Sonne zu fasten – erst drei Tage und in der darauffolgenden Woche weitere drei Tage des Widerstands, da die Ausdehnung der Dunkelheit sich nicht verändert hatte. Die zweiten drei Fastentage begingen sie zu Ehren der Ahnen und Familienheiligen, aber vor allem der Wächter des Guten, die die Êzîd:innen Xwedan/Xwudan nennen. In der dritten Woche fasteten sie weitere drei Tage, bis sie merkten, dass die Dunkelheit nachließ. Am vierten Tag feierten sie, freuten sich und beteten zur allmächtigen Gottheit, die den Untergang des Guten/des Lichtes der Sonne gestoppt hatte. Dies ist der Feiertag »Cejna Êzî«.

Die Êzîd:innen sind der Überzeugung, dass sie vor allem durch das Fasten in der Zeit der Wintersonnenwende dazu



beitragen, die Ausdehnung der Dunkelheit zu stoppen, indem sie die Sonne festhalten.

Die drei mal drei Fastentage beginnen jeweils in aufeinanderfolgenden Wochen am Dienstag und enden Donnerstag, jeweils von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang.

Die Sonnenverehrung ist eines der ältesten Elemente des êzîdischen Glaubens und reicht bis weit in die alte Geschichte Mesopotamiens zurück. Die täglichen Gebete der Êzîd:innen werden immer mit dem Gesicht Richtung Sonne verrichtet. In einem der sakralen Texte der Êzîd:innen heißt es: »Ich gelobe

² Die êzîdische Gottheit darf sich nicht wie der jüdische, christliche oder islamische Gott vorgestellt werden. Es ist eine in allen Bestandteilen der Natur, in allem Lebenden sich zeigende Gottheit. Darum sei sie hier zur Verdeutlichung mit den verschiedenen Begrifflichkeiten gleichzeitig bezeichnet.

bei der Sonne, bei dem aufgehenden gelben Planeten, Şeşims, das Licht des Schöpfers«. Zugleich verdeutlicht die Sonne auch die Gleichheit aller Menschen und Lebewesen, da sie keinen Unterschied zwischen diesen macht und für alle ihre lebensnotwendige Wärme spendet, wie es in der êzîdischen Lehre heißt.

Çarşema Serê Nisanê – das êzîdische Neujahr

Der Tag des »Çarşema Serê Nisanê« fällt dieses Jahr auf Mittwoch, den 17.04.2024.

Çarşema Serê Salê / Çarşema Serê Nisanê / Çarşema Sor – es gibt regional verschiedene Bezeichnungen für das êzîdische Neujahrsfest, dem Fest zur Entstehung der Erde und für Tawîsî Melek. Die Bezeichnung bedeutet »erster Mittwoch des April«. »Çarşem« besteht aus kurdisch »çar« für Vier und »şem« für Woche, damit ist der vierte der Tag der Woche gemeint, das ist der Mittwoch. Kurdisch »sor« bedeutet rot. Öfters bezeichnet man diesen Tag auf Kurdisch auch als »Sersal« (kurd. »ser« Kopf/oben und »sal« Jahr), sinngemäß auf Deutsch also »Neujahr«. Das êzîdische Neujahr wird am ersten Mittwoch im April (kurd. »Nisan«) gefeiert, was nach êzîdischem Kalender stets auch der erste Tag im Monat April und des neuen Jahres ist. Da der êzîdische Kalender dem in Deutschland gültigen gregorianischen Kalender um 13 Tage nachgeht, wird das Neujahrsfest am ersten Mittwoch im Monat April gefeiert, der auf den 14. April oder einen der folgenden Tage im gregorianischen Kalender fällt. Der erste Tag im Monat »Nisan« ist der »Çarşema Serê Salê / Çarşema Serê Nisanê / Çarşema Sor«. Der Feiertag ist nach êzîdischer Mythologie der Tag, an dem die Schöpfung der Erde vollendet wurde: Die Sonnenstrahlen erreichten zum ersten Mal die Erde, so dass sich das Firmament rot färbte. Daher kommt unter anderem die Bezeichnung »roter Mittwoch«. Des Weiteren war es der Tag, an dem der oberste êzîdische Erzengel Tawîsî Melek (dt. »Gottes Engel«) erstmals auf die Erde kam. Tawîsî Melek ist der Mittelpunkt der sieben Erzengel, er repräsentiert den Mittwoch, die Mitte der Woche bzw. die Mitte der sieben Erzengel. Der Mittwoch ist der Ruhetag der Êzîd:innen, ähnlich dem Sonntag für die Christen.

Die Urperle

An Çarşema Serê Salê / Çarşema Serê Nisanê / Çarşema Sor wird auch jedes Jahr an die Urperle in Form von gefärbten Eiern erinnert. Der Tag des Neujahrsfestes ist zugleich Frühlingsbeginn. Die Farben der von neuer aufblühender Natur stellen dabei den Neuanfang des Lebens dar, die gefärbten Eier als Perle »Dur« den Neubeginn. Es ist möglich, dass die christliche



Tradition des Eierfärbens bei den Êzîd:innen entlehnt wurde³. Die Urperle, aus der nach êzîdischer Vorstellung das gesamte materielle Sein hervorgegangen ist, wird in den sakral êzîdischen Texten als »Dur« bezeichnet. Das Wort ist auf Kurdisch wie auch auf Persisch und Paschtu (دُر) das gleiche und bedeutet Perle. Die êzîdische Mythologie der Bedeutung der Urperle spiegelt sich auch in der kurdischen Sprache wider, da das Wort »Dur« auch für »Urknall« steht.

Bazinbar – Frühlingsband

Zum Çarşema Serê Nisanê wird das »Bazinbar« (dt. »Armband« – wortwörtliche Übersetzung: Bazina bihar = Armband des Frühlings) von êzîdischen Würdenträgern oder von älteren Müttern an die Êzîd:innen verteilt. Zudem bringt der Würdenträger Wasser aus der Kaniya Spî (dt. »Weiße Quelle«) aus dem êzîdischen Heiligtum Lalişê Nûranî / Lalisch in Südkurdistan (Nord-Irak) mit. Das Bazinbar ist ein aus Baumwollfäden geflochtenes Band. Dafür werden die êzîdischen Farben verwendet – entweder Weiß und Rot als Symbol der Reinheit und des Blutes/des Lebens aller Lebewesen, oder Grün, Rot, Gelb verwendet, die symbolisch für die Natur, das Blut bzw. das Leben und die Sonne stehen. Dieses Armband soll seine Träger:innen vor Unglück und Unheil schützen.



³ vgl. <https://www.derstandard.at/story/1269448434970/wissen-das-osterei-eine-fuenftausendjaehrige-kulturgeschichte>

Eskalierende Wasserknappheit – lang anhaltende Dürreperiode
– fehlende Krisenkommunikation

Ökozid in Nordostsyrien

Şermin Güven, Doktorandin am Institut für Geowissenschaften/
Disaster Research Unit (DRU)/Freie Universität Berlin

Dieser Beitrag ist eine Einladung zur Reflexion über die langsam, aber stetig wachsende Katastrophe des Anthropozäns, die sich besonders in Konfliktregionen Nordostsyriens (NES), insbesondere in den Flussregionen des Fırat (Euphrat), Xabûr (Chabur) und Dicle (Tigris) bemerkbar macht. Er soll eine Annäherung sein und die globalen Krisen, insbesondere die stetig sichtbarer werdende Süßwasserkrise, für die betreffende Region wieder in den Diskurs einbeziehen. Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung des Reports, der bei der 18. »EU-Turkey Civic Commission (EUTCC)«-Konferenz im Panel »Transition Period in World Politics« im Dezember 2023 vorgetragen worden ist. Diese Konferenz findet jährlich statt, und dieser Beitrag soll die Aufmerksamkeit auf den aktuell stattfindenden Ökozid in Nordostsyrien lenken und die aktuelle Klima-Krise noch einmal für diese Region in den Fokus nehmen.

Nordostsyrien (NES) ist eine sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik besonders vernachlässigte Region, insbesondere wenn es um humanitäre Hilfe und die Vermeidung ökologischer Zerstörung in Konfliktsituationen geht. NES ist in erheblichem Maße von Klimawandel, Wasserknappheit, Dürre und Umweltzerstörung und andererseits von ökonomischem Mangel, Sanktionen und Krieg betroffen. Zudem steht es durch die Drohnenangriffe im Herbst und Winter 2023 sowie erneute Angriffe im Januar 2024 vor erheblichen humanitären und ökologischen Herausforderungen. Meldungen aus den kommunalen Strukturen und zivilen ökonomischen Mangel berichteten im Januar 2024, dass ca. 80 Prozent der Infrastruktur in NES durch die jüngsten Militärangriffe zerstört worden seien.

Für den Schutz der Zivilbevölkerung Nordostsyriens fanden zuletzt Gespräche von Akteur:innen statt, um einerseits essentielle Infrastruktur wie Krankenhäuser, Elektrizitätswerke und Wasseraufbereitungsanlagen wieder in Stand zu setzen und andererseits die Klimakrise und den Ökozid der letzten fünf Jahre zu dokumentieren. Doch kam es nun zu erneuten Angriffen auf die kritische Infrastruktur wie Silos, Notreserven an Weizen, Krankenhäuser, Elektrizitätswerke, Sauerstoffanlagen, und die Umwelt der Region insgesamt. Die Zerstörung von

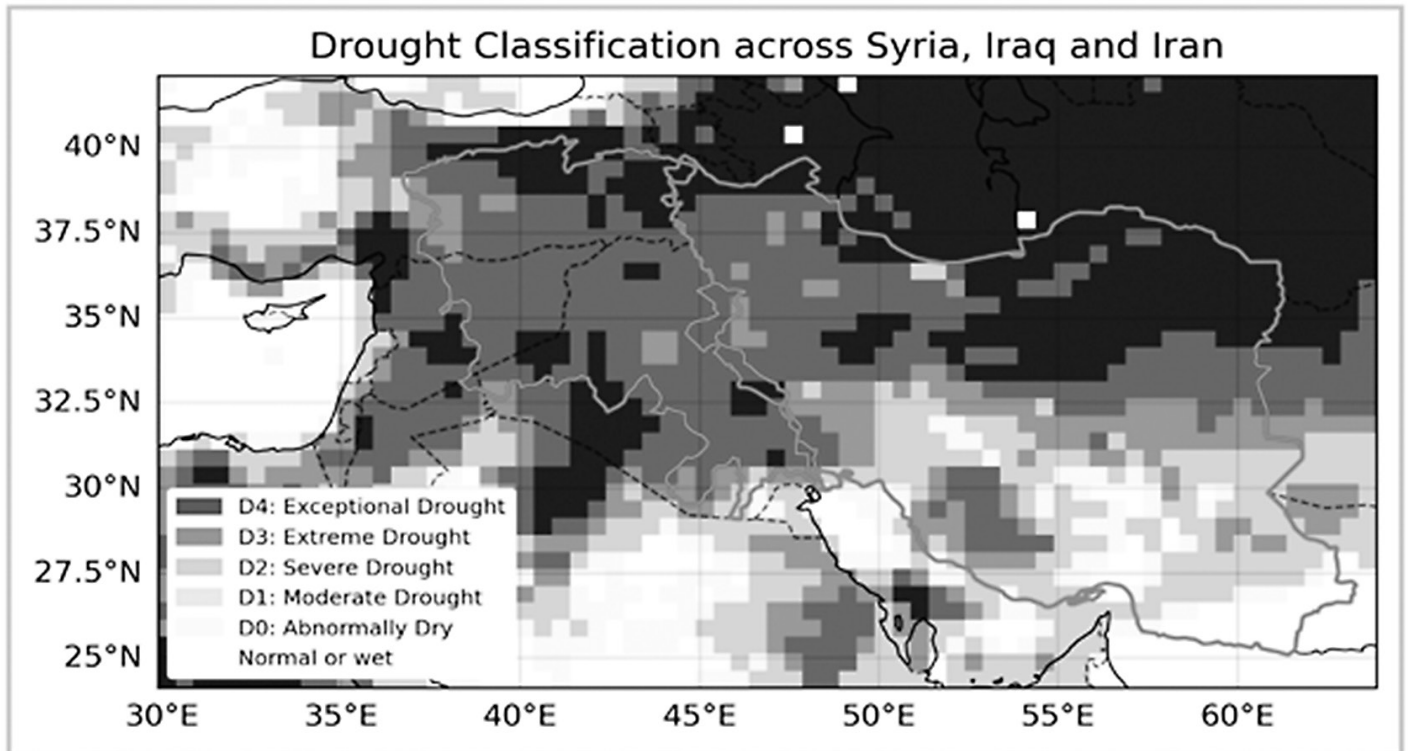
Gaskraftwerken und abnehmende Durchflussraten bei den Wasserkraftwerken an den großen Flüssen führten in den letzten Monaten immer wieder zu Stromausfällen, die auch den Betrieb von Wasserwerken einschränken.

Darüber hinaus blockierten türkisch kontrollierte Milizen die Elok-Pumpstation, die normalerweise eine halbe Million Menschen im Bezirk Hesekê mit Wasser versorgt – im Juni 2021 während der COVID-19-Pandemie und erneut Anfang 2024.

Eine Grundversorgung wie der Zugang zu sauberem Wasser kann für die Zivilbevölkerung nicht mehr gewährleistet werden, was die Abhängigkeit von Wasserlieferungen per LKW erfordert und die Sorge vor Verunreinigungen verstärkt. Verunreinigte Wasserlieferungen mit Lastwagen trugen 2021 und 2022 zu einem Anstieg der Fälle von Durchfallerkrankungen um 133 % bei. Neue Zahlen werden derzeit erhoben. Infolgedessen waren Ausbrüche vermeidbarer Krankheiten zu beobachten – wie der Ausbruch von Cholera-Epidemien in den Jahren 2021, 2022 und 2023. Der Ausbruch von Krankheiten über verunreinigtes Wasser, wie Hautkrankheiten (welche Hautkrankheiten dies sind, muss noch gesondert geprüft werden – hier fehlen Daten), die besonders bei Kindern zu Juckreiz führen, wurde von mehreren Stellen in der Region gemeldet. Labore und Krankenhäuser sind sehr stark vom Zugang zu sauberem Wasser abhängig. Ohnehin besteht ein Mangel an solchen Noteinrichtungen. Die bestehenden Krankenhäuser arbeiten im Notbetrieb, falls sie nicht von völkerrechtswidrigen Bombardements betroffen sind. Es besteht de facto kein Schutz vor dem Ausbruch von Epidemien.

Folgen des Klimawandels in der Region

In den letzten Jahren hat der vom Menschen verursachte Klimawandel zahlreiche Risikoszenarien ausgelöst, die von Wissenschaftler:innen bereits in den 1980er Jahren beschrieben wurden. Die anerkannte Eskalation von Risiken wie Wasserknappheit, Austrocknung der Erdoberfläche und von Flüssen und Seen sowie das Aussterben von Flora und Fauna sind einige der Tatsachen, die heute Realität der Zivilbevölkerung



Dürreklassifizierung für die Großregion Westasien, eingeteilt nach dem US Global Drought Monitor System. Die Kategorien basieren auf den 36-monatigen SPEI-Werten im Juni 2023, berechnet aus ERA5 (F. Otto et al. 2023), CC BY-NC-ND 4.0.

im Nordosten Syriens sind und für die lokale Bevölkerung schon vor Beginn des Bürgerkriegs Thema waren.

Seit drei Jahren ist in NES, sowohl durch Satellitenüberwachung als auch durch Interviews mit den Bauern in den ländlichen Regionen bestätigt, eine unterdurchschnittliche Niederschlagsmenge zu beobachten.

Im Gouvernement Heskê beispielsweise fielen bis zu 60 % weniger Niederschläge pro Monat. Im Jahr 2021 wurde die Region von einer schweren Dürre heimgesucht, die die Ernährungssicherheit beeinträchtigte und den Landwirt:innen einen Rückgang der Ernteerträge um bis zu 90 % bescherte.

Der Grundwasserspiegel erreichte 2022 den niedrigsten Stand in den 20 Jahren der Aufzeichnungen. Satellitenbilder aus den Jahren 2020 bis 2023 zeigen erhebliche Auswirkungen auf die Vegetation: Die Dürreschäden auf der NES-Seite sind deutlich zu erkennen, wenn man sie mit den Gebieten auf der türkischen Seite zur gleichen Zeit vergleicht.

Der vom Assad-Regime in der Vergangenheit praktizierte Anbau von Monokulturen, einschließlich einer starken Abhängigkeit vom Weizenanbau, trägt zur aktuellen ökologischen Krise bei.

Für die Einzelhaushalte mit ca. 10 Hektar Landfläche haben viele Bauern ca. 70–100 Meter tiefe Brunnen gebohrt. Diese Brunnen wurden während der letzten fünf Jahre in den umliegenden Dörfern zum Beispiel um Dêrik, Qamişlo, Amûde und in den Grenzregionen zur Türkei unkontrolliert von jenen angelegt, die es sich leisten konnten. Die letzten zwei Jahre meldeten dieselben Bauern, dass sie immer tiefer bohren müssten. Während in den letzten Jahren die Wasserqualität der Flüsse stetig abnahm und sich die Wassermenge in den Flüssen durch mehrere Faktoren verringerte, sahen die Bauern im Brunnenbau eine Lösung, um an »gesundes, sauberes Wasser« zu gelangen.

Die Wasserbehörde der Selbstverwaltung sieht den Brunnenbau ebenfalls sehr kritisch, da manche Haushalte in den ländlichen Regionen letztes Jahr sogar von 150–200 Metern benötigter Brunnentiefe berichteten. Sowohl Oberflächenwasser als auch das unterirdische Wasser brauchen in Zeiten globaler Wasserknappheit für den Raum NES ein besonderes Monitoring. Doch behinderte der drohende Ausbruch des Krieges auch eine flächendeckende Beobachtung des Grund- und des Flusswassers. Dabei ist es für das Überleben der Bevölkerung vor Ort, die einem Leben am Existenzminimum und in politischer Anspannung ausgesetzt ist, von essentieller Bedeutung, den Zugang zu sauberem Wasser zu gewährleisten.



Qamışlo (Copernicus Überwachungsdaten 2023, verarbeitet von der ESA, Auswahl von Şermin Güven)

Der enorme Wasserstress, den wir in den letzten Jahren beobachten, wird in Zukunft nicht weniger, sondern ein Hauptthema für die Region sein. Eine diplomatische Lösung sowohl für die Menschen als auch für die Natur ist nicht in Sicht. Auch politische Verhandlungsversuche erfolgen aufgrund des Zeit- und Expertenmangels ohne messbare Daten. Die Bevölkerung selbst ist von den internationalen Klimadebatten ausgeschlossen, auch ihre Repräsentant:innen wie die Vertretungen der Selbstverwaltungen in den europäischen Städten haben zu wenig Rückhalt und Aufmerksamkeit, um weitere kritische Winter- und Sommermonate politisch zu verhindern. Führen wir uns vor Augen, dass es sich bei nur zwei Prozent des Wassers auf der Erde um Süßwasser handelt und die Versorgung durch Grundwasser nicht selbstverständlich ist, dann sollte uns bewusst werden, wie kritisch die Lage in NES ist.

Wasserknappheit und willkürliche Kontrolle über die Durchflussmenge grenzüberschreitender Flüsse

Wie zahlreiche Studien zeigen, sind soziale und politische Faktoren die Hauptursache für Wasserknappheit, allgemeine Umweltunsicherheit und die ungerechte Verteilung von Risiken – dies gilt auch für NES. Auch wenn Gefahren wie Dürren große Regionen gleichermaßen betreffen können, entstehen Katastrophen oft aus sozialer, politischer und wirtschaftlicher Marginalisierung, die die einzelnen dazu zwingt, unter existenzgefährdenden Bedingungen zu leben.

Hinzu kommt die ständige Eskalationsgefahr des Krieges.

Die Kontrolle der Türkei über die natürlichen Wasserressourcen von Firat und Dicle, insbesondere durch Dämme und Infrastruktur, verschärft in sehr trockenen Jahren die Wasserknappheit in NES selbst.

Ökologisches Bewusstsein über den Schutz des Grund- und des Oberflächenwassers wie die Reinigung und Renaturierung der Flüsse und Fließe wird von den Strukturen der Selbstverwaltung und den zivilen Strukturen in NES mehr und mehr angestrebt. Es wurden in den letzten Jahren mit Hilfe ziviler Strukturen, wie zum Beispiel von Keziyên Kesk (Grüne Zöpfe), Ökologie-Lehrer:innen ausgebildet. Sie stehen in engem Kontakt mit der Rojava-Universität. Diese wiederum steht in Kooperation mit Universitäten in Europa, um im Austausch Lösungsansätze für die globale Dürre zu finden.

Konkrete technische Lösungsansätze wie die Umstellung von gasbetriebener Strom-Infrastruktur auf Solarenergie stehen nun auf den Listen der Wiederaufbaupläne und bedürfen weiterer Unterstützung durch internationale Kooperationen. Es gibt einige Vorbilder aus Entwicklungszusammenarbeit-Kontexten von simplen solarbetriebenen Backstuben oder Grauwasseraufbereitungsanlagen bis hin zu solarbetriebenen Pumpstationen.

Neben vielen technischen Lösungsansätzen ist eine akute Aufforstung ein weiterer Ansatz gegen die Abholzung weiterer Waldflächen, gegen die Abholzung der Bäume aus politischem Kalkül, gegen die Trockenheit und zum Schutz des Grundwassers, welcher sowohl auf der pragmatischen Ebene als auch auf der Diskursebene angeschaut werden sollte. Eine Ausweitung der Grünflächen auf 10 % der Gesamtfläche Nordostsyriens kann binnen der nächsten fünf Jahre trotz aller Einschränkungen erreicht werden. Die Aufforstung mit vier Millionen einheimischen Bäumen wie Olive, Granatapfel, Pistazie, Buche, Pappel und weiteren Arten kann laut Keziyên Kesik innerhalb der nächsten Jahre erfolgen. Die Initiative startete 2023 eine Kampagne »4 Millionen Bäume«, um innerhalb von fünf Jahren vier Millionen Setzlinge zu züchten.

Humanitäre Hilfseinsätze in der Krisenregion NES müssen sowohl im Hinblick auf Wasserstress nach der Bombardierung der letzten Monate als auch auf die bevorstehenden akuten ökologischen Herausforderungen der Klimakrise in dieser Region gezielt zum Thema gemacht werden. Die wiederholten Wetterextreme in der Region werden ebenso wie der Krieg die Demographie weiter verändern. Der größte Teil der noch verbliebenen Menschen und Binnenflüchtlinge in den überfüllten Camps in NES braucht einen würdevollen gesunden Lebensstandard, sauberen nachhaltigen Zugang zu Trinkwasser und eine renaturierte Landschaft. Die Verantwortung, den Weg für einen gesunden Lebensraum zu bahnen, liegt jedoch in den

Händen der heutigen bisher fehlgeschlagenen Diplomatie für den Nahen Osten und speziell für den Raum Nordostsyrien. Sowohl die internationalen Organisationen als auch die Menschenrechtskomitees sollten in den nächsten Jahren der bevorstehenden Dürreperioden den Aspekt des Wasserschutzes in Postkonflikt- und Konfliktregionen nicht unterschätzen.

Die zahlreichen lokalen Kampagnen und Netzwerke in NES zeigen, dass die lokale Bevölkerung eine nachhaltige Lösung nicht nur gegen die Dürreperiode in ihrer Region, sondern mit ihrer Praxis tatsächlich gegen die globale Trockenheit anstrebt. Diesem besonderen Krisendiskurs sollten mehr Aufmerksamkeit und mehr Raum in globalen Diskussionen gegeben werden.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass die Wasserknappheit in NES eng verknüpft ist mit der politischen und Daten-Knappheit, die die Region die nächsten Jahre noch begleiten wird, und für die Zivilbevölkerung unter diesen Krisenumständen ein Leben in Würde nicht möglich macht. Weder der Schutz der Zivilbevölkerung ist gewährleistet noch der Schutz eines gesunden Lebensraumes. Als Pilot-Dorf gibt es in NES als funktionierenden Lösungsvorschlag das ökologische Frauendorf Jinwar, doch die politische Instabilität der Region steht jedem angestrebten Lösungsansatz im Weg.



»Über die Zerstörung der Wälder von Besta und Cûdî wird nicht geschwiegen werden.« Am Berg Nimêjê in Şirnex wurden ganze Landstriche von Mitgliedern des paramilitärischen Dorfschützerverbands Sêgirkê abgeholzt. Zum Protest gegen die Naturzerstörung haben HDP und TJA im August 2021 eine Mahnwache initiiert.



Vor den Kommunalwahlen in der Türkei

Die Politik des Dritten Weges¹ der Demokratischen Partei (DEM-Partei) wird die politische Transformation bewirken

Tayip Temel, Stellvertretender Generalsekretär der DEM-Partei

Die Türkei ist ein Land, in dem Politik alles ist, aber politiklose Zustände aufgezwungen werden. Als Partei für Gleichberechtigung und Demokratie (DEM-Partei) ist Politik für uns in erster Linie die Arbeit und der Kampf zum Wohle der Gesellschaft. Politik darf nicht im Interesse einer kleinen Gruppe oder um die Gesellschaft zu ersticken gemacht werden. Sie muss im Wesentlichen demokratischen Charakter haben. Die demokratische Natur der Regierungen ist davon abhängig. Andernfalls kann es keine Lösung für irgend etwas geben. Was wir als demokratische Politik bezeichnen, ist das Recht jeder und jedes Einzelnen, sich auszudrücken und sich zu verteidigen.

Die herrschenden Kräfte in der Türkei haben den Krieg gegen alle Völker, insbesondere gegen die Kurd:innen, erklärt. Politik, ein Instrument zur Befreiung der Gesellschaft, wurde praktisch zu einem Verbrechen gemacht. Das prägendste Merkmal der türkischen Geschichte der letzten Jahrhunderte ist die »Angst vor Politik«. Die Angst vor der Politik des Anderen ist fast der einzige Reflex, der den Staat alarmiert. Diese Angst hält seit Jahrhunderten jede:n Andere:n von der Politik fern und wird wie ein lebendiger Mechanismus am Leben erhalten. Die erzeugte Angst verhindert das Sprechen; sie verhindert die Diskussion. Der offensichtlichere Name und die Codierung dieser Angst ist die »Kurdenangst«.

Der Staat hat in allen Krisensituationen versucht, insbesondere die Kurd:innen als ständige innere Feinde zu identifizieren und sie aus dem politischen Raum zu verbannen. Und jede Regierung, die im letzten Jahrhundert an die Macht gekommen ist, hat die Sackgassen im Zusammenhang mit den Kurd:innen aufeinander gestapelt und das Problem wie einen Schneeball vergrößert.

Die kurdischen Bemühungen, sich an der Politik zu beteiligen, wurden ständig mit Gewalt beantwortet, und die Ablehnung der Politik hat jede Form des Sprechens und der

Diskussion verhindert. Letztendlich wurde eine Mentalität geschaffen, die den Dialog vermeidet, sich nicht für gemeinsame Lösungen einsetzt und von einem Hass auf Demokratie und Freiheit geleitet wird.

Die Flucht vor dem sozialen Frieden, den nicht nur unsere Region, sondern eigentlich die gesamte Menschheit so dringend braucht wie Brot und Wasser, reduziert alles auf ein Sicherheitsproblem. Die Blockaden demokratischer Politik verwandeln das Problem in ein internationales Problem. Wir wissen jedoch, dass demokratische Politik auf Zustimmung und nicht auf Zwang basiert! Daher bietet sie die Möglichkeit der Befreiung.

Die Hingabe an die Entwicklung der demokratischen Politik, die wir als den Verlauf unserer Partei und ihrer Tradition betrachten, ist eine Tradition, die wir als Bereitschaft betrachten, jeden Preis zu zahlen. Denn unsere demokratische politische Geschichte, oder vielmehr unsere Suche nach politischer Betätigung, ist auch Teil der Prüfung, der dieses Land gegenüber Demokratie, Frieden und Freiheit unterzogen wird. Daher muss der unerschütterliche Einsatz der Kurd:innen und unserer Partei für demokratische Politik mit all seinem Aufwand richtig verstanden und gelesen werden.

Die Suche der Kurd:innen nach demokratischer Vertretung begann 1990 mit der Gründung der Arbeitspartei des Volkes (HEP) und wurde auf ihrer 34-jährigen Reise ständig mit Verbotsverfahren und Verboten konfrontiert. Fast alle Parteien wurden geschlossen oder umbenannt. Freiheits und Demokratie Partei (ÖZDEP), Partei der Demokratie des Volkes (HADEP), Demokratische Volkspartei (DEHAP), Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP), Partei des Friedens und der Demokratie (BDP), Demokratische Partei der Regionen (DBP), Demokratische Partei der Völker (HDP), Grüne Linkspartei (YSP) ... Die Liste wird sicherlich erweitert! Am 7. Juni 2015 änderte die HDP das politische

1 »Dritter Weg«: 1: Nicht mit dem Staat. 2: Nicht gegen den Staat. 3: Aufbau eigener Strukturen für Selbstverwaltung.



Am 31. März finden in der Türkei Kommunalwahlen statt. Die kurdische Bevölkerung feiert in Cizir ihre Dem-Partei | Foto: MA

Gleichgewicht in der Türkei, stand jedoch am 7. Juni 2021 der Bedrohung der Schließung gegenüber, und obwohl dies nicht geschah, schwebt diese Bedrohung nach wie vor wie ein Damoklesschwert über ihr. Am 14. Mai 2023 mussten wir uns den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mit der Grünen Linkspartei YSP stellen. Später beschlossen wir, mit der Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (HEDEP) als letzten Schritt der Veränderung und Transformation fortzufahren, aber der Name HEDEP wurde vom Kassationsgericht abgelehnt, der sich in eine Institution verwandelt hat, die die Kurd:innen von der demokratischen Politik ausschließt. Jetzt machen wir als DEM-Partei weiter.

Wir sprechen von einer politischen Tradition, in der sich die Namen von drei Parteien innerhalb eines Jahres geändert haben. Das ist im Grunde genommen, wo die Politik jetzt steht: Parteien, die »trotzdem demokratische Politik, trotzdem Dialog, trotzdem Verhandlungen, trotzdem friedliche Lösungen« fordern, werden verboten, ihre Namen werden nicht akzeptiert oder sie werden durch Komplote und Angriffe gestoppt. Die Abgeordneten des Volkes werden gewaltsam aus dem Parlament entfernt, ihre gewählten Gemeinden werden von Zwangsverwaltern übernommen. Es gibt Bombenanschläge auf ihre Versammlungen, ihre Provinz- und Bezirksorganisationen. Die Aktivitäten ihrer Parteien werden verboten. Wir stehen vor zahllosen Hindernissen und Angriffen, gegen die selbst das Wort »Unterdrückung« nicht ausreicht.

In diesem Land wurden Hindernisse geschaffen, um die Kurd:innen etwa 45 Jahre lang nicht ins Parlament gelangen zu lassen. Auch wenn die Wahlhürde von 10 Prozent als die höchste der Welt bezeichnet wird, ist sie in Wirklichkeit eine »Kurdenausschlussklausel«. Aber unsere politische Tradition hat mit großen Opfern und harter Arbeit alle Hindernisse überwunden, die demokratischer Politik in den Weg gelegt wurden, und Geschichte geschrieben. Jetzt sind wir bei der DEM-Partei angekommen, wir sind in einem reifen politischen Alter. Die DEM-Partei wurde gegründet, um demokratische Politik aufzubauen, die Wege zur Demokratisierung der Politik zu öffnen. Sie trat an, um die Politik aus den Händen der Mächtigen zu nehmen und sie zu einem Instrument der Befreiung zu machen, das es jedem einzelnen Mitglied der Gesellschaft ermöglicht, Politik zu betreiben. Gegen die Verhandlungsverweigerung und die ausschließende Haltung der beiden dominierenden Blöcke seit der Gründung der Republik hat die DEM-Partei gezeigt, dass die Option der Menschen nicht alternativlos ist, und sie setzt dies fort und entwickelt es weiter. Unsere Aufgabe besteht darin, die Gesellschaft zu verteidigen, uns für das Gemeinwohl einzusetzen, die Werte zu bewahren und, was noch wichtiger ist, Neues aufzubauen. Die DEM-Partei glaubt, dass mit dem Verzicht auf eine staatszentrierte Perspektive die Möglichkeiten für Lösungen zunehmen werden. Die Ignoranz einem bestehenden Problem gegenüber bedeutet auch die Ablehnung der Gesellschaft, und das ist einer der Hauptgründe für die vielfachen Krisen, die wir durchmachen. Die DEM-Partei betrachtet Herrn Öcalan als Hauptakteur in der »Kurdenfrage«, ist sich jedoch als Partei auch ihrer Rolle für die Lösung bestehender Probleme bewusst.

Zusammengefasst: Unsere Partei ist bestrebt, eine demokratische, freiheitsliebende, egalitäre, gerechte, ökologische, geschlechtergerechte und solidarische Gesellschaft aufzubauen, die sich pluralistisch, partizipativ und verhandlungsbereit für eine politische Verantwortung einsetzt. Wir verteidigen die universellen Menschenrechte ohne Diskriminierung, achten

die Rechte der Natur und aller Lebewesen, kämpfen gegen Militarismus, stehen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ein und sind ökologisch, friedlich und demokratisch ausgerichtet. Unsere Partei ist das Ergebnis des Zusammenschlusses von Kräften, die gemeinsam für die Beseitigung aller Formen von Druck, Ausbeutung und Diskriminierung kämpfen und eine menschenwürdige Lebensweise etablieren wollen. Unser Ziel ist es, eine demokratische Volksmacht zu errichten.

Ich möchte auch ein besonderes Thema im Zusammenhang mit der Partei und der Politik ansprechen. Der sogenannte »Kobanê-Prozess« gegen die HDP dauert an. Was mit einem einzigen Tweet begann, entwickelte sich zu einer Falle, in der jede Aussage, jede Handlung und jeder Atemzug zum Verbrechen gemacht wird. Dieser Prozess, der bereits jetzt in die Geschichte eingegangen ist, wird ein weiteres beschämendes Kapitel in der türkischen Geschichte darstellen. Er ist ein Beispiel für einen hektischen Angriff, eine Leugnung und eine Säuberungsaktion sowie den Widerstand dagegen.

Die Türkei nach den Parlamentswahlen 2023: Die Bestrebungen zur Institutionalisierung von Faschismus und Populismus! In der Region und im Land ereignen sich bedeutsame Entwicklungen. Die Krise der kapitalistischen Moderne und die Suche nach einer Richtung vertiefen sich mit der Ausbreitung von Gewalt im Nahen Osten. Die politischen Spannungen nehmen zu, wenn die globalen hegemonialen Kräfte ihre Schachzüge über Energiekorridore entwickeln. Es wird hilfreich sein, die Kriege Ukraine-Russland, Israel-Palästina und der Türkei, des Iran sowie der internationalen und regionalen Kräfte gegen die Kurd:innen in diesem Zusammenhang zu betrachten.

Der Nahe Osten ist das Zentrum, in dem die konkreten Auswirkungen dieses Machtkampfes und der sich entwickelnden Dynamiken aufgrund von Energiequellen, geostrategischen und historisch-kulturellen Werten zu sehen sind. Diese Konflikte und Widersprüche in der Region stoßen auf eine große Verunsicherung. Die zunehmenden Kriege haben alle Bereiche, insbesondere die Menschenrechte und das demokratisch politische Feld, geschwächt. Dies macht den Kampf für eine gerechtere, gleichberechtigte Welt und Existenz nicht nur unverzichtbar, sondern macht diejenigen, die für Freiheit kämpfen, um so wichtiger. Diese Entwicklungen sind auch bestimmende Faktoren in den lokalen Strukturen. In den nächsten Monaten werden weltweit etwa 2 Milliarden Menschen in rund 70 Regionen an Wahlen teilnehmen. Leider reichen Wahlen allein nicht für die Demokratie aus. In vielen Regionen, wie in der Türkei, ist die Demokratie, der Wille des Volkes und sogar die gemeinsame Kultur der Menschheit gefährdet. Wir stehen vor einer Zeit der multiplen Krisen, in der die Wirtschaft unsicher ist, die Machtstrukturen den Natio-

nalismus und den Rassismus befeuern, neue Energiekonflikte beginnen und die geschürten Spannungen rapide zunehmen.

Die Regierungskrise in der Türkei ist offensichtlich. Und nicht nur das: es gibt auch eine tiefe Krise in vielen sozialen, politischen und moralischen Bereichen. Wir sprechen von so tiefgreifenden und offensichtlichen Krisen wie noch nie. Die Krise vertieft sich durch die Androhungen gegenüber den Menschen, indem Verbrechen im Namen des Nationalismus begangen werden, und durch die Versuche, die Krise mit dem Verbot von Parteien zu lösen. Es ist eine einfache Regel: Was man sät, das erntet man! Auf der einen Seite haben wir den Kobanê-Prozess, auf der anderen Seite den Fall Can Atalay² und die Krise zwischen dem Verfassungsgericht und dem Obersten Gerichtshof, auf der anderen Seite werden rassistische Wellen zur Norm in der Gesellschaft, es gibt Diskussionen über das Kalifat, während gleichzeitig tiefe Armut und Hunger herrschen und Millionendollar-Raubüberfälle und Mafia-Geschäfte weiterhin stattfinden. Aber die eigentliche Krise des Staates ist das seit 100 Jahren gezeugte kurdische Problem und die heutige Isolation, die zu einem aktuellen Problem geworden ist.

Es ist wichtig, einen speziellen Abschnitt über die Isolation zu öffnen: Im vergangenen Jahr war die Isolation das wichtigste Thema, und das wird auch in diesem Jahr so sein. Der kurdische Vordenker, Herr Abdullah Öcalan, ist einer kaum zu beschreibenden absoluten Isolation ausgesetzt. Seit 2014 wurden nur 5 Familienbesuche zugelassen. Das letzte persönliche Treffen fand am 3. März 2020 mit seinem Bruder statt. Seit dem ersten Tag konnte er nur zweimal (am 27. April 2020 und am 25. März 2021) telefonisch sprechen. Im Jahr 2023 blieben alle 110 Anfragen von Anwälten und für 59 Familienbesuche unbeantwortet. Von diesen waren 14 Anwalt- und 10 Familienanfragen aufgrund eines Erdbebens. Obwohl in einer solchen Situation Besuchsmöglichkeiten gesetzlich verpflichtend sind, wurden keine Familien- oder Anwaltsbesuche zugelassen. Wie im letzten veröffentlichten Bericht zu İmralı festgestellt wurde, »ist İmralı ein Ort, an dem grundlegende Rechte und Freiheiten ständig außer Kraft gesetzt werden, alle Verbindungen zur Welt abgebrochen sind, die Gerichtsorgane ihre Neutralität und Unabhängigkeit verloren haben, rechtswidrige Handlungen und Entscheidungen mit Strafflosigkeit behandelt werden, Besuche von Anwälten, Familien und Vormündern in einem Maße verboten sind, das in der Welt einzigartig ist, und Anwalts- und Familienverbote geheim gehalten werden, die Anwaltschaft nicht ausgeübt werden kann, seit 3 Jahren weder rechtliche noch humane Nachrichten erhalten werden können, keine rechtliche Überprüfung erfolgt

² Can Atalay ist Rechtsanwalt in der Türkei und bekannt durch die Übernahme der Vertretung von Erdbebenopfern, Verhafteten aus dem Gezi-Park Zusammenhang etc. Er wurde wegen seiner anwaltlichen Aktivitäten verhaftet und wird nicht aus dem Gefängnis entlassen, obwohl das türkische Verfassungsgericht seine Freilassung angeordnet hat.



»Es ist Zeit für den Willen der Frau« – Zuversichtlich geht die DEM-Partei in den Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 31. März. | Foto: ANF

ist, die rechtliche Sicherheit und Vorhersehbarkeit fehlen, und ein Ort, der unter außergewöhnlichen Bedingungen von einem außergewöhnlichen Regime registriert wird.«

Die Isolation ist eine subtile Anwendung der Staatsräson und der globalen hegemonialen Kräfte gegenüber den Menschen. Die Insel İmralı und die Isolation stellen nicht nur ein schwarzes Loch des Rechts dar, sondern auch die Summe aller Rechtsverletzungen. Die Isolation hat ihre Besonderheiten und unterscheidet sich in der Anwendung. Selbst wenn wir uns nur die verschärfte Isolation ansehen, können wir sagen: Die Staatsräson schwankt zwischen Aufstieg und Fall. Daher muss eine Entscheidung getroffen werden: Wenn der Staat es schafft, den Verfall zu stoppen und Vernunft und eine Politik für das Leben zum Maßstab zu nehmen, wird es einen »prächtigen Aufschwung« geben. Aber wenn er seinen Krieg gegen das Volk, gegen Frauen und die Natur fortsetzt, wird ein »Zerfall« unvermeidlich sein. Die Isolation zu brechen und die Freiheit für Herrn Öcalan zu fordern, wird derzeit in fast 120 Gefängnissen durch Hungerstreiks fortgesetzt. Die Mahnwachen dauern an, und aus Wan und Qers haben sich zwei Demozüge mit dem Langen Marsch für die Freiheit auf den Weg gemacht. Trotz der vergangenen Jahrzehnte hat die kurdische Bevölkerung beschlossen, zu zeigen, dass sie die Praxis, die ihr und Herrn Öcalan aufgezwungen wurde, nicht akzeptieren wird. Wir sind in einer Zeit, in der es nicht ausreicht, die

Freiheit nur zu fordern, sondern auch notwendig ist, sie durchzusetzen.

Die Frage der Isolation ist mittlerweile so offensichtlich geworden, dass es im Wesentlichen eine Frage der Lösung oder Lösungslosigkeit, des Kriegs oder des Friedens, der Demokratie oder der Autorität ist. Beachten Sie, dass der Zeitpunkt, an dem die Isolation begann und verstärkt wurde, der Zeitpunkt ist, ab dem die Autoritarismus zunahm, der Zeitpunkt, ab dem der Krieg verschärft wurde, der Zeitpunkt, ab dem das Recht zunehmend missachtet und ab dem sogar das Verfassungsgericht ignoriert wurde. Heute

gibt es Isolation, weil der Staat sich vor der Lösung drückt. Der Staat möchte auf diese Weise alle Errungenschaften der Kurd:innen beseitigen, daher greift er Rojava an. Insbesondere in Kurdistan versucht der Staat, eine alternative Hegemonie aufzubauen und die politische Kultur der Region über Parteien wie HÜDA PAR³ zu verändern.

Der Staat versucht einerseits, politische, soziale und wirtschaftliche Spannungen aufrechtzuerhalten, andererseits aber auch als regionale Macht durch Energiekorridore und Gewaltexport jeder versuchten Gegeninitiative Einhalt zu gebieten. Die Machtverhältnisse im Staat haben sich in den letzten neun Jahren stark verändert. Unter der Führung von Ergenekon gab es einen intensiven NATO- oder eurasischen Flügelwettbewerb. In diesem neuen Prozess scheint die MHP insbesondere in Justiz und Polizei an Stärke zu gewinnen und Druck auf die AKP auszuüben. Die gesamte Tonlage der Justizkrise und der Putschcliquen wird von der MHP bestimmt. Während mafiose Gruppen an Einfluss in der Staatsführung gewinnen, gibt es innerhalb des Staates einen harten Wettbewerb um »Territorien«. Jetzt steht uns eine sehr wichtige Zeit mit den Kommunalwahlen. Die Entwicklungen der nächsten Zeit werden wichtig sein.

3 Hüda Par (»Partei der Freien Sache«) ist 2012 gegründet worden und gilt Vielen als faktische Nachfolgerin der Hizbullah, die für zahlreiche »Morde unbekannter Täter« in den 1990er Jahren verantwortlich war und vor allem gegen die kurdische Bevölkerung gekämpft hatte.

Die Kommunalwahlen am 31. März 2024: Alles beginnt von Neuem!

Die Bedeutung der lokalen Demokratie als Maßstab für »die Demokratie« hängt mit den Bereichen zusammen, in denen sie erreicht und sichtbar gemacht wird. Durch einen Blick auf die lokale Ebene kann man das demokratische Verständnis eines Landes erkennen. Die These, dass die Existenz lokaler Demokratie und die Politik des Staates von einander getrennt sein können, hat in der Praxis kaum eine Entsprechung. Nein, ein Land ist so demokratisch wie die lokalen Strukturen. Denn diese Beziehung ist eine notwendige Beziehung. Die heutigen Nationalstaaten sind sich dessen bewusst und haben das Verhältnis zwischen der Freiheitlichkeit der lokalen Regierungen und der Gesellschaft gut analysiert. Ausgehend von der Tatsache, dass Bildung, Gesundheit, Institutionen, Strukturen, Straßen, Natur ein Problem der Befreiung sind, kann man sehen, welche Bedeutung lokale Verwaltungen haben. Wir können das Lokale nicht unabhängig von Natur, Menschen, Institutionen und ihrer Demokratisierung betrachten.

Die Interpretation der lokalen Demokratie ist in den Parteien der Türkei unterschiedlich. Zum Beispiel ist die Regierung grundsätzlich dagegen. Denn die Türkei wurde durch AKP-MHP ideologisch umgestaltet, und dieser Umwandlungsprozess dauert an. Diese Transformation wird auf der Grundlage der türkisch-islamischen Synthese vertieft. Nicht nur der Staat, sondern auch die Gesellschaft unterliegt einer ideologischen Transformation, und dieser Prozess hat bereits eine gewisse Stufe erreicht. Anstelle von säkularer nationaler Identität wird türkischer Islam-Nationalismus eingeführt, und beide führen zum Faschismus.

Die AKP passt sich den veränderten Bedingungen des Dritten Weltkrieges an, bewertet ihre geopolitische und geostrategische Position und versucht, sich anzupassen, Hindernisse zu überwinden und sogar davon zu profitieren. Die AKP hat in letzter Zeit intensiv die USA ins Visier genommen. Sie wartet auf die Ergebnisse der bevorstehenden Wahlen in den USA und führt eine Anti-Biden-Kampagne durch. Für die AKP und ihren Koalitionspartner MHP ist eine zentrale Agenda die Verschärfung des Krieges. Dieser Krieg hat zwei Aspekte. Einer betrifft den Krieg in der Autonomen Region Kurdistan, der andere betrifft Rojava. Für die nahe Zukunft wird ein erneuter Großangriff auf Rojava signalisiert, aber die globalen Dynamiken werden hier entscheidend sein.

Daher wird die einzige Agenda und der Wahlkampf der AKP-MHP für die Kommunalwahlen eine nationalistische Sprache sein, potentieller Lynchmord, der alles und jede:n terrorisiert, und Feindseligkeit gegenüber den Kurd:innen. Die Republikanische Volkspartei (CHP) versucht während dieser schmerzhaften Phase ihre Veränderungsfähigkeit zu beweisen.

Aber wie zu sehen ist, stellen interne Probleme, vergangene Altlasten und staatliche Programme Hindernisse für diesen Wandel dar. Dabei ist Veränderung eine Frage des Mutes; wenn die CHP Veränderung will, muss sie mutig sein. Die İYİ Parti ist bestrebt, sich in der zunehmenden nationalistischen Koalition im Land zu integrieren. Sie ist auf der Suche danach, in ihr Umfeld zurückzukehren, nachdem die führenden Kader erfolgreich die Opposition unter nationalistischer Kontrolle gehalten haben. Aber die Basis glaubt nicht, dass sich die İYİ Parti verändert hat. Die Welle von Rücktritten in der Partei deutet darauf hin, dass die Partei in Zukunft in der Politik nur eine begrenzte Rolle spielen wird.

Parteien mögen sich verändern, die Namen mögen sich ändern, aber die Realität nicht. Der Wahlkampf vor den Kommunalwahlen wird im Wesentlichen zwischen zwei Blöcken geführt. Die eigentliche Lösung ist jedoch der Dritte Weg. Dieser Weg ist der Weg der Arbeitenden, derjenigen, die Freiheit fordern. Selbst die Vorwahlen, bei denen wir in über 90 Regionen mehr als 100.000 Stimmen erlangt haben, zeigen die konstruktive Natur des Dritten Weges. In dieser Hinsicht ist das einzige Rezept für die Rettung im neuen Jahrhundert der Türkei-Konsens, der auf Demokratie und gemeinsamer Vernunft beruht. Der einzige Ausweg für die Menschen der Türkei ist der historische kurdische Frieden. Eine demokratische, gerechte und freiheitliche Ordnung.

Bei den kommenden Wahlen sagen wir, dass der Schlüssel zum Sieg am 31. März der städtische Konsens ist. Wir wollen von lokaler Demokratie zum Stadtkonsens und von dort zum Türkei-Konsens gelangen. Unser Interesse liegt nicht darin, wer welche Gemeinde gewinnen wird. Wir werden ein starkes demokratisches Bündnis, einen starken städtischen Konsens schaffen und mit dem Türkei-Konsens krönen. Das ist der einzig mögliche Ausweg. Wir gehen mit einer Gründungshypothese in die Kommunalwahlen. Stadtkonsens ist das demokratische Modell für die Türkei. Wir sagen, der Weg von lokaler Demokratie zum städtischen Konsens führt zum Türkei-Konsens.

Und ja, unsere Partei, die mit diesem Anspruch antritt, wird sicherlich gewinnen. Es gibt Hindernisse, die Handicaps haben sich vertieft, Bedrohungen und Gefahren sind größer als je zuvor, aber in dieser Situation ist das Bedürfnis nach Freiheit, Frieden und Gleichheit gewachsen. Unsere Partei, unsere Politik, hat in dieser Hinsicht einen besonderen, herausragenden Platz. Nationalismus, Rassismus, Kriegsordnung, Ausbeutung und Plünderung, Hunger und Armut vertiefen nicht die Hoffnungslosigkeit, sondern vergrößern die Hoffnung auf Befreiung und Erlösung. Mit diesem Verständnis sind wir zuversichtlich, dass wir zusammen mit unserem Volk gewinnen werden.



Eine internationale Entführung:

Der Fall Öcalan

Kaveh Ghoreishi, Journalist

Als die türkische Regierung Ende 1998 im Namen der NATO massiven Druck auf Syrien ausübte, um Abdullah Öcalan auszuweisen, war nicht absehbar, dass diese Handlung und die damit verbundene kurdische Frage in den kommenden Jahrzehnten zu einem zentralen Thema im Mittleren Osten werden würden. Die Auswirkungen von Öcalans Flucht aus Syrien auf die kurdische Frage von heute sind bedeutend. 25 Jahre nach seiner Entführung im Rahmen eines internationalen Komplotts ist es wichtig zu untersuchen, wie sich die Lage der Kurd:innen im Nahen Osten und weltweit entwickelt hat. Auch ist interessant zu analysieren, wie Öcalans Aufenthalte in Moskau, Athen, Rom und Nairobi seine politische Theorie beeinflusst haben. Dieser Essay unternimmt den Versuch, Öcalans Reise nach Europa und ihre Auswirkungen auf die aktuelle Situation der Kurd:innen zu beleuchten.

Im September 1998 eskalierte die Türkei ihren medialen Krieg gegen Syrien. Der damalige türkische Staatspräsident Süleyman Demirel (1924–2015) erklärte im September, dass seine Geduld mit dem Nachbarland am Ende sei. Wenige Tage später, im Oktober, wurden ein großes Truppenaufgebot und Panzer der türkischen Armee an der Grenze zu Syrien stationiert.

Öcalans Odyssee in Europa beginnt

Am 9. Oktober 1998 verließ Abdullah Öcalan aufgrund des zunehmenden Drucks von NATO-Mitgliedern und Ländern wie den USA, Großbritannien und Israel freiwillig Syrien und reiste in einem Linienflugzeug nach Athen in Europa aus. Die Reise nach Europa war nicht die einzige Option, die Öcalan nach seiner Ausreise aus Syrien hatte. Eine ernsthafte Möglichkeit, die ihm von der Partei vorgeschlagen wurde, war die Rückkehr nach Kurdistan und die Reorganisation der Partei gegen kolonialistische Regierungen im Mittleren Osten wie die Türkei. Um jedoch »eine Eskalation des Krieges zu vermeiden«, entschied sich Öcalan für einen komplizierten Weg durch die europäischen Hauptstädte, um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage zu finden.

Diese Reise stieß bereits auf der ersten Etappe auf ein Hindernis. Auf einem der Athener Flughäfen wurde Öcalan nicht wie erwartet von einem hochrangigen »Freund« der griechischen Regierung empfangen, sondern von einem Geheim-

dienstbeamten, der ihm mitteilte, dass er nicht nach Griechenland einreisen dürfe. Öcalan reiste sofort nach Moskau und lebte eine Zeit lang heimlich unter dem Schutz von Wladimir Schirinowski (damals Vorsitzender der LDPR, der Liberaldemokratischen Partei Russlands) in einer seiner Residenzen. Es dauerte nicht lange, bis internationale Sicherheitsorganisationen den Aufenthaltsort des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans in Russland ausfindig machten.

In dieser Situation geriet die russische Regierung unter den Druck der NATO und der USA, Öcalan auszuweisen. Die Aussicht auf einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Möglichkeit, Gas in die Türkei zu exportieren, spielten dabei eine besondere Rolle. So beschloss Moskau unter Präsident Jewgeni Primakow und Premierminister Boris Jelzin, Öcalan auszuweisen, obwohl die Duma mehrheitlich (298 Stimmen) für sein Asyl gestimmt hatte (Anfang November 1998). Diesmal luden Vertreter:innen der Kommunistischen Partei Italiens unter dem linken Ministerpräsidenten Massimo D'Alema Öcalan mit vagen Versprechungen ein. Er wurde in Rom in eine Wohnung einquartiert, in der er wie in einem Gefängnis festsass, obwohl dies nicht direkt beabsichtigt war.

Als Öcalan am 12. November 1998 in Italien eintraf, drohte ihm die Vollstreckung eines deutschen Haftbefehls¹. Die italienischen Behörden brachten den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans zunächst vom Flughafen Fiumicino in Rom in ein Militärkrankenhaus (Celimontana) und anschließend in eine streng bewachte Wohnung in der Nähe von Rom (Ostia). Unmittelbar nach seiner Ankunft am Flughafen stellte er einen Asylantrag. Während seines Aufenthalts in Italien wurde die Anwesenheit Öcalans in der Europäischen Union unter den Mitgliedstaaten kontrovers diskutiert. In den Worten des damaligen griechischen Außenministers Georgios Papandreou war Öcalan eine »heiße Kartoffel«², die niemand haben wollte. Die Türkei verstärkte den Druck und kündigte schließlich am 15. November offiziell einen Wirtschaftsboykott gegen Italien an.

Einige Menschenrechtsorganisationen rieten Italien und anderen Ländern, den PKK-Vorsitzenden nicht aufzunehmen. In einem beispiellosen Akt der Unverfrorenheit forderte Hu-

¹ <https://www.theguardian.com/world/1998/nov/28/kurds.iantraynor>
² <https://www.spiegel.de/politik/oecalan-war-eine-heisse-kartoffel-a-93d82304-0002-0001-0000-000010630215>

man Rights Watch, Öcalans Asylantrag in Italien abzulehnen³. Die Bemühungen von Anwält:innen und die Lobbyarbeit der kurdischen Diaspora blieben erfolglos, und schließlich wurde Öcalan am 16. Januar 1999 gezwungen, Italien in einem Privatflugzeug zu verlassen und nach Russland zurückzukehren, wo er erneut vor verschlossenen Türen stand.

Am 20. Januar wurde Öcalan zunächst zwangsweise nach Tadschikistan überstellt, am 28. Januar jedoch nach Moskau zurückgebracht. Am 29. Januar reiste er erneut nach Athen und landete nach einer Übernachtung im Haus der damals bekannten griechischen Schriftstellerin Vola Damianako⁴, 12 Kilometer von Athen entfernt, schließlich am 30. Januar 1999 auf dem Flughafen der weißrussischen Hauptstadt Minsk, wo ihm jedoch die Einreise verweigert wurde. Am nächsten Tag, dem 1. Februar 1999, musste Öcalan aus der weißrussischen Hauptstadt nach Athen zurückkehren. Am Flughafen wurde er vom Chef des griechischen Staatssicherheitsdienstes empfangen. Nachdem er Öcalan gewarnt hatte, dass er nur eine Nacht im Land bleiben dürfe, schickte er ihn auf die Insel Korfu⁵.

Öcalans Entführung aus Nairobi und die antikurdische mediale Hetze

Öcalan befand sich, wie er selbst sagt, in einer eigenartigen Situation. Die Europäer hatten nicht den Mut, ihn im Herzen der Europäischen Union zu verhaften, und genau aus diesem Grund schickten ihn die Sicherheitsbehörden am 2. Februar 1999 nach Kenia, einem Hinterhof des Mossad und der CIA. Schließlich verließ Öcalan die griechische Botschaft in Nairobi nach einem vorher festgelegten und aufgezwungenen Plan und wurde unter dem Schutz von Dutzenden kenianischen und wahrscheinlich auch internationalen Militärs zum Flughafen dieser Stadt gebracht. Dies war die letzte Szene der Entführung Öcalans, in der der große griechische Botschafter in Nairobi Krokodilstränen für Öcalan und die kurdische Frage vergoss. Statt des ihm versprochenen Flugzeugs, das ihn nach Holland bringen sollte, bestieg Öcalan ein ähnlich aussehendes Flugzeug, das einem türkischen Milliardär gehörte und ihn direkt in die Türkei brachte.

Die Entführung dieser charismatischen kurdischen Persönlichkeit hat weltweit ein großes Medienecho hervorgerufen. Ohne ins Detail zu gehen, ohne die Rechtsverletzungen der westlichen Länder in Frage zu stellen, ohne zu hinterfragen, warum Öcalans Asylrecht verletzt wurde, stellten mehr oder weniger alle Mainstream-Medien seine Verhaftung einseitig

und im Einklang mit dem Narrativ der Sicherheitsinstitutionen und Geheimdienste als eine Operation zur Festnahme eines Kriminellen oder Terroristen dar. Sie führten einen medialen Krieg gegen die Kurd:innen. Gleichzeitig versuchten die Medien, das »unzivilisierte« Gesicht der kurdischen Diaspora zu zeigen, die in verschiedenen europäischen Hauptstädten die Botschaften der Länder angegriffen habe, welche der Beteiligung an Öcalans Entführung beschuldigt wurden.

Nachdem das vormalige Narrativ aus den Medien verschwunden war und die kurdische Bewegung als »terroristisch« stigmatisiert wurde, eroberten die Kurd:innen die Straßen zurück und begannen diese ab dem 16. Februar 1999 politisch zu nutzen. Die Straßen, die für Öcalans Empfang vorgesehen gewesen waren, wurden Orte des Protests und des Zorns der kurdischen Diaspora in vielen europäischen Städten. Während der Proteste wurden Hunderte kurdische Aktivist:innen verhaftet und vier kurdische Demonstrant:innen in Berlin von Angehörigen der israelischen Botschaft erschossen⁶. Gleichzeitig begannen die Medien, vor allem in Deutschland und den Niederlanden, die kurdische Diaspora zu kriminalisieren. Von »Wut und Rebellion der Kurden« war die Rede. Der Spiegel sprach vom »Kurdenkrieg in Deutschland«⁷. Britta Böhler, eine der Anwält:innen Öcalans, sagte: »Wenn man den Medien glauben würde, könnte man meinen, Europa sei voll von kurdischen Kriminellen und Banditen, die jede Stadt, die sie betreten, zerstören und eine Müllhalde hinterlassen.«

Aus der Wut erwachsen neue Widerstandspotentiale – Die Lehren aus dem Komplott

Die Ereignisse rund um die Entführung Öcalans haben nicht nur Europa, sondern auch viele Städte des Mittleren Ostens und Teile Kurdistan politisch grundlegend verändert. Die Proteste aus Solidarität mit dem PKK-Vorsitzenden in Rojhilat (Ostkurdistan/Westiran) und Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) markieren einen historischen Wendepunkt. Nicht nur die Ära der Dominanz der klassischen Parteien in der kurdischen Gesellschaft ging zu Ende, sondern auch neue Parteien mit modernen und universellen Werten nahmen ihre Arbeit auf. Beobachter:innen zufolge haben die Demonstrant:innen, die gegen die Situation Öcalans protestierten, die seit fast drei Jahrzehnten erstickte und unterdrückte Gesellschaft Rojhilats in Kurdistan wieder politisiert.

Vor allem aber haben die Ereignisse Öcalans Denken entscheidend geprägt. Der Hinweis auf die allmählichen, aber grundlegenden Veränderungen in seinem Denken während

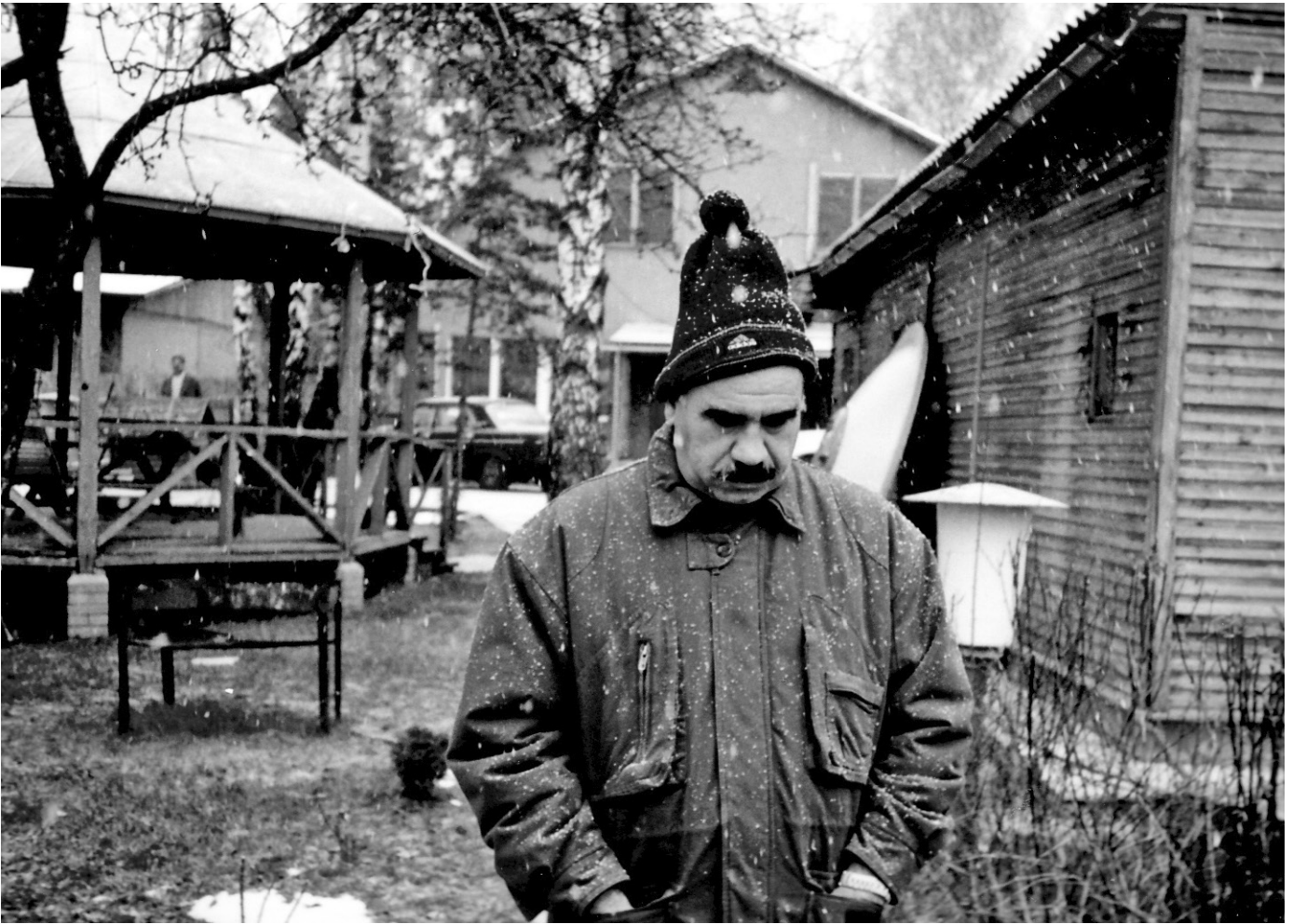
3 <https://www.hrw.org/news/1998/11/20/italy-urged-prosecute-pkk-leader-ocalan>

4 <https://www.theguardian.com/world/1999/feb/21/kurds1>

5 <https://www.latimes.com/archives/la-xpm-1999-feb-19-mn-9634-story.html>

6 <https://www.theguardian.com/world/1999/feb/17/kurds3>

7 <https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1999-8.html>



Abdullah Öcalan in Russland, Oktober 1998 | Foto: ANF

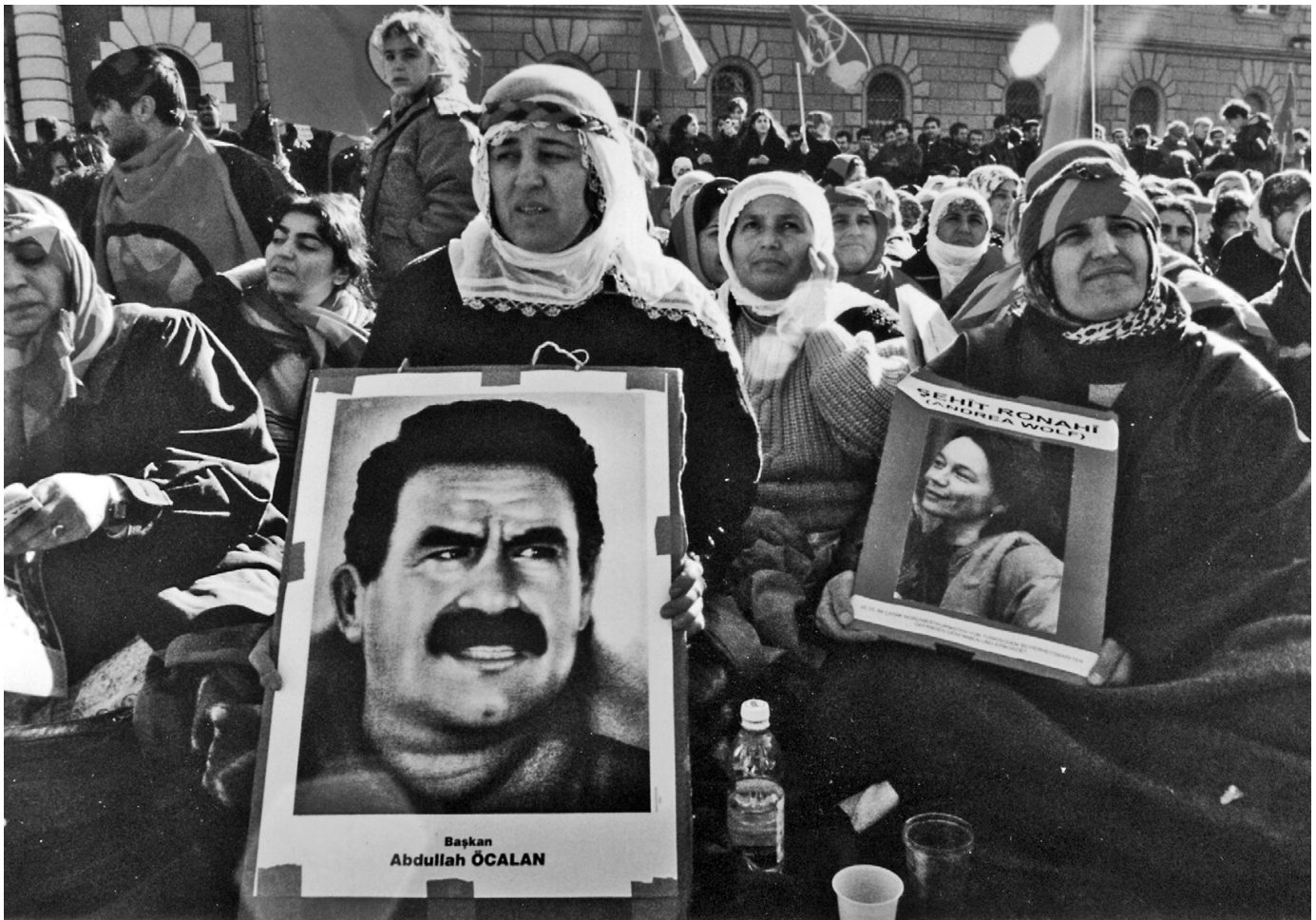
seiner Haftzeit dürfte den Leser:innen bekannt sein. Öcalan selbst erklärte in der Einleitung zu seinem mehrbändigen Manifest der demokratischen Zivilisation: »Die Lektionen, die ich aus meinem dreimonatigen Abenteuer zwischen Athen, Moskau und Rom gelernt habe, sind zweifellos von historischem Wert. Die kapitalistische Moderne ist ein zentraler Begriff dieser Gefängnischrift. Dass es mir gelang, sie hinter einer Unzahl von Masken und Rüstungen zu erkennen, hängt eng mit diesem Abenteuer zusammen. Hätte es dieses Abenteuer nicht gegeben, wäre ich entweder bei einer klassischen, primitiv-nationalistischen Verteidigung des Nationalstaats hängen geblieben, oder hätte, wie in Hunderten anderen Fällen – einschließlich derer, die einen Staat gründeten – geschehen, mein Leben als Vertreter einer klassischen linken Bewegung beendet. Keinesfalls hätte ich diese Analysen vornehmen können.« (Zivilisation und Wahrheit: S. 25)

Während dieser wenigen Monate in Europa hat Öcalan nicht nur das Wesen des vermeintlich demokratischen Staates und der kapitalistischen Moderne erkannt, sondern gelangte

auch zu der Erkenntnis, dass ein Nacheifern dieser »Lösungsmodelle« keinen Schritt in Richtung der Freiheit der kurdischen Gesellschaft bedeuten würde. Im besten Falle würde dieser Weg zu einer schlechten Kopie eines westlich-liberalen Nationalstaates im Mittleren Osten führen.

Die europäische Verantwortung am Krieg in Kurdistan und Öcalans Paradigmenwechsel

Der Umgang westlicher Staaten und so genannter Menschenrechtsorganisationen mit dem Fall Öcalan war nicht nur undemokratisch und gegen grundlegende menschliche Werte gerichtet, sondern letztlich auch tödlich. Zum Zeitpunkt der Entführung Öcalans waren bereits mindestens 20.000 Menschen (vor allem kurdische Zivilist:innen) durch Angriffe des türkischen Staates und in geringerem Maße durch Kämpfe zwischen der PKK und der türkischen Armee ums Leben gekommen. Diese Zahl stieg nach 1999 kontinuierlich an, so dass heute von 50.000 Toten die Rede ist. Wenn man bedenkt,



Der Piazza Kurdistan in Rom 1998 | Foto: KR

dass eine europäische Friedensinitiative, wie sie Öcalan anstrebte, diese Opfer hätte verhindern können, ist die Verantwortung der europäischen Staatengemeinschaft für die Zahl der Toten nicht von der Hand zu weisen.

All diese Faktoren führten zu einem Paradigmenwechsel im Denken Öcalans. Bereits in seinen ersten im Gefängnis von İmralı geschriebenen Büchern begann er, eine neue Theorie zu entwickeln, in der der Nationalstaat in seiner klassischen und konventionellen Form keinen Platz mehr hatte. In diesen Jahren versuchte Öcalan, die Ökologiedebatte in den Mittelpunkt der Diskussionen in Kurdistan zu rücken, indem er die zerstörerischen Auswirkungen des in der Türkei vorherrschenden Neoliberalismus auf die Ökologie der Region und insbesondere auf die Ökologie Kurdistans analysierte. Im Jahr 2000 empfahl er Hunderten von kurdischen Bürgermeister:innen der nordkurdischen Städte, die Werke von Murray Bookchin zu lesen, insbesondere dessen Buch mit dem Titel »Die Ökologie der Freiheit«.

Gleichzeitig machte er die Frauenfrage zu einem zentralen Thema der Bewegung. Vorreiterinnen der kurdischen Frauenbewegung wie Sakine Cansız waren ohnehin seit der Gründung der PKK prägend für den Freiheitskampf. Diese beiden Bemühungen fielen zusammen mit seiner wiederholten Betonung der Notwendigkeit, die menschliche Geschichte und die kapitalistische Moderne neu zu lesen, um eine demokratische Moderne und eine demokratische Zivilisation zu erreichen. Das Ergebnis dieser Theorie gipfelte 2004 in dem mehrbändigen Manifest der demokratischen Zivilisation im Konzept des demokratischen Konföderalismus.

Die Theorie wird zum Leben erweckt und zur neuen Hoffnung der globalen Linken

Und der demokratische Konföderalismus konnte und kann weiterhin in der Realität erprobt werden. Trotz der Angriffe der NATO (der Türkei und der von ihr unterstützten Dschihadisten) und der täglichen Bombardierung der lebenswichtigen

tigen Infrastruktur von Rojava und Nordostsyrien werden in der Region die Ideen Öcalans mit Leben gefüllt. Der demokratische Konföderalismus wurde in einer Region (Syrien) aufgebaut, in der das Regime und die herrschenden Regime fast ein Jahrhundert lang daran gearbeitet haben, jede Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens zu zerstören, um eine starke nationale Zentralregierung zu errichten. Der demokratische Konföderalismus und seine Werte (insbesondere die Jîna-Revolution) strahlen auch über Rojava hinaus und sind zur dominierenden Stimme der Jîna-Revolution in Rojhilat und im Iran geworden.

Die Erfahrung des demokratischen Konföderalismus in den letzten zwölf Jahren hat nicht nur die politische Struktur aller Teile Kurdistan verändert, sondern ist auch zu einem klaren Beispiel für Hoffnung auf globaler Ebene geworden, wie linke Vordenker wie David Graeber oder John Holloway betonten. Vor dieser Theorie war die kurdische Frage in den Medien und akademischen Institutionen des globalen Nordens das Anliegen einer großen staatenlosen Minderheit, die wie die Palästinenser:innen den Traum von der Errichtung eines Nationalstaates verfolgte. In dieser Zeit wurden die Kurd:innen ihrer politischen Identität beraubt und auf die Rolle von Opfern der Großmächte des Mittleren Ostens reduziert. Der demokratische Konföderalismus hat die Kurd:innen von »rebellischen« oder »bemitleidenswerten und hilfsbedürftigen« Wesen in »politische Subjekte« verwandelt, die globale und neue Werte in das Feld globaler Auseinandersetzungen einbringen.

Der demokratische Konföderalismus – ein globales Thema

Die Entstehung der Theorie des demokratischen Konföderalismus und seine praktische Erfahrung in Rojava lassen sich nicht auf einen einzigen Faktor reduzieren. Das paternalistische Verhalten der westlichen Länder in der kurdischen Frage, die Entführung Öcalans und das Schließen aller Friedenstüren waren einige der wichtigsten Faktoren für die intellektuellen Veränderungen in seinem Denken. Diese Veränderungen führten nicht nur zu einer Ausweitung des Spektrums der Unterstützer:innen für eine Lösung der kurdischen Frage, sondern wurden auch zu einem Thema des philosophischen und kritischen Denkens.

Kaum ein:e zeitgenössische:r Philosoph:in oder kritische Denker:in konnte gegenüber der Revolution in Rojava und der Jîna-Revolution im Iran gleichgültig bleiben. Der verstorbene Anarchist David Graeber, John Holloway, Alain Badiou, Étienne Balibar, Jacques Rancière und Michel Levy, Judith Butler, Slavoj Žižek, Michael Hart, Antonio Negri und Angela Davis sind nur einige der Philosoph:innen, die sich auf unterschiedliche Weise zur kurdischen Frage und ihrer Lösung durch den demokratischen Konföderalismus geäußert haben.

Neben Philosoph:innen und Akademiker:innen hat die Revolution in Rojava eine Brücke zwischen antisystemischen Gruppen und Bewegungen auf der ganzen Welt geschlagen, von den Zapatistas, die in ihrer letzten Erklärung die Notwendigkeit betonten, aus den Erfahrungen Kurdistan zu lernen, bis hin zu anderen kleinen und großen lateinamerikanischen Bewegungen. Denn die Revolution von Rojava ist das Wagnis eingegangen, eine politische Lösung zu suchen.

Tatsache ist, dass Öcalan und die Arbeiterpartei Kurdistan von Anfang an keine nationalistische Partei waren. Ihre Idee war, dass der Mittlere Osten nur durch den Kampf gegen den Kolonialismus einen Weg zur Befreiung finden kann, und aus diesem Grund definierten sie Kurdistan als die größte Kolonie im Mittleren Osten. Selbst in einem seiner letzten Interviews vor seiner Abreise aus Italien sagte Öcalan der Redaktion des deutschen Magazins Der Spiegel, dass er auf der Suche nach einer Art Konföderation und einem Modell und Vorbild für den gesamten Mittleren Osten sei.

Die Entführung Öcalans am 15. Februar 1999 war ein entscheidender Moment für die Kurd:innen. Dieses Ereignis veränderte den Kurs der kurdischen Bewegung auf revolutionäre und grundlegende Weise. Sie stellte nicht nur eine sehr fortschrittliche Alternative zur Idee einer nationalen Regierung dar, sondern konnte zu einem der hoffnungsvollsten und aktivsten politischen Diskurse weltweit werden.

Leider wurde das Ereignis der Entführung trotz seiner Bedeutung von kurdischen Journalist:innen, Historiker:innen und Akademiker:innen nicht vollständig verstanden. Auch die von der Arbeiterpartei Kurdistan dazu veröffentlichten Untersuchungen erscheinen mir unzureichend. Vor allem aber wurde die Entführung Abdullah Öcalans im Rahmen einer regelrechten internationalen Verschwörung, die für die westlichen liberalen »Demokratien«, die Institutionen der Zivilgesellschaft und insbesondere die Menschenrechtsorganisationen ein politischer Skandal ersten Ranges war und ist, in diesen Ländern nie untersucht. Weder Journalist:innen noch Forschungseinrichtungen haben sich mit diesem Thema beschäftigt.

Abdullah Öcalan ist seit 25 Jahren in der Türkei inhaftiert, aber die Auswirkungen seines Kampfes und seines Denkens außerhalb des Gefängnisses sind weiterhin groß. Viele glauben, dass die Türkei die kurdische Frage nicht lösen kann, ohne ihn als Ansprech- und Verhandlungspartner zu akzeptieren.



Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung des persischsprachigen Buches »Öcalan in Europa: Bericht aus Rom«, das im Jahr 2020 vom Autor im Roonak-Verlag in den Niederlanden veröffentlicht wurde. Das Buch enthält einen investigativen Untersuchungsbericht sowie mehrere Interviews, von denen einige erstmalig veröffentlicht wurden.

Die Entstehung der gesellschaftlichen Frage

Die gesellschaftliche Frage¹

Abdullah Öcalan

1. Das Problem von Macht und Staat

Ich muss nochmals betonen, dass einerseits Geschichte »Gegenwart« ist, andererseits jedes Element der Gegenwart Geschichte. Der große Bruch zwischen Geschichte und Gegenwart folgt aus der Propaganda einer jeden aufsteigenden Zivilisation, durch welche sie sich zu legitimieren und sich den Schein der Ewigkeit zu geben versucht. Im wirklichen Gesellschaftsleben existieren keine solchen Brüche. Ein weiterer Aspekt, den ich betonen möchte, ist, dass die Konstruktion einer lokalen bzw. singulären Geschichte ohne ihre Universalisierung keinen Sinn ergäbe. Folglich ist das Problem von Macht und Staat, welches seit deren Errichtung existiert, mit sehr kleinen Differenzen auch ein gegenwärtiges. Diese Differenzen ergeben sich durch zeitliche und räumliche Veränderungen. Wenn wir den Begriffen Differenz und Transformation einen solchen Inhalt geben, wird der Wahrheitsgehalt unserer Interpretationen eindeutig größer. Man sollte sich der Nachteile bewusst sein, die die Unterschätzung von Differenzen, Transformation und Entwicklung mit sich bringt. Genauso wie eine fehlende universalgeschichtliche Perspektive verblendend wirkt, verschleiert ein Geschichtsverständnis, welches den Differenzen und der Transformation keinen Platz einräumt und die Geschichte als eine Art ewige Wiederholungskette behandelt, die Wirklichkeit. Es ist sehr wichtig, diese beiden Reduktionismen zu vermeiden.

Die erste Feststellung über Macht und Staat aus gegenwärtiger Perspektive ist, dass sie sich eine unheimliche Ausdehnung über und in der Gesellschaft verschafft haben. Bis zum sechzehnten Jahrhundert wurde Herrschaft in ihrer prächtigen und angsteinflößenden Art eher außerhalb der Gesellschaft konstruiert. Die Zivilisation wurde in verschiedenen Zeiten Zeuge von zahlreichen unterschiedlichen Herrschaftsformen. Der Staat als offizieller Ausdruck der Macht hatte seine Grenzen sorgfältig gezogen. Man hoffte: Je klarer die Grenzen zwischen dem Staat und der Gesellschaft gezogen würden, desto größer sollte ihr Nutzen sein. Selbst in Bezug auf Macht als ein innergesellschaftlicheres Phänomen waren die Grenzlinien klar erkennbar. Die Position der Frauen gegenüber den Männern, der Jungen gegenüber den Alten, der Stammesmitglieder gegenüber dem Stammesoberhaupt, der gläubigen Gemeinschaft

gegenüber dem Vertreter der Religion bzw. der Konfession war durch sehr klare Regeln und Sitten bestimmt. Von ihren Tonfällen bis hin zu ihren Gangarten und Sitzweisen waren die Autorität von Macht und das Herrschen und Beherrschtwerden ausführlichen Regeln unterworfen. Zweifellos ist es nachvollziehbar, dass Macht und Staat, die sich der Gesellschaft gegenüber in Unterzahl befanden, ihre Autorität auf diese Weise errichteten, um ihr Dasein spürbar zu machen. Diese Regeln fungierten als Legitimationsmittel und boten entsprechende Bildung und Dienste.

Die tiefgreifende Transformation der Autorität von Macht und Staat in der europäischen Zivilisation beruhte auf ihrem Bedürfnis, alle Poren der Gesellschaft immer schneller zu durchdringen. Es kann von zwei Hauptfaktoren die Rede sein, die bei der horizontalen und vertikalen Expansion der Macht eine Rolle spielten. Der erste davon ist die Vergrößerung der auszubeutenden Massen. Ohne eine entsprechende Vergrößerung der Verwaltung war die Ausbeutung nicht mehr realisierbar. Genauso wie eine größer werdende Herde mehr Hirten braucht, stellt auch die Aufblähung der Staatsbürokratie einen eindeutigen Beweis für dieses Phänomen dar. Die Regierung, die nach außen hin ihre Verteidigungskräfte außerordentlich verstärkt hatte, spürte zudem im Inneren die Notwendigkeit, die Gesellschaft zu unterdrücken. Kriege haben schon immer Bürokratie erzeugt. Die Armee selbst ist die größte bürokratische Organisation. Der zweite Faktor bestand in dem größer werdenden Bewusstsein und dem zunehmenden Widerstand der Gesellschaft. Einerseits die Tatsache, dass die europäische Gesellschaft die tief verwurzelte Ausbeutung nicht erlebt hatte, andererseits ihr stetiger Widerstand zwangen die Macht und den Staat dazu, sich zu vergrößern. Der Kampf der Bourgeoisie gegen die Aristokratie und der der Arbeiterklasse gegen beide führten in Europa zu einem tiefer reichenden Aufbau von Macht und Staat. Die Staatswerdung der Bourgeoisie wahrscheinlich als der ersten Mittelklasse in der Geschichte führte eine große Änderung der Position der Macht und des Staates herbei. Die Staatswerdung einer aus dem Schoß der Gesellschaft stammenden Masse und die damit zusammenhängende Machtzunahme zwangen die Bourgeoisie zu einer Organisation innerhalb der Gesellschaft.

¹ Aus: Soziologie der Freiheit. (= Manifest der demokratischen Zivilisation, Band III). Münster 2020. S. 124-129.



Die Bourgeoisie als Klasse war zu groß, um ihre Herrschaft über die Macht und den Staat äußerlich zu etablieren. Es war klar, dass diese Klasse nach ihrer Staatswerdung sich im Inneren in einem gesellschaftlichen Konflikt wiederfinden würde. Der Klassenkampf kündigte diese Wahrheit an. Liberalismus ließ als bürgerliche Ideologie nichts unversucht, um eine Lösung dieses Problems zu finden. Was sich aber im Laufe der Zeit ereignete, waren eine Ausweitung des Staates und der Macht und eine Weiterentwicklung des bürokratischen Krebsgeschwürs. Je größer der Staat und die Macht in einer Gesellschaft sind, desto größer ist auch der Bürgerkrieg. Das grundsätzlichste Problem, das sich in der europäischen Gesellschaft entwickelte, war von Anfang an dieser Art. Die großen Kämpfe für Verfassung, Demokratie, Republik, Sozialismus und Anarchismus hingen eng mit der Entstehungsweise von Macht und Staat zusammen. Gegenwärtig stellen an eindeutige konstitutionelle Regeln gebundene Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie das beliebteste Gegenmittel gegen dieses Problem dar. Anstatt einer nachhaltigen Lösung wird vielmehr eine Überwindung der alten Kampfphase versucht, indem der Staat und die Gesellschaft zu einer Einigung bezüglich der Macht gezwungen werden. Das Problem von Macht und Staat wurde nicht gelöst, sondern es wurde ihm nur Nachhaltigkeit verliehen.

Wenn man das Ganze näher betrachtet, sieht man, dass mithilfe diverser Formen von Nationalismus, Sexismus, Religio-nismus und Szientismus Gesellschaft, Macht und Staat zunehmend ineinander verschränkt und durch die zu etablierende Vorherrschaft des Paradigmas, jeder sei sowohl Macht als auch Gesellschaft, sowohl Staat als auch Gesellschaft, das Fortbestehen des Nationalstaats gewährleistet werden soll. So wird einerseits im Inneren der Klassenkampf unterdrückt, andererseits

nach außen die Verteidigungsposition stets offen gehalten. So glaubt man, die Lösung im bürgerlichen Nationalstaat gefunden zu haben. Dies ist die bedeutendste der weltweit eingesetzten Methoden zur Unterdrückung von Problemen anstatt ihrer Lösung. Die faschistische Qualität des nationalstaatlichen Daseins als maximaler Staat und Macht war am deutlichsten während des deutschen Faschismus zu sehen.

Das erste Exemplar des Nationalstaats zeigte sich im holländischen und englischen Widerstand gegen das spanische Reich. Der Nationalstaat verschaffte seiner eigenen Macht einen Legitimationsgrund, indem er die ganze Gesellschaft gegen eine äußere Macht mobilisierte. Die europäische Entwicklung hin zu nationalen Gesellschaften wies also anfangs relativ positive Züge auf. Allerdings kam dieser Nationwerdung bereits von Anfang an offensichtlich die Aufgabe zu, die Ausbeutung und Unterdrückung der einen Klasse durch die andere zu verschleiern. Der Nationalstaat trägt sicherlich den Stempel der Bourgeoisie. Er ist das Staatsmodell dieser Klasse. Später führten die Feldzüge Napoleons dazu, dass dieses Modell, das in Frankreich an Stärke gewonnen hatte, sich in ganz Europa ausbreitete. Die Rückständigkeit der deutschen und italienischen Bourgeoisien und die Schwierigkeiten, die sie bei ihren Bemühungen um die nationale Einheit erlebten, brachten eine nationalistischere Politik mit sich. Einerseits die äußere Besatzungsgefahr, andererseits die andauernden Widerstände der Aristokratie und der Arbeiterklasse brachten die Bourgeoisie dazu, sich an ein chauvinistisch-nationalistisches Staatsmodell zu klammern. Angesichts der Niederlage und Krise standen viele Länder, vor allem Deutschland und Italien, am Scheideweg: »Entweder soziale Revolution oder Faschismus«. Das faschistische Staatsmodell ging aus diesem Dilemma als Sieger

hervor. Vielleicht haben Hitler, Mussolini und Konsorten verloren, aber ihr System setzte sich siegreich durch.

Der Nationalstaat lässt sich im Wesentlichen als Identifizierung der Gesellschaft mit dem Staat und des Staates mit der Gesellschaft beschreiben – was übrigens auch die Definition des Faschismus ausmacht. Natürlich kann weder der Staat zur Gesellschaft noch die Gesellschaft zum Staat werden. Nur totalitäre Ideologien können eine solche Behauptung aufstellen. Die faschistische Qualität dieser Behauptung ist allgemein bekannt. Der Faschismus als Staatsform ist stets ein Ehrengast des bürgerlichen Liberalismus. Er ist die Regierungsform in Krisenzeiten. Da die Krise strukturell ist, ist auch diese Regierungsform strukturell. Sie trägt den Namen nationalstaatliche Regierung. Sie stellt den Höhepunkt der Krise des Finanzkapitalzeitalters dar. Der Staat des kapitalistischen Monopols, das gegenwärtig auf globaler Ebene auf seinem Höhepunkt angekommen ist, ist in seiner reaktionärsten und despotischsten Phase im Allgemeinen faschistisch. Auch wenn vom Niedergang des Nationalstaats die Rede ist, wäre es naiv, zu glauben, an seiner Stelle würde eine Demokratie konstruiert werden. Vielleicht ist der Aufbau sowohl makro-globaler als auch mikro-lokaler faschistischer Formationen an der Tagesordnung. Im Nahen Osten, auf dem Balkan, in Zentralasien und Kaukasien ereignen sich beachtenswerte Entwicklungen. In Südamerika und Afrika stehen neue Erfahrungen unmittelbar bevor. Europa verfolgt die Strategie, sich durch Reformen vom nationalstaatlichen Faschismus zu entfernen. Wie es mit Russland und China weitergehen wird, ist noch ungewiss. Der Superhegemon USA steht im Austausch mit jeglicher Staatsform.

Das Problem von Macht und Staat befindet sich offensichtlich in einer seiner schlimmsten Phasen. Das Dilemma »entweder demokratische Revolution oder Faschismus« ist an der Tagesordnung und seine Lösung nach wie vor lebenswichtig. Weder die regionale Organisation des Systems noch die zentrale UN-Organisation sind noch funktional. Das Finanzkapital, das in der globalsten Phase der Zivilisation seinen Höhepunkt erreichte, stellt diejenige Kapitalfraktion dar, die die Krise am meisten schürt. Das politisch-militärische Gegenstück zum Monopol des Finanzkapitals ist intensivierter Krieg gegen die Gesellschaft. Dies ist weltweit an vielen Fronten bereits Realität. Welche politischen und wirtschaftlichen Formationen aus der strukturellen Krise des Weltsystems hervorgehen werden, lässt sich nicht durch Prophezeiung, sondern durch intellektuelle, politische und moralische Bemühungen feststellen.

Im Zeitalter des Finanzkapitals, des virtuellsten Kapitalmonopols der kapitalistischen Moderne, ist die Gesellschaft einem historisch beispiellosen Zerfall ausgesetzt. Das politische und moralische Gefüge der Gesellschaft wurde zerschmettert. Was geschieht, ist ein »Soziozid« – ein schwerwiegenderes gesellschaftliches Phänomen als Genozid. Die vom virtuellen Ka-

pital beherrschten Medien fungieren als eine Waffe, die einen größeren Soziozid durchführt als im Zweiten Weltkrieg. Wie kann man die Gesellschaft gegen die Medien verteidigen, die sie mit ihren Nationalismus-, Religionismus-, Sexismus-, Szientismus- und Artismuskanonen (Sport, Serien usw.) vierundzwanzig Stunden am Tag unter Beschuss nehmen?

Die Medien sind wie eine Art zweite analytische Intelligenz in der Gesellschaft wirksam. So wie die analytische Intelligenz an sich weder gut noch böse ist, sind auch die Medien an sich ein neutrales Mittel. Wie bei jeder anderen Waffe auch, wird ihre Rolle von denjenigen bestimmt, die sie einsetzen. Die Hegemonialmächte verfügen nicht nur stets über die effektivsten Waffen im wörtlichen Sinne, sondern sie herrschen auch über die Waffe der Medien. Da sie die Medien wie eine zweite analytische Intelligenz einsetzen, gelingt ihnen die Neutralisierung der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit. Mithilfe dieser Waffe wird eine virtuelle Gesellschaft konstruiert. Die virtuelle Gesellschaft stellt eine weitere Form des Soziozids dar. Auch der Nationalstaat zählt zu den Formen des Soziozids. In beiden Fällen wird die Gesellschaft ihrer Gesellschaftlichkeit beraubt und in ein Werkzeug des sie lenkenden Monopols verwandelt. Die Unterschätzung der gesellschaftlichen Natur ist äußerst gefährlich; der Raub ihrer Gesellschaftlichkeit setzt die Gesellschaft unbegrenzten Gefahren aus. Wie das Zeitalter des Finanzkapitals kann auch das des virtuellen Monopols nur mit einer Gesellschaft koexistieren, die aufgehört hat, sich selbst zu sein. Das gleichzeitige Entstehen dieser beiden Phänomene ist kein Zufall, da sie miteinander verbunden sind. Die Gesellschaft, die der Nationalstaat ihrer Gesellschaftlichkeit beraubte (damit sie sich für den Nationalstaat hält) sowie die von den Medien verführte Gesellschaft sind im wahrsten Sinne des Wortes besiegte Gesellschaften, aus deren Trümmern man andere Sachen konstruiert. Es steht außer Zweifel, dass wir eine solche gesellschaftliche Ära erleben.

Wir leben nicht nur in der problematischsten Gesellschaft, sondern auch in einer, die ihren Individuen nichts bietet. Die Gesellschaften, in denen wir leben, haben nicht nur ihr moralisches und politisches Gefüge verloren, sondern werden zudem in ihrer Existenz bedroht. Sie sind nicht nur mit einem Problem konfrontiert, sondern der Gefahr ihrer Vernichtung ausgesetzt. Wenn die Probleme sich gegenwärtig trotz der ganzen Wirkmächtigkeit der Wissenschaft vergrößern und vertiefen und in eine Art Krebs verwandeln, dann stellt der Soziozid nicht nur eine Hypothese, sondern eine reelle Gefahr dar. Die Behauptung, die Macht des Nationalstaats beschütze die Gesellschaft, schafft die allergrößte Illusion und lässt diese Gefahr Schritt für Schritt wahr werden. Die Gesellschaft ist nicht nur mit Problemen, sondern mit ihrer eigenen Vernichtung konfrontiert.



Eine ernste Gefahr für die demokratische Kraft im Nahen Osten

Die Einsamkeit der Kurd:innen

Kamuran Yüksek, ehemaliger Ko-Vorsitzender der Partei der Demokratischen Regionen (DBP)

Der Kampf der Kurd:innen, deren historische Heimat zwischen den Ländern Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt ist, um die Anerkennung ihrer kollektiven Rechte dauert schon viele Jahre an. Dieser Kampf ist älter als die Gründung der vier Staaten. Er reicht bis in die letzten Jahrhunderte des Osmanischen Reiches (18.-19. Jahrhundert) zurück. Die Gewaltpolitik der jeweiligen Staaten und der Kampf der Kurd:innen für ihre Rechte haben Hunderttausende Menschen das Leben gekostet, viele weitere wurden vertrieben, inhaftiert, und es haben sich zahllose menschliche Tragödien ereignet.

Der Kampf der Kurd:innen basiert auf der Demokratisierung des Landes, in dem sie leben

Nach dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein im Jahr 2003 erhielten die Kurd:innen im Irak einen Autonomiestatus de jure. Seit 2011 hat sich im Zuge der Entwicklungen des sogenannten »Arabischen Frühlings« im Nordosten Syriens eine de facto autonome Region unter kurdischer Führung etabliert. In der Türkei und im Iran kämpft die kurdische Bevölkerung weiterhin für ihre Rechte und ihre Freiheit.

Der Kampf der kurdischen Organisationen, die sich auf eine gemeinsame Ideologie berufen – insbesondere in der Türkei und in Syrien, in gewissem Maße auch im Iran und im Irak – basiert auf der Demokratisierung des Landes, in dem sie leben, auf der Idee des Zusammenlebens mit anderen Gemeinschaften in Toleranz und Frieden sowie auf dem Ziel der Befreiung der Kurd:innen und der Anerkennung ihrer kollektiven Rechte. Mit der Theorie der »demokratischen Nation« haben die Kurd:innen einen Weg geschaffen, ethnische und religiöse Spaltungen zu überwinden.

Der andauernde Kampf hat das kurdische Volk nicht nur der Erlangung eines offiziellen Status nähergebracht, sondern auch sehr wichtige Entwicklungen in Bezug auf das soziale Bewusstsein, die gemeinsamen Werte, das Verständnis von Freiheit, die demokratische Kultur und die Freiheit der Frauen bewirkt.

Insbesondere der türkische Staat betreibt eine Politik der gewaltsamen Unterdrückung

Alle vier Staaten verfolgen eine interventionistische Politik gegen den Kampf der Kurd:innen – oft mit einer gemeinsamen Strategie, aber auch im Rahmen ihrer eigenen Interessen. Insbesondere der türkische Staat betreibt, sowohl in der Türkei als auch in Nordkurdisten (im Südosten des türkischen Staatsgebiets) und den Nachbarländern, eine Politik der gewaltsamen Unterdrückung bis hin zum Faschismus gegen den kurdischen Freiheitskampf. Diese Unterdrückungs- und Gewaltpolitik umfasst das Ziel der Auslöschung der kurdischen Freiheitsbewegung, die Vertreibung der Kurd:innen aus ihren Herkunftsgebieten, die Abschaffung ihrer sozialen Einheit, die demographische Veränderung der kurdischen Gebiete und die schrittweise Beseitigung ihrer sozialen und ethnischen Eigenschaften.

Im Rahmen dieser Strategie wurden allein seit 2015 Zehntausende Personen inhaftiert, die politischen Parteien wie z.B. der HDP und der DBP und zivilgesellschaftlichen Organisationen angehören. In Kommunen, in denen Kurd:innen durch Wahlen Mandate erlangt haben, wurden staatliche Treuhänder eingesetzt, NGOs und Medien verboten. Tausende wurden gezwungen, als Geflüchtete in Europa und anderen Teilen der Welt zu leben. Viele Menschen wurden bei sozialen Protesten getötet.

In regelmäßigen Abständen greift die Türkei Energieanlagen, Produktionsstätten und Infrastruktur an

Doch damit nicht genug: Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung hat der türkische Staat in der Region Südkurdisten (Nordirak) mehr als 20 Militärstützpunkte errichtet und unter dem Namen verschiedener Institutionen Geheimdienstorganisationen angesiedelt. Mit Unterstützung der PDK¹ werden Attentate auf Aktivist:innen verübt und Repression gegen die in der Region tätigen demokratischen kurdischen

¹ Partiya Demokrata Kurdistanê, dt. Demokratische Partei Kurdistans, auch KDP abgekürzt



Protest in Brüssel gegen die Angriffe der Türkei auf die zivile Infrastruktur in Rojava | Foto: ANF

Organisationen ausgeübt. Gleichzeitig führt der türkische Staat intensive bewaffnete Angriffe gegen die de facto autonome Region in Nord- und Ostsyrien (verkürzt Westkurdistan / Rojava genannt) durch, die von Kurd:innen, Araber:innen, Assyrer:innen, Armenier:innen und weiteren Bevölkerungsgruppen gemeinsam verwaltet wird. So begann die türkische Armee im Januar 2018 eine Invasion gegen die Stadt Efrîn und am 9. Oktober 2019 gegen die Städte Serêkaniyê und Girê Spî. In der Folge wurden Tausende Menschen massakriert, Hunderttausende vertrieben, islamistische Milizen in den besetzten Regionen angesiedelt und somit die demografische Struktur der Region verändert. Neben diesen Angriffen verübt die Türkei in der Region Rojava mit unbemannten Drohnen Anschläge auf Zivilist:innen, Politiker:innen und Sicherheitskräfte, die sich für die Verteidigung der Bevölkerung einsetzen. In regelmäßigen Abständen greift die Türkei mit Kampfflugzeugen Energieanlagen, wirtschaftliche Produktionsstätten und andere zivile Infrastruktur an.

Der türkische Staat ist zu einem ernsthaften Sicherheits- und Stabilitätsproblem für die gesamte Region geworden

In jüngster Zeit, insbesondere seit dem 5. Oktober 2023, hat der türkische Staat erneut Kampfflugzeuge und unbemannte Drohnen eingesetzt und in zahlreichen Städten der Region Rojava, darunter Dêrik, Çilaxa, Tirbespiyê, Qamişlo, Amûdê und Til Temir, intensive Angriffe auf die Infrastruktur, z.B. Ölförderanlagen, Wasserstationen, Stromerzeugungs- und -verteilungsanlagen, Weizensilos und verschiedene wirtschaftliche Produktionsstätten durchgeführt. Bei all diesen Angriffen wurden Dutzende von Menschen getötet und die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Trinkwasser und Lebensmitteln unterbunden. Auch die Versorgung mit Strom und Benzin wurde stark beeinträchtigt.

Mit diesen Angriffen wird versucht, die trotz der Bedingungen des syrischen Bürgerkrieges in der Region Rojava bis zu einem gewissen Grad geschaffene Sicherheit, politische und wirtschaftliche Stabilität zu schwächen, die Menschen durch die Erschwerung der Lebensbedingungen zur Migration zu zwingen und die Region durch das Brechen des kollektiven Widerstandes »besetzbar« zu machen. Mit dieser aggressiven Politik ist der türkische Staat zu einem ernsthaften Sicherheits- und Stabilitätsproblem geworden – nicht nur für Kurd:innen, sondern für die gesamte Region.

Die Aggression ist in der historischen Kurdenfeindlichkeit des türkischen Staates begründet

Diese Aggression ist in der historischen Kurdenfeindlichkeit des türkischen Staates begründet. Wie alle Regierungen, die an die Macht gekommen sind, setzt auch die AKP diese Politik als Staatsräson fort. Auch wenn AKP-Funktionäre das bestreiten, ist es doch die Realität. Erdoğan und seine AKP versuchen, durch die Unterstützung der Hisbollah in Nordkurdistan und der PDK in Südkurdistan zu zeigen, dass sie nicht allen Kurd:innen feindlich gegenüberstehen, aber das stimmt nicht. Die Unterstützung dieser Parteien zielt darauf ab, das kurdische Volk zu spalten und kurdische Akteure gegeneinander auszuspielen. Indem die AKP ein Bündnis mit der Hizbullah/Hüda Par in der Türkei und Nordkurdistan eingeht und diese unterstützt, will sie eine »kurdische Hamas« (wie die Hamas in Palästina) schaffen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Erdoğan die Autonome Region Kurdistan im Nordirak nicht verdauen kann und nach einer Gelegenheit sucht, sie zu zerstören. Erdoğan verfolgt mit seinen angeblichen Zuneigungsbekundungen gegenüber einigen Kurd:innen andere Ziele.

Darüber hinaus ist die AKP-Erdoğan-Aggression auch ideologisch motiviert. Die AKP folgt einer Ideologie, die auf der sogenannten »türkisch-islamischen Synthese« basiert. Sie hat in der Türkei eine chauvinistisch-nationalistische Mentalität vorangetrieben, indem sie nach und nach die staatlichen Institutionen dominiert, das Bildungssystem umgestaltet, die Presse, den Rundfunk und die Kommunikationsmittel monopolisiert und abweichende Meinungen auf unterschiedliche Weise neutralisiert hat.

Die AKP hat einen weiten Weg zurückgelegt, um ihre ideologischen Ziele zu verfolgen

Man kann sagen, dass die AKP in den 20 Jahren, in denen sie an der Macht ist, einen weiten Weg zurückgelegt hat, um ihre ideologischen Ziele zu verfolgen:

In Ergänzung zur Vorgehensweise innerhalb der Türkei engagiert Erdoğan sich im Nahen Osten und einigen afrikanischen Ländern, indem er offene sowie verdeckte Beziehungen und Partnerschaften mit zahlreichen radikalen Organisationen aufbaute, insbesondere mit der sunnitisch-islamistischen Muslimbruderschaft. In Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen, Tunesien und vielen weiteren Ländern ist diese ein einflussreicher politischer Akteur. So ist die Unterstützung der Erdoğan-AKP für Mohammed Mursi und die Ikhwan-Bewegung in Ägypten, die Ennahda-Bewegung und Rached al-Ghannouchi in Tunesien, die Islah-Bewegung im Jemen und die Ikhwan-Gruppen in Syrien allgemein bekannt. Darüber hinaus ist auch eine verdeckte Unterstützung verschiedener salafistischer Gruppen in vielen Ländern nachweisbar, in Syrien sind das beispielsweise FSA, Jabhat al-Nusra und IS. Die Unterstützung dieser radikal-islamistischen Gruppen geht weit über Sympathiebekundungen oder politische Unterstützung hinaus und beinhaltet auch die aktive Nutzung staatlicher Institutionen, einschließlich militärischer, wirtschaftlicher und geheimdienstlicher Mittel. In diesem Zusammenhang zeigt sich deutlich, dass sie eine ideologisch motivierte Strategie verfolgt und mit einer neo-osmanischen Zielsetzung in der Politik agiert.

Im Wesentlichen wendet sich Erdoğan gegen die Grundprinzipien der Demokratie

Damit einher gehen ernsthafte Anstrengungen der Erdoğan-AKP gegen die Gruppen, die sich für Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Säkularismus in diesen Ländern einsetzen. Im Wesentlichen wendet sich Erdoğan gegen die Grundprinzipien der Demokratie, der Menschenrechte, des universellen Rechts und der Frauenbefreiung, nicht nur im Nahen Osten, sondern weltweit. Nach und nach zieht er sich aus internationalen Konventionen zurück, die auf diesen Werten beruhen

oder erklärt offen, dass er sie nicht mehr als bindend ansieht. Im Nahen Osten bekämpft er diese Werte und diejenigen, die sie verteidigen, mit aller Härte.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht schwer, einen weiteren Grund für seine Politik der Unterdrückung, Gewalt und Zerstörung gegen die demokratischen und freiheitlichen kurdischen Strukturen zu finden: Erdoğan betrachtet die kurdische Freiheitsbewegung als Hindernis für seine ideologischen und politischen Ziele – sowohl innerhalb der Türkei, als auch in der gesamten Region. Es sind politische und gesellschaftliche Akteure wie z.B. die HEDEP² in der Türkei, die Kurd:innen, die die autonome Region Rojava in Syrien prägen und viele weitere Gruppen, die sich die Werte, die durch die Kämpfe für Demokratie, Gleichheit und Freiheit geschaffen wurden, zu eigen machen und den Anspruch erheben, diese weiterzutragen. Sie folgen einer Ideologie, die Gleichberechtigung und gegenseitigen Respekt, Glaubensfreiheit, die Freiheit der Frauen und ökologische Werte verteidigt. Gerade im Nahen Osten ist die Existenz und das Paradigma der Kurd:innen als Gegenentwurf zur gegenwärtigen konservativen, dogmatischen und ethnisch-nationalistischen Realität sehr wichtig und wertvoll.

Derzeit findet im Nahen Osten ein heftiger Kampf zwischen diesen beiden Linien statt, in dem es ums Überleben geht. Und die Auswirkungen dieser Kämpfe, sowohl die positiven als auch die negativen, beschränken sich nicht auf den Nahen Osten, sondern haben das Potenzial, auch andere Regionen der Welt, u.a. die westlichen Industriestaaten zu beeinflussen. Um dies zu erkennen, genügt ein Blick auf die Situation, die der selbsternannte IS (Islamischer Staat) zwischen 2014 und 2020 hervorgebracht hat: Die Bedrohung durch den IS blieb nicht auf Syrien, den Irak oder den Nahen Osten begrenzt, sondern hatte weltweit spürbare Auswirkungen.

Angeichts der Zerstörung, die der IS im Nahen Osten angerichtet hat, darf nicht vergessen werden, dass er radikale und gewalttätige Gruppierungen, Aggression und Hass in Gesellschaften auf der ganzen Welt hervorgebracht hat. Dagegen mussten 74 Staaten eine militärische Koalition bilden und gemeinsam handeln. Gegen den sogenannten IS, der zu einer Gefahr für die ganze Welt geworden ist, haben die Kurd:innen im Irak und in Syrien gekämpft, um ihre eigene Existenz zu schützen und die Werte der Menschlichkeit zu verteidigen. Allein im Syrienkrieg haben mehr als 12.000 Kämpfer:innen der QSD³ ihr Leben geopfert, um den IS zu stoppen. Hunderte internationale Revolutionär:innen aus vielen Ländern sind in die autonome Region Rojava gekommen und haben

² Die Partei wurde inzwischen gezwungen, sich umzubenennen, sie heißt nun DEM-Partei. Sie ist eine Nachfolgerin der von einem Verbot bedrohten HDP.

³ Quwetên Suriya Dimokratik, Demokratische Kräfte Syriens, auch SDF abgekürzt

an diesem Kampf teilgenommen, viele von ihnen haben ihr Leben geopfert. Die autonome Region Rojava hat mit ihrer Struktur, die Demokratie, Glaubensfreiheit, soziale Gleichheit und die Freiheit der Frauen beinhaltet, dazu beigetragen, dass die Hoffnung auf ein freies Leben im Nahen Osten und in der Welt wächst.

Die Angst der Kurd:innen vor einem bevorstehenden Völkermord ist nicht übertrieben

Die Aggressionspolitik des türkischen Staates gegen die Kurd:innen ist eine ernste Bedrohung für die Existenzgrundlage und das Überleben des kurdischen Volkes. Es ist keine Übertreibung, wenn die Kurd:innen einen bevorstehenden Völkermord befürchten.

In einer Epoche, die als Dritter Weltkrieg bezeichnet wird, in der das Völkerrecht und grundlegende moralische Grenzen überschritten werden, in der die regionale Kriegsgefahr durch den Krieg zwischen der israelischen Armee und der Hamas deutlich gestiegen ist, in der der Geist des Nationalismus und die Realität Erdogans, der offen erklärt, dass er sich an keine Regeln und Abkommen halten muss, zusammenkommen, ist

die Gefahr eines Massenmords, der in einem Genozid endet, nicht weit entfernt. Damit einher geht die Gefahr, dass die demokratischen und freiheitlichen (kurdischen) Akteur:innen liquidiert oder geschwächt werden, was die Vorherrschaft der nationalistischen, konservativen und radikalen Gruppen im Nahen Osten sichern würde. Die Situation in Syrien beispielsweise würde sich mit Sicherheit in diese Richtung entwickeln. Sollte sich die kurdisch geführte autonome Region in Syrien auflösen, werden entweder das Baath-Regime von Baschar al-Assad oder islamistische Gruppen, die von der Türkei und Katar unterstützt werden, wie z.B. IS und Al-Nusra dominieren. Dies würde sich auch negativ auf den Kampf für Demokratie in der Türkei, das Streben nach Freiheit im Iran sowie die Stabilisierung der Situation im Irak auswirken.

Das kurdische Volk verdient die Unterstützung der Weltgemeinschaft

Es ist nicht schwer, die Auswirkungen auf die ganze Welt und die sich daraus ergebenden Konsequenzen vorherzusagen. In diesem Fall müssen wir uns eine Frage stellen, deren Antwort klar ist: Wer profitiert von der Auflösung oder Schwächung der kurdischen Strukturen in Syrien, im Irak oder in der Türkei?



»Die Kurd:innen brauchen die Welt, um erfolgreich zu sein, aber die Welt muss auch erkennen, dass sie die Kurd:innen und den kurdischen Kampf zur Verteidigung der Demokratie und der menschlichen Werte braucht« | Foto: ANF



Mitglieder des »Großen Freiheitsmarsches« in Nordkurdisten im Rahmen der internationalen Kampagne »Freiheit für Öcalan und eine politische Lösung der kurdischen Frage«. Im Hintergrund der Çiyayê Agirî (Berg Ararat). | Foto: ANF

Warum schweigen wir zu den Angriffen des türkischen Staates auf Rojava oder Südkurdisten, wenn die Antwort auf diese Frage klar ist? Ich bin mir sicher, dass wir alle die Konsequenzen sehen können. Doch leider herrscht in der Welt, auch in der europäischen Gemeinschaft, ein beunruhigendes Schweigen zu den Angriffen auf Rojava, die der türkische Staat seit dem 5. Oktober 2023 erneut intensiviert hat. Dieses Schweigen hat nicht nur faschistische Diktatoren wie Erdoğan ermutigt, sondern auch das kurdische Volk demoralisiert. Die Kurd:innen, die für ihre Rechte und die Freiheit der ganzen Welt kämpfen, die das Leben Zehntausender für diese Sache geopfert haben, die das Potential haben, die Demokratie im Nahen Osten weiterzuentwickeln, fühlen sich in diesem Kampf isoliert und allein gelassen.

In einer Welt der Allianzen, die menschliche Werte zugunsten ihrer eigenen Interessen missachten, braucht das kurdische Volk, das ums Überleben kämpft, die Unterstützung der Weltgemeinschaft, um erfolgreich zu sein. Ich möchte betonen, dass das kurdische Volk diese Unterstützung verdient und dass es eine humanitäre Verantwortung ist, zu helfen. Durch die Solidarität mit dem kurdischen Volk in unserer globalisierten Welt, in der Kommunikations- und Organisationsmöglichkeiten unbegrenzt sind, ist es möglich, die aktuellen Angriffe und die zukünftigen schrecklichen Pläne des türkischen Staates zu verhindern.

Alte Urteile über kurdische Parteien und Organisationen müssen überdacht werden

Vor dem Hintergrund all dessen, angesichts der realen Gefahr eines 3. Weltkrieges, ist es notwendig, die Denkmuster, Wahrnehmungen und Urteile, die in der Vergangenheit gebildet wurden, mit der heutigen Realität zu vergleichen. Die Parameter in der Welt und insbesondere im Nahen Osten haben sich verändert. Nichts ist mehr so wie vor 30 Jahren, oder selbst vor 20 oder 10 Jahren. Im letzten Vierteljahrhundert hat der Nahe Osten in jeder Hinsicht einen Umstrukturierungsprozess durchlaufen, der sich auf die ganze Welt auswirken wird. Angesichts der Rolle, die die Kurd:innen und die kurdischen Organisationen für die Demokratie im Nahen Osten spielen können, liegt es auf der Hand, dass die Weltgemeinschaft, die Einzelstaaten, die politischen und zivilen Akteure ihre alten Urteile über die verbotenen kurdischen Parteien und Organisationen, einschließlich der PKK, überdenken und ihre Haltung ändern sollten. Die Kurd:innen brauchen die Welt, um erfolgreich zu sein, aber die Welt muss auch erkennen, dass sie die Kurd:innen und den kurdischen Kampf zur Verteidigung der Demokratie und der menschlichen Werte braucht.



Neue Entwicklungen im Nahen Osten und der Weg zu einer Lösung

Religiöser Fanatismus und Liberalismus – Die palästinensische Bewegung, Ziel einer Liquidierung

Cemil Bayik, Ko-Vorsitzender der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK)

Im letzten Heft veröffentlichten wir den ersten Teil dieses Ende Oktober / Anfang November entstandenen Textes. Im ersten Teil der Analyse Cemil Bayiks ist der Fokus auf das etatistische Paradigma als Ursache im Nahost-Konflikt gerichtet, während die Analyse im vorliegenden Teil die Rolle religiöser Ideologie und des Liberalismus im Nahost-Konflikt sowie die Rolle der Türkei darin beleuchtet um schließlich Notwendigkeiten im Kampf für die Freiheit aufzuzeigen.

Der israelisch-palästinensische Konflikt, der durch die Angriffe der Hamas wieder auf die Tagesordnung gekommen ist, ist derzeit Gegenstand vieler Diskussionen. Die einen halten die Methoden der Hamas für falsch und verurteilen sie, die anderen halten sie auch für falsch, behaupten aber, dass die Politik Israels die Ursache sei. Mit intensiver Desinformation wird jede Argumentation auf den einen Moment des Hamas-Angriffs fokussiert und damit die Realität verzerrt.

Um den Einfluss der Sowjetunion auf den Nahen Osten einzudämmen und die demokratischen Volksbewegungen zu schwächen, entwickelten die USA eine Strategie unter Einbeziehung religiöser Ideologie und unterstützten die Bewegungen, die sich unter Berufung auf solchen Ideologien entwickelten. Diese Politik wurde 1977 unter dem Namen »Green Belt Project« offiziell und in den folgenden Jahren von den USA aufgebaut. Die Umsetzung dieser Politik wurde anlässlich der sowjetischen Intervention in Afghanistan begonnen und bestand darin, auf religiöser Ideologie basierende Bewegungen mit dem Ziel der Schwächung der sozialistischen und demokratischen Bewegungen zu entwickeln und zu unterstützen. Ziel war es, den sowjetischen Einfluss im Nahen Osten zu schwächen. Denn in dem Maße, wie sich sozialistische und demokratische Volksbewegungen entwickelten, nahm der Ein-

fluss der USA und der NATO im Nahen Osten ab. Die Sowjetunion verstärkte ihren Einfluss im Nahen Osten, indem sie diese sozialistischen und demokratischen Bewegungen unterstützte. Dagegen griffen die USA, die NATO und andere Mächte der kapitalistischen Moderne auf die Unterstützung religiöser Ideologien im Nahen Osten zurück. Deren Ausbreitung und der Aufbau der religiösen Bewegungen im Nahen Osten erfolgten vor diesem Hintergrund.

Die Al-Qaida- und Taliban-Bewegungen in Afghanistan, die später als radikale religiöse Gruppen bekannt wurden, waren die Organisationen, die von den USA und der NATO in diesem Zusammenhang unterstützt und aufgebaut wurden. Osama bin Laden wurde als Mitglied der saudischen Königsfamilie von den USA gebeten, eine Organisation zu gründen, um Einfluss auf die Bevölkerung zu nehmen; und er wurde nach Afghanistan geschickt, um zusammen mit den Taliban gegen die Sowjets zu kämpfen. Die Taliban wurden in Pakistan von der CIA gegründet, ausgebildet und kämpften in Afghanistan gegen die Sowjetunion, die sich schließlich aus Afghanistan zurückziehen musste. Die genannten Organisationen übernahmen die staatliche Verwaltung in Afghanistan. Al-Qaida und die Taliban sind die bekanntesten Bewegungen, aber alle religiösen Bewegungen im Nahen Osten wurden von den USA und der NATO im Rahmen dieser Politik begünstigt, beeinflusst und unterstützt. Außer in Pakistan und Afghanistan haben sich auch im Iran, Irak, Syrien, Kurdistan, der Türkei, Libanon, Palästina, in Ägypten und in anderen nordafrikanischen Ländern Bewegungen entwickelt, die auf einer religiösen Ideologie basieren. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Schwächung der sozialistischen Bewegungen in der Welt hatten diese religiös-ideologischen Bewegungen ihre Aufgabe erfüllt. Daher entwickelten die USA im Einklang mit dem globalen Kapital das Projekt des »Gemäßigten Islam«. Einige Bewegungen wie die Taliban, die die Staatsmacht an sich gerissen hatten, machten diesen Entwicklungsprozess nicht und blieben als unabhängige Macht bestehen, was sie zur Zielscheibe der USA machte.

In diesem Zusammenhang wurde die Hamas von den USA und Israel begünstigt und unterstützt, um die palästinensische Bewegung zu schwächen. Bekanntlich entwickelte sich die Hamas als Teil der Ikhwan-Bewegung. Die so genannte Ikhwan al-Muslim, auch Muslimbruderschaft, ist eine Organisation, die von den USA und der NATO unterstützt und beeinflusst wird. Wie andere religiöse Bewegungen hat auch die Ikhwan al-Muslimin Aktivitäten gegen den arabischen Nationalismus und die arabischen Unabhängigkeitsbewegungen wegen ihrer Beziehungen zur sozialistischen Bewegung unternommen; ihr Hauptziel war es, die Ausbreitung des Sozialismus zu verhindern.

Diese Bewegungen hatten keine Haltung gegen die USA, Israel und die NATO, sondern existierten durch deren Unterstützung. Die Hamas wurde von der CIA und dem Mossad als Ableger der Ikhwan-Bewegung in Palästina gepuscht um die palästinensische Bewegung zu schwächen. Das war ihre Aufgabe. Heute befindet sich die Hamas im Konflikt mit dem Staat Israel, weil ihr Auftrag erfüllt ist. Es verhält sich wie mit dem Konflikt zwischen Al-Qaida oder den Taliban und den USA. Die religiöse Ideologie wurde von den USA, Israel und der NATO vor dem Hintergrund eines bestimmten Zwecks gefördert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der relativen Schwächung der demokratischen Volksbewegungen haben die religiös-ideologischen Bewegungen ihren Auftrag erfüllt und die ihnen zugewiesene Rolle verloren. Sie können nur im Einklang mit der Politik der Mächte handeln, mit denen sie im Konflikt stehen: den USA, Israel und der NATO. Denn diese Bewegungen wurden von Geheimdiensten begünstigt, auch die Hamas. Deshalb kann die Hamas keine Rolle für die Befreiung und Freiheit des palästinensischen Volkes spielen, auch in Zukunft nicht.

Im Rahmen des »Green Belt Project« wurden auch in Kurdistan Organisationen gegründet, die auf einer religiösen Ideologie basieren. Als sich in Nordkurdistan eine Freiheitsbewegung entwickelte, wurde eine religiöse Gegenbewegung namens »Hisbollah« gegen die PKK und die Revolution in Kurdistan gegründet. Diese Struktur wurde vom Staat selbst geleitet.

Es ist bekannt, welche Rolle diese Organisation »Hisbollah« spielte und wie sie Tausende von kurdischen Patriot:innen massakrierte. Ihre Struktur wird nach wie vor vom Staat genutzt. Seit die Türkei Mitglied der NATO ist, werden religiöse Bewegungen vom Staat selbst ins Leben gerufen und gepflegt. Wie und zu welchem Zweck religiös-ideologische Organisationen im Nahen Osten gegründet werden, lässt sich am besten anhand der Situation in der Türkei verstehen. Dort wurden offiziell unter dem Namen »Antikommunistische Vereinigungen« religiös-weltanschauliche Organisationen organisiert.

Die Kosten trug die CIA. Die Clique, die die Türkei heute regiert, einschließlich Tayyip Erdoğan, besteht aus Personen, die in diesen Organisationen aktiv sind oder in ihnen ausgebildet wurden. Fethullah Gülen ist einer der Gründer der antikommunistischen Vereinigungen. Mit dem Militärputsch von 1980 wurde die kemalistische Ideologie durch diese Ideologie ersetzt. Seitdem ist die Bewegung nicht mehr eine vom Staat unterstützte und gelenkte Bewegung, sondern eine Bewegung, die den Staat selbst lenkt. Dieser Zusammenhang ist wichtig, um die Entwicklung der auf einer religiösen Ideologie basierenden Bewegung in der Türkei zu kennen.

Der Oslo-Prozess war eine zur Liquidierung der palästinensischen Bewegung gestellte Falle

Der Liberalismus hat die palästinensische Bewegung geschwächt. Er wurde innerhalb der palästinensischen Bewegung durch die Einstellung des Kampfes und die Vorstellung, Ergebnisse durch den Einsatz von Diplomatie erzielen zu können gefördert, wodurch die palästinensische Bewegung ihre Wirksamkeit verlor. Während sich die Aufmerksamkeit auf die Diplomatie konzentrierte, wurden viele führende Kader

der Bewegung von Israel ins Visier genommen. Je mehr der Kampf in den Hintergrund trat und je mehr die Bewegung durch die Erschießung von Kadern geschwächt wurde, desto stärker wurde die Diplomatie in Anspruch genommen. Die Entwicklung, die zum Oslo-Prozess wurde, war jedoch eine

Falle, die der Liquidierung der palästinensischen Bewegung Vorschub leistete. Leider ist die palästinensische Führung in diese Falle getappt und hat der Sache großen Schaden zugefügt. Bekanntlich wurde Jassir Arafat im Hauptquartier in Ramallah eingesperrt und von Leuten umgeben, die die Lösung in der Anlehnung an die USA sahen. Anschließend wurde er vermutlich vergiftet.

Das liberale Abdriften der palästinensischen Bewegung hat zweifellos ideologische und politische Dimensionen. Nach der Auflösung des Realsozialismus haben Bewegungen, die sich auf eine linke, sozialistische und marxistische Ideologie gestützt hatten, ideologische Verirrungen erlebt.

Die Sowjetunion selbst hat sich aus ideologischen Gründen aufgelöst, ohne dass es eine direkte Intervention von außen gab. In dieser Situation war zu erwarten, dass die Bewegungen, die sich an der Sowjetunion orientiert hatten, sich ähnlich entwickeln würden. Tatsächlich wurden die sozialistischen und demokratischen Bewegungen weltweit durch den Zusammenbruch der Sowjetunion in Mitleidenschaft gezogen.

DIE ENTWICKLUNG, DIE ZUM OSLO-PROZESS WURDE, WAR JEDOCH EINE FALLE, DIE DER LIQUIDIERUNG DER PALÄSTINENSISCHEN BEWEGUNG VORSCHUB LEISTETE.

Der Vorsitzende Apo verhinderte ein solches Abdriften der PKK, indem er einen ideologischen Wandel und einen Paradigmenwechsel initiierte. Er übernahm auch die Führung des Kampfes für Gleichheit, Freiheit und Demokratie in der neuen Ära mit seinem Verständnis eines nicht-staatlichen Sozialismus, der auf Ökologie und Frauenbefreiung basiert, indem er sich von dem staatsorientierten Paradigma löste. Zweifellos hat der Vorsitzende Apo diese ideologische Weiterentwicklung auf der Grundlage der Revolutionierung der Mentalität erarbeitet und ihr einen ideologisch-politischen Rahmen gegeben. Hätte eine solche Transformation in der palästinensischen Bewegung stattgefunden, wäre sie nicht in der derzeitigen Lage und in ihrem jetzigen Zustand. Nun muss es darum gehen, eine Transformation in Gang zu setzen, die nationalstaatliche Mentalität zu überwinden und die Mentalität der demokratischen Nation anzunehmen.

Der türkische Staat ist die Macht im Nahen Osten, der besonders von den vorhandenen Kräfteverhältnissen in der Region profitiert und darum auch am empfindlichsten auf Veränderungen reagiert. Er fürchtet, dass seine Position geschwächt werden könnte.

Diese Sorge ist jedoch nicht auf das Festhalten an einem Prinzip zurückzuführen. Vielleicht kann dieser Ansatz, von den vorhandenen Kräfteverhältnissen zu profitieren zu wollen, allen Staaten zugeschrieben werden; das Potenzial oder die Möglichkeit dazu ist jedoch nicht überall und für jeden Staat gleich. In der Türkei gibt es Bedingungen und geopolitische und geostrategische Gegebenheiten, die seine Möglichkeiten in dieser Hinsicht begünstigen. Ihre geopolitische Position gibt der Türkei Bedeutung. Seit seiner Gründung hat der türkische Staat auf der Grundlage dieser Position Politik gemacht und danach getrachtet, Unterstützung für seine Politik zu finden. Daraus hat er wichtige Ergebnisse erzielt.

In erster Linie war er in der Lage, seine Politik des Völkermords an der kurdischen Bevölkerung mit der Unterstützung von außen durchzuführen. Denn Grundlage der Politik des türkischen Staates ist der Völkermord an den Kurd:innen. Er hat seine Existenz darauf aufgebaut. Dass er diese Politik des Völkermords bis heute aufrechterhalten kann, war in der Vergangenheit und ist bis heute nur durch die Unterstützung ausländischer Mächte, insbesondere der USA und der NATO, möglich. Die ausländischen Mächte gewähren der Türkei diese Unterstützung zweifellos aufgrund ihrer geopolitischen Bedeutung. Eine der wichtigsten Mächte, die den türkischen Staat unterstützen, ist Israel.

Tatsächlich wurde die Türkei von den USA und der NATO so sehr unterstützt, weil sie eine positive Haltung gegenüber Israel einnimmt. Die Tatsache, dass diese Unterstützung auch heute noch anhält, hängt auch mit der Fortsetzung dieser Beziehungen zusammen. Daher ist die Unterstützung Israels für den türkischen Staat sehr wichtig.

Die Rolle Israels beim internationalen Komplott gegen den Vorsitzenden Apo zeigt diese Bedeutung deutlich auf. Denn das internationale Komplott ist die Unterstützung des türkischen Staates bei der Völkermordpolitik gegenüber den Kurd:innen auf höchster Ebene. Es beruhte auf einem us-amerikanisch-israelischen Plan, der in Koordination mit der NATO umgesetzt wurde.

Insofern sind die Beziehungen zu Israel für den türkischen Staat sehr wichtig. Die Verschlechterung dieser Beziehungen würde bedeuten, dass die Unterstützung, die der türkische Staat von ausländischen Mächten erhält, gefährdet wäre. Die gebremste Reaktion des türkischen Staates auf die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen und das Ausbleiben weiterer Schritte sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Es ist festzustellen, dass der türkische Staat über die Entwicklungen äußerst besorgt ist, was er auch deutlich zum Ausdruck bringt. Aber seine Reaktion ist sehr gemäßigt und schwach. Das ist ein Ausdruck der Politik und des Charakters des türkischen Staates.

DER TÜRKISCHE STAAT IST DIE
MACHT IM NAHEN OSTEN, DER
BESONDERS VON DEN VORHANDENEN
KRÄFTEVERHÄLTNISSEN IN DER
REGION PROFITIERT UND DARUM
AUCH AM EMPFINDLICHSTEN AUF
VERÄNDERUNGEN REAGIERT.

Einige Leute, die die Politik und den Charakter des türkischen Staates nicht kennen, erwarteten, dass Tayyip Erdoğan hart auf die Situation reagieren würde. Das tat er natürlich nicht. Da die Spezialkriegsführung in der Türkei sehr ausgeprägt ist, ist es schwierig, die Realitäten zu verstehen. Es gehört zu den Merkmalen des türkischen Staates, dass er sich sehr stark der

Spezialkriegsführung bedient und mit ihren Mitteln die Wahrnehmung der Menschen beeinflusst. In den letzten Jahren, vor allem unter der faschistischen AKP-MHP-Regierung, hat diese Politik erheblich zugenommen.

Da ein Klima der Unterdrückung geschaffen wurde, das durch Nationalismus, Chauvinismus und Faschismus genährt wird, werden diese Bedingungen nicht offen und angemessen diskutiert. Die türkische öffentliche Meinung und die türkischen Intellektuellen sind in dieser Hinsicht sehr unzureichend. Der intensive Einsatz von Spezialkriegsführung und Propaganda ist ein Ergebnis davon und gleichzeitig Indikator für den geringen Wert, der der Gesellschaft beigemessen wird. Die Gesellschaft in der Türkei wird diesbezüglich nicht aufgeklärt und kann sich nicht aus dieser Lage befreien.



Stopp den Genozid in Gaza – Antirassismus-Demo in Hamburg | Foto: A. Bender

Nun wird ein Großteil der Gesellschaft denken, dass Tayyip Erdoğan die Zukunft des palästinensischen Volkes am Herzen liege und er sich für es einsetze, als wäre er selbst in Gaza. Es sind aber die Aktivitäten des Spezialkriegszentrums, die die Öffentlichkeit auf diese Weise denken lassen. Das wird von den Machthabern als Erfolg gesehen und dargestellt, aber in Wirklichkeit ist es für eine Gesellschaft kein Erfolg, sondern eine Niederlage.

Die Politik Israels gegen Palästina ist eine von der NATO verfolgte Strategie

Der türkische Staat wurde in einer Zeit gegründet, in der die Welt in zwei Pole geteilt war und sich die beiden Pole einander annäherten¹. Er hat mehr als jeder andere Staat von dieser Konstellation profitiert. Während Staatsgründungsprozesses hat er politisch gehandelt und von beiden Blöcken profitiert.

Als sich der Gegensatz zwischen den Polen in den 1930er Jahren verschärfte und der Zweite Weltkrieg begann, nahm der türkische Staat seinen Platz im Block der kapitalistischen Mo-

EINER DER WIDERSPRÜCHE, VON DEM DIE TÜRKEI AM MEISTEN PROFITIERT HAT, WAR DER WIDERSPRUCH ZWISCHEN ISRAEL UND DEN ARABISCHEN STAATEN.

derne ein, der von den Vereinigten Staaten angeführt wurde und später als NATO Gestalt annahm. Als die NATO gegründet wurde, wurde die Türkei Mitglied in dieser Organisation. Bekanntlich wurde die NATO zu der Macht, die die Weltpolitik bestimmte und entsprechende Strategien entwickelte. Auch die Gründung Israels wurde von den westlichen Mächten strategisch begünstigt. Die NATO ist das Zentrum, in dem die gesamte Politik des Nahen Ostens gestaltet wird. Die israelische Politik gegenüber Palästina ist also eine NATO-Strategie und wird von der NATO unterstützt. Ohne die Unterstützung der USA und der NATO wäre Israel nicht in der Lage, diese Politik zu betreiben. Genau wie die Politik des Völkermords an den Kurd:innen, wäre auch die Politik des Völkermords an den Palästinenser:innen ohne die Unterstützung der NATO nicht denkbar. Wie man sieht, sind sich der türkische Staat und Israel in vielerlei Hinsicht erstaunlich ähnlich.

Die Türkei profitiert von zwischenstaatlichen Widersprüchen, sowohl aufgrund ihrer geopolitischen Lage als auch weil sie Mitglied der NATO ist. Daher möchte die Türkei nicht, dass sich die Widersprüche zwischen den Staaten abschwächen, denn das würde ihre eigene Position schwächen. Einer der Widersprüche, von denen die Türkei profitiert hat, war der zwischen den USA und der Sowjetunion. Während des Kalten

¹ Nach der Oktoberrevolution, dem Ende des Bürgerkriegs und der Gründung der Sowjetunion schloss diese im Lauf der 1920er Jahre nach und nach international verschiedene Verträge u.a. mit Staaten des Westens ab.

Krieges hat die Türkei von diesem Widerspruch in höchstem Maße profitiert. Sie setzte ihre Politik mit der vollen Unterstützung der NATO um.

Diese Unterstützung wurde auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fortgesetzt. Denn die Welt trat in einen neuen Prozess ein, in den Dritten Weltkrieg², und die NATO bestand trotz des Zusammenbruchs der Sowjetunion fort.

Das internationale Komplott gegen den Vorsitzenden Apo ist auch ein Ausdruck der Unterstützung für die Türkei. Gleichzeitig war dies auch eine Gegenleistung für das Handeln des türkischen Staates im Rahmen der Politik der USA und der NATO. Denn alle Interventionen im Nahen Osten erfolgten in diesem Rahmen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde diese Politik im Rahmen des Dritten Weltkriegs betrieben. Da die Türkei im Einklang mit der Politik der USA und der NATO handelt, erhält sie weiterhin deren Unterstützung. Andererseits hat die Türkei stark vom russisch-ukrainischen Krieg profitiert. Denn dieser Krieg hat die Widersprüche zwischen den Staaten verstärkt. Die Beziehungen zwischen den USA und Russland sowie zwischen Russland und Europa sind angespannt. Von diesen Spannungen hat die Türkei zum einen als NATO-Mitglied profitiert; zum anderen hat sie aufgrund der Aufrechterhaltung ihrer Beziehungen wirtschaftliche und politische Unterstützung von Russland erhalten. Obwohl es als Widerspruch erscheint, hat Russland die türkische Regierung trotz ihrer NATO-Mitgliedschaft unterstützt. Grund sind die gegebenen Bedingungen und ihre eigene Situation.

Einer der Widersprüche, von dem die Türkei am meisten profitiert hat, war der Widerspruch zwischen Israel und den arabischen Staaten. Bekanntlich war nach der Gründung des Staates Israel eine der wichtigsten Dimensionen der Nahostpolitik der USA und der NATO die Sicherheit des Staates Israel. Eine der wichtigsten Säulen dieser Politik war die Präsenz und Unterstützung des türkischen Staates. In der Tat war die Türkei einer der ersten Staaten, die Israel anerkannt haben. Die offizielle Politik des Staates Israel war der Völkermord am palästinensischen Volk und die Errichtung eines Staates, der ausschließlich auf dem Judentum basiert. Dies ist auch eine Politik der USA und der NATO. Die Rolle des türkischen Staates bestand darin, diese Politik Israels im Nahen Osten zu unterstützen. Andererseits bedeutete eine solche Politik den Beginn eines endlosen jüdisch-arabischen Krieges.

DER TÜRKISCHE STAAT WIRD DIE
NATO NIEMALS VERLASSEN. ER
WEISS SEHR WOHL, DASS ER SEINE
POLITIK DES VÖLKERMORDS AN
DEN KURD:INNEN NICHT OHNE DIE
NATO DURCHFÜHREN KANN.

Seit der Einwanderung jüdischer Menschen in den palästinensischen Gebieten hat sich diese konfliktreiche Situation bis heute fortgesetzt. Die aktuellen Ereignisse sind natürlich Teil und Fortsetzung dieser Entwicklungen. Der türkische Staat hat von dieser konfliktreichen Situation zwischen dem israelischen Staat und den arabischen Staaten immens profitiert. Indem er sich auf die Seite Israels gestellt hat, hat er Unterstützung von Israel, den USA und der NATO erhalten. Gelegentlich hat er sogar Unterstützung von arabischen Staaten erhalten, die mit Israel im Konflikt sind.

Zweifellos hat der türkische Staat die Politik des Völkermords an den Kurd:innen mit all dieser Unterstützung durchgeführt. Er ist diese Beziehungen bereits eingegangen, um die entsprechende Unterstützung zu erhalten. Dieser Völkermord ist auch

der Grund, warum der türkische Staat der NATO beigetreten ist. Immer wenn es in der Welt oder in der Region Ereignisse gibt, die die politischen Beziehungen belasten, sagen einige, meist aus dem Kreis der Herrschenden, dass die Türkei die NATO verlassen könnte oder sollte. Diese Aussagen sind unbegründet. Der türkische Staat wird

die NATO niemals verlassen. Er weiß sehr wohl, dass er seine Politik des Völkermords an den Kurd:innen nicht ohne die NATO durchführen kann. Alle wissen das.

Nach dem Angriff des türkischen Staates auf Rojava begann der israelische Angriff auf Gaza

Die israelischen Angriffe auf Gaza und Palästina seit dem 7. Oktober 2023 haben die heuchlerische Realität des türkischen Staates und der AKP-MHP-Regierung in vielen Aspekten offenbart.

Die Tatsache, dass die türkischen Medien das Thema so sehr auf der Tagesordnung halten, ist zum Teil auf das Bedürfnis zurückzuführen, diese Heuchelei zu vertuschen. Wie Sie sich erinnern werden, hat der türkische Staat einen Großangriff auf Rojava durchgeführt und den Anschlag in Ankara³ als Vorwand benutzt. Vor dem Angriff erklärten die Außen- und Verteidigungsminister öffentlich, dass die gesamte Infrastruktur von Rojava nun in ihrem Visier sei. Und dann wurde der Angriff auf Rojava begonnen. Bei den Luftangriffen wurden jede Art unter- und oberirdischer Strukturen bombardiert und getroffen. Dazu gehörten Staudämme, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, Schulen, Siedlungen, Lebensmittelgeschäfte, Ölraffinerien, Werkstätten, Fabriken usw. Dutzende von Men-

² s. <https://www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2022/102-kr-224-november-dezember-2022/1382-auf-dem-weg-zu-einem-gemeinsamen-kampf-fuer-den-frieden>

³ Anschlag der PKK am 1.10.2023 auf das türkische Innenministerium in Ankara



»An Krieg hat es im Nahen Osten noch nie gemangelt. Jetzt ist ein Boden geschaffen, der ihn noch verstärken wird«, Cemil Bayık | Foto: KR

schen verloren dabei ihr Leben. Die Angriffe dauern immer noch an. Tatsächlich führt der türkische Staat diese Angriffe schon seit Jahren durch. Der Unterschied ist, dass sie dieses Mal intensiver und gewalttätiger waren. Fünf Tage nach diesen Angriffen des türkischen Staates begann der israelische Angriff auf den Gazastreifen.

Während der türkische Staat eine solche Haltung gegenüber Rojava einnimmt, erklärte Tayyip Erdoğan ohne rot zu werden, dass die Angriffe auf den Gazastreifen eingestellt werden sollten und die Orte nicht aus der Luft angegriffen werden dürften. Was Tayyip Erdoğan tut, unterscheidet sich jedoch nicht von dem, was Netanjahu tut. In vielerlei Hinsicht ist es sogar noch schlimmer. Aber warum ist der türkische Staat über die Situation in Gaza besorgt, und wie kann er das unwidersprochen in der Öffentlichkeit kundtun, wo er eine Operation durchführt, die die Kurd:innen abschlachtet?

Jede:r muss sich diese beiden Fragen stellen und die richtigen Antworten finden.

Denn nur dann wird sich die Wahrheit über den türkischen Staat, die AKP-MHP-Regierung und Tayyip Erdoğan offenbaren. Auch die Situation der öffentlichen Meinung in der Türkei wird dann verstanden werden.

DIE ISRAELISCHEN ANGRIFFE AUF GAZA UND PALÄSTINA SEIT DEM 7. OKTOBER 2023 HABEN DIE HEUCHLERISCHE REALITÄT DES TÜRKISCHEN STAATES UND DER AKP-MHP-REGIERUNG IN VIELEN ASPEKTEN OFFENBART.

Der einzige Grund, warum der türkische Staat über die Situation der Palästinenser:innen besorgt ist, die sich durch die Angriffe der Hamas verschärft hat und deren Folgen für die Region nicht absehbar sind, ist die Möglichkeit des Entstehens neuer Kräfteverhältnisse, die seine Politik des Völkermords an den Kurd:innen gefährden könnten. Schon allein die Möglichkeit kann der türkische Staat nicht ertragen. Insbesondere für die AKP-MHP-Regierung, die ihre gesamte Existenz auf den Völkermord an den Kurd:innen aufgebaut hat, wäre eine solche Situation äußerst problematisch. Insofern beunruhigt sie diese Möglichkeit sehr.

Entgegen ihrer Darstellung im Fernsehen und den anderen Medien, kümmert sich die Türkei ansonsten nicht um das Leid der Menschen in Gaza und Palästina, den Verlust palästinensischer Menschenleben und die Vertreibung des palästinensischen Volkes aus seinen Häusern. Es ist das Erfordernis der staatlichen Politik, die eigentliche Sorge zu verbergen und sie auf diese Weise zu verschleiern. Diese schmutzige Form der Politik hat sich mit der AKP-MHP-Regierung verstärkt. Fast alles wird in der Türkei verzerrt, selbst Kleinigkeiten.

So wird die Gesellschaft unfähig gemacht, die Wahrheit zu erkennen. Das ist die Art und Weise, wie der Faschismus die Gesellschaft regiert. In Wirklichkeit geht es dem türkischen Staat um die Politik des Völkermords an den Kurd:innen. Wenn der türkische Staat sieht, dass die aktuelle Situation und

ihre Folgen die Politik des Völkermords an den Kurd:innen nicht gefährden, dass er von den neuen Entwicklungen profitieren kann oder ihm ein entsprechendes Angebot gemacht wird, wird er diese Angst verlieren. In einer solchen Situation würde die Türkei auf die weitere Entwicklung der Konflikt- und Kriegssituation hinwirken.

Das war schon immer die Haltung des türkischen Staates. Der türkische Staat will auf keinen Fall das Ende des arabisch-jüdischen Konfliktes im Nahen Osten und eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Als die Spannungen zwischen Israel und den arabischen Staaten in den letzten Jahren abnahmen und Vereinbarungen zwischen ihnen getroffen wurden, war der türkische Staat darüber äußerst beunruhigt. Er warf den arabischen Staaten vor, die palästinensische Sache zu verraten. Sicher, die arabischen Staaten haben keine Haltung eingenommen, die der palästinensischen Sache dient.

Doch die Sorge des türkischen Staates gilt nicht der palästinensischen Sache, sondern der abnehmenden Notwendigkeit einer entsprechenden öffentlichen Positionierung, die sich aus den abnehmenden Widersprüchen im Nahen Osten und der daraus resultierenden nachlassenden Unterstützung für seine Politik des Völkermords an den Kurd:innen ergibt. Die erneuten Spannungen beunruhigen den türkischen Staat nicht. Wenn er weiß, dass eine Situation seiner Politik des Völkermords an den Kurd:innen keinen Schaden zufügen wird, dann arbeitet er daran, die Situation zuzuspitzen.. Daher sollten wir nicht daran zweifeln, dass der türkische Staat und die AKP-MHP-Regierung genau darauf hinarbeiten.

Nur auf der Grundlage der kurdischen Realität kann die Wahrheit in der Türkei enthüllt und verstanden werden

Seit Beginn der Bombardierung Gazas hat sich die Kritik entwickelt, dass die AKP-MHP-Regierung in der Palästina-Frage nicht aufrichtig ist und die Gesellschaft täuscht. Diese Kritik wird von einigen türkischen Intellektuellen und Journalist:innen geäußert. Zweifelsohne ist diese Kritik richtig, aber da sie an der kurdischen Realität vorbeigeht, ist sie unzureichend und hat nicht die notwendige Wirkung.

Leider kann die Wahrheit wegen des Einflusses des Nationalismus und des staatlichen Drucks nicht vollständig nachvoll-

DER EINZIGE GRUND, WARUM DER TÜRKISCHE STAAT ÜBER DIE SITUATION DER PALÄSTINENSER:INNEN BESORGT IST, DIE SICH DURCH DIE ANGRIFFE DER HAMAS VERSCHÄRFT HAT UND DEREN FOLGEN FÜR DIE REGION NICHT ABSEHBAR SIND, IST DIE MÖGLICHKEIT DES ENTSTEHENS NEUER KRÄFTEVERHÄLTNISSE, DIE SEINE POLITIK DES VÖLKERMORDS AN DEN KURD:INNEN GEFÄHRDEN KÖNNTEN.

zogen und zum Ausdruck gebracht werden. Darum können in der Türkei keine positiven Entwicklungen eingeleitet werden. Es ist eindeutig, dass die türkischen Intellektuellen, linken, sozialistischen und demokratischen Bewegungen in dieser Hinsicht unzureichend sind. Das gilt auch für den Bereich der

demokratischen Politik, denn es liegt auch in ihrer Verantwortung, sich zu entwickeln. Die Wahrheit in der Türkei kann nur unter Berücksichtigung der kurdischen Realität aufgedeckt und verstanden werden. Selbst wenn die Wahrheit ausgesprochen wird, wird sie keine Wirkung und kein Ergebnis haben. Selbst wenn man von morgens bis abends sagt, dass die AKP-MHP-Regierung, Tayyip Erdoğan und die religiösen Bewegungen in der Türkei sich nicht um die palästinensische Sache kümmern, wird dies keine nennenswerte Wirkung

auf die Gesellschaft haben. Denn die Realität bleibt verborgen. Jeder kann so tun, als würde er die palästinensische Sache unterstützen, indem er tausend und eine Maske trägt. Der Weg, dies zu verhindern und zu ändern, besteht darin, die Sache des kurdischen Volkes zu vertreten, den Staat und die AKP-MHP-Regierung auf dieser Grundlage zu kritisieren und zu hinterfragen. Wenn der faschistische Chef Tayyip Erdoğan sagt, dass die Bombardierung von Gaza aufhören muss, müsste die Türkei mit einer lauten Stimme sagen, »warum bombardiert ihr dann Rojava?« Wenn das gesagt würde, dann fiel die Maske der Regierung, die türkische Gesellschaft würde die Realität verstehen und die Situation entsprechend einschätzen können. Das ist es, was in der Türkei nicht geschieht aber notwendig ist.

Über die Folgen der weltweit entstandenen Situation wird inzwischen intensiv diskutiert.

Diese Diskussionen sind jedoch weit davon entfernt, die Grundlagen des Problems und Wege zur Lösung aufzuzeigen. Die Diskussionen drehen sich hauptsächlich um das Ergebnis und darum, was nach dem Krieg passieren könnte. Es ist jedoch klar, wer was will. So wird jeder danach streben, seinen Willen umzusetzen; derjenige mit der größten sozialen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht wird seine eigenen Ziele eher erreichen. Das ist leicht gesagt und auch keine falsche Behauptung. Aber wenn man sich fragt, ob all dies die bestehenden Probleme lösen kann, wird die Antwort darauf negativ sein. Wir haben gesehen, dass die Kräfteverhältnisse im Nahen Osten sehr empfindlich sind. In einer solchen Phase des Dritten Weltkriegs kann das Spiel mit den Konstellationen im Nahen Osten und der Absicht eines Krieges zu einem unvorhersehbaren Konfliktverlauf führen. Die vorgeschlagenen Szenarien sind in

diesem Sinne beunruhigend. Das Ziel des Staates Israel ist klar. Er will den Völkermord an den Palästinenser:innen mit jedem Schritt weiter vorantreiben. Es ist ganz klar, dass er versucht, die aktuellen Bedingungen dafür zu nutzen. Gegenwärtig führt er ein intensives Bombardement gegen Gaza durch, aber es ist nicht bekannt, ob er sich darauf beschränken wird.

Die USA und Großbritannien haben ihre Kriegsschiffe in den Nahen Osten gebracht. Es handelt sich um die größten Kriegsflotten der Welt. Außerdem hat die US-Regierung enorme Ressourcen für diese Situation bereitgestellt. Nach eigenen Angaben wurde eine noch nie dagewesene Summe an Finanzmitteln beantragt und vom US-Kongress genehmigt. Es wird auch erklärt, dass ein erheblicher Teil dieser Mittel für den Krieg in der Ukraine verwendet werden soll. Der Iran und die von ihm geschaffenen Strukturen im Libanon und in Syrien, die dem Iran nahestehen, sind das Ziel. Die Widersprüche mit dem Iran sind wohlbekannt. Andererseits hat sich China in den letzten Jahren in die Politik und die Kräftekonstellationen im Nahen Osten eingemischt. China spielte eine wichtige Rolle bei der saudiranischen Annäherung, die als sehr wichtig angesehen wird. Es ist offensichtlich, dass den USA diese Situation nicht gefällt. In der Ukraine ist Russland an einem Krieg beteiligt.

An Krieg hat es im Nahen Osten noch nie gemangelt. Jetzt ist ein Boden geschaffen, der ihn noch verstärken wird. Der türkische Staat bemüht sich bereits, die Probleme zu verschärfen und eine konfliktreiche Konstellation zu schaffen, um den Völkermord an den Kurd:innen voranzutreiben. Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass er in Rojava einmarschieren und die dortige Ordnung, d. h. das System der demokratischen Autonomie beseitigen will. Das Ziel des türkischen Staates beschränkt sich nicht darauf, Rojava zu besetzen und die Revolution von Rojava zu liquidieren. Sein Ziel ist es, die Kurd:innen aus Rojava zu vertreiben. Er will auch die Kurd:innen vertreiben, die in anderen Teilen Kurdistans Widerstand leisten und weiterhin für die Freiheit Kurdistans kämpfen. Auf diese Weise will sie ihr Endziel, den Völkermord an den Kurd:innen, verwirklichen. Dazu will sie die jetzt entstandene Situation nutzen.

Die Lösung ist die Entwicklung der demokratischen Nation

Das ist die Situation, in der sich die kapitalistische Moderne befindet. Sie hat nie einen anderen Weg eingeschlagen als die

Intensivierung des Krieges. Deshalb müssen sich die Völker organisieren und ihre Kämpfe dieser Realität entsprechend entwickeln. Natürlich sind es nicht die Staaten, die die Probleme lösen werden, sondern die demokratischen sozialen Kämpfe. Es gibt keine Möglichkeit, die Probleme im Nahen Osten mit der staatlichen und nationalstaatlichen Mentalität zu lösen. Die Wurzel aller heutigen Schwierigkeiten im Nahen Osten, insbesondere der palästinensischen und kurdischen »Frage«, sind die staatsfixierte Mentalität und ihre nationalstaatliche Variante. Die Lösung kann nur in der Überwindung dieser Mentalität und der Entwicklung der demokratischen Nation liegen. Diese ist eine Lebens- und Lösungsmethode, die auf dem demokratischen System der Gesellschaft basiert, indem sie alle Arten des monistischen Verständnisses des Nationalstaates überwindet. Was im Nahen Osten gebraucht wird, ist die Entwicklung eines solchen Verständnisses des Lebens- und Lösungssystems. Als der Vorsitzende Apo das Konzept der demokratischen Nation vorstellte, tat er dies, um die Probleme des Nahen Ostens zu lösen.

Deshalb müssen wir über die Lösung der »palästinensischen Frage«, die eines der grundlegendsten Probleme des Nahen Ostens ist, durch eine demokratische Nation nachdenken und dafür kämpfen, dass dies geschieht.

Das kurdische Volk kämpft seit Jahrzehnten für seine Freiheit. Mit dem Kampf gegen das internationale Komplott und der neuen Mentalität und dem Paradigma, das vom Vorsitzenden Apo entwickelt wurde, hat es diesen Kampf inzwischen auf die internationale Ebene gebracht. Der Kampf des palästinensischen Volkes im Besonderen und der Kampf für Freiheit und Demokratie im Nahen Osten und in der ganzen Welt können zu einer stärkeren Einheit und Solidarität zwischen den Kämpfen für Freiheit und Demokratie führen, was zu einer wirklichen Lösung der Probleme führen wird.

Der demokratische Kampf des jüdischen Volkes gegen die offizielle Staatsmentalität ist ebenfalls sehr wichtig. Trotz des Trommelns für Krieg und Völkermord ist es äußerst wichtig, dass sich diese Idee und dieser Kampf im jüdischen Volk entwickelt. Hinzu kommt der Kampf der anderen Völker des Nahen Ostens.

Es wird möglich sein, eine Perspektive der demokratischen Nation und der Geschwisterlichkeit der Völker zu entwickeln und die Probleme durch Solidarität und den gemeinsamen Kampf zu überwinden.



500 Jahre Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Moderne. Teil 2:

Enteignung und Kolonialismus in der (Frühen) Neuzeit

Eine Reihe der Initiative Demokratischer Konföderalismus | www.i-dk.org

Fenna Joken und Thomas Maier

Dies ist der zweite Teil einer Artikelreihe der Initiative Demokratischer Konföderalismus. Im ersten Teil dieser Reihe sind wir bereits auf die Ausbeutung und Unterdrückung der dörflich-agrarischen Gesellschaft und den massiven Widerstand dagegen eingegangen. In diesem Teil betrachten wir Aspekte der Zuspitzung der Ausbeutung der bäuerlichen Gesellschaft, insbesondere am Beispiel Großbritanniens, und deren direkte Verbindung zur Kolonialisierung als Teil des historischen Prozesses.

Im Heiligen Römischen Reich¹ verliefen die Prozesse der Ausbeutung werktätiger Menschen anders, trotzdem aber wirkten sich die Herrschaftsmethoden der später führenden kapitalistischen Großmacht Großbritannien² auch auf diese Prozesse im Heiligen Römischen Reich aus.

Wir wollen in dieser Artikel-Reihe im Kurdistan Report den Blick auf die letzten 500 Jahre der Angriffe auf die Gesellschaft darlegen und alte sowie neue Perspektiven auf das demokratische Potenzial der deutschen Gesellschaft aufmachen. Wir sind überzeugt, dass wir auf dieser Grundlage in der Lage sein werden, die demokratische Moderne aufzubauen.

In der Geschichte waren überall auf der Welt die Basis der Selbstversorgung und Selbstverwaltung der dörflich-agrarischen Gesellschaften der Boden, die Luft und das Wasser in ihrer Umgebung sowie die Werte, die Sicherheiten und die Beziehungen in ihren Gemeinschaften. Auf all diese Bereiche versuchten und versuchen auch heute noch die Herrschenden einen Zugriff zu bekommen. Dabei können wir eine stetige Zuspitzung und Vertiefung dieser Zugriffe erkennen. Mit die-

ser Zuspitzung beginnt eine Ausweitung des Machtbereichs der Herrschenden über die ganze Welt. Wir können beobachten, wie die verschiedenen Herrschaftsmethoden in unterschiedlichen Regionen der Welt wiederholt, angepasst und auf andere Gesellschaften übertragen wurden und werden. Neben der unvorstellbaren Gewalt, die die Herrschenden gegen die Gesellschaft einsetzen, entwickelten sich in der Frühen Neuzeit (um 1500) und mit der kapitalistischen Moderne (um 1800) ab dem 16. Jahrhundert Herrschaftsmethoden wie ein Bestrafungs- und Kontrollsystem, Lohnarbeit, aber auch Methoden der Spaltung und vor allem Rassismus.

Von der Enteignung zunächst der europäischen Bäuer:innen, über die Enteignung der Bäuer:innen auf der ganzen Welt, über den weltweiten Sklavenhandel bis zum Zugriff auf das Selbstbild und die Identität der Individuen weltweit, stehen die verschiedenen Machtverhältnisse wechselseitig in Beziehung und zementierten in den letzten 500 Jahren ein globales System, dass wir als die kapitalistische Moderne bezeichnen.

Mit der Allmende wird die Selbstverwaltung »gerodet«

Um die Macht der Herrschenden zu festigen, wurde die Abhängigkeit der Bevölkerung vom Staat vorangetrieben, durch die gezielte Zerstörung ihrer außerstaatlichen Lebensweise. Der Einfluss z.B. des frühen Frankenreichs auf die Bevölkerung war begrenzt, denn nur beim direkten Kontakt mit den Vertretern des Staates konnte die Unterdrückung durchgesetzt werden. Etwa dann, wenn nach der Ernte Soldaten kamen, um die Abgaben einzufordern. Die meiste Zeit im Jahr konnte die Bevölkerung ihrer lokalen Lebensweise nachgehen. Mit der Zerstörung dieser Lebensweise wurde versucht, die Bevölkerung längerfristig und umfassender zu unterdrücken. Die Mittel dazu waren die Fällung von Obst- und Nussbäumen, die Überführung von gemeinschaftlich genutztem Land (Allmende) in Privateigentum, die Verstaatlichung von Holz-, Jagd- und Fischereirechten, Zwang zu bestimmten Anbaumethoden und die

¹ Das Heilige Römische Reich, seit dem Ende des 15. Jahrhunderts auch Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation, galt vom Spätmittelalter bis 1806 als offizielle Bezeichnung für das seit dem 10. Jahrhundert bestehende Herrschaftsgebiet der römisch-deutschen Kaiser und bildete ein aus zahlreichen Territorien bestehenden Verband, aus dem dann 1871 als Nationalstaat das sog. Deutsche Reich gegründet wurde.

² Das Königreich Großbritannien entstand erst 1707 (1. Mai) durch den »Act of Union« (»Vereinigungsgesetz«), den Zusammenschluss der Königreiche England und Schottland, wodurch der drohende Staatsbankrott Schottlands abgewehrt wurde.

„England is not a free people, till the poor that have no land, have a free allowance to dig and labour the commons...“
Gerrard Winstanley, 1649



Zeitgenössische Illustration der Diggers-Bewegung um Gerrard Winstanley 1649
| Foto: dadaweb.de

Zerstörung demokratischer Selbstverwaltungen. Damit wurde auch ihre intensive Verbindung zur Natur angegriffen.

Durch den Zwang, jedes Jahr bestimmte Mengen für die Abgabe zu produzieren, waren die Menschen genötigt, den Böden mehr abzuverlangen als deren Regeneration zuließ. Ernteausfälle und Hungersnöte wie z. B. im Jahr 1315 und den Folgejahren waren die Folge dieser Machtpolitik, denen die Gesellschaft ohne ihre Allmende, ohne ihr Jagdrecht und ohne ihre traditionellen Anbaumethoden ausgeliefert war. Viele mussten ihr eigenes Land, von dem sie sich nicht mehr ernähren konnten, verlassen und sich an anderer Stelle in neue Abhängigkeiten, wie Leibeigenschaft oder Lohnarbeit, begeben.

Enteignung und Bestrafung

Die Enteignung der europäischen Bäuer:innen vollzog sich in Großbritannien sehr systematisch. Ackerland wurde eingezäunt, das heißt enteignet und umzäunt, Kleinbäuer:innen gewaltsam vertrieben, Landpächter verdrängt. Am Ende des 16. Jahrhunderts gab es in Großbritannien zwölf Mal so viele Besitzlose wie einhundert Jahre zuvor.

»Land-, kredit- und beschäftigungslos und außerstande, gewinnbringende Arbeit zu finden, blieben diese neuen Proletariat dem Leben auf der Straße überlassen, wo sie der erbarmungslosen Grausamkeit einer Straf- und Arbeitsgesetzgebung

ausgesetzt waren, die an Härte und Abschreckungspotenzial in der Geschichte der Neuzeit bis dato unübertroffen war.«³

Viele landlos gewordene Menschen wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Die Umwandlung umherziehender Bettler:innen in wirtschaftlich verwendbare Untertanen sollte durch Methoden der Arbeitserziehung erreicht werden. Der Leitsatz für die eingerichteten Arbeitshäuser lautete: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.«

Einerseits sind also sehr viele Menschen durch die Einhegung landlos gemacht worden, andererseits verpflichtete man die Landlosen zur Zwangsarbeit. Gerade in England waren sehr viele Menschen ohne Arbeit, ohne Land und landeten in Gefängnissen, die völlig überfüllt waren. Es kam immer wieder zu Phasen, in denen die Gefängnisse >geleert< wurden und die Insass:innen in englische Kolonien deportiert und dort zu Zwangsarbeit gepresst wurden. Anfang des 17. Jahrhunderts wurde diese Schuldknechtschaft gesetzlich verankert und so die Deportation legitimiert.

Wir können also sagen, dass es eine gezielte Strategie der Herrschenden in England war, sich der vielen aufrührerischen und unzufriedenen Menschen, die eine Gefahr für die bestehende Ordnung darstellten, zu entledigen und sie gleichzeitig als Schuldmägde und -knechte zu versklaven, um ihre Kolonien aufzubauen. Wir können annehmen, dass England in der Kolonialisierung deshalb eine Vormachtstellung einnehmen konnte, weil die Herrschenden gezielt die enteigneten Bevölkerungsmassen in den Kolonien eingesetzt haben.

Im etwa gleichen Zeitraum (1607) gründete die Virginia Company ihre erste Siedlung in Amerika: Jamestown. Francis Bacon, welcher maßgeblich an der Entstehung der neuen Strafgesetze in Großbritannien beteiligt war, hatte ebenfalls in die Virginia Company investiert. Er war es auch, der die nächste Herrschaftsmethode innerhalb der neuen Verhältnisse etablierte durch die Deportation von Strafgefangenen in die soeben gegründeten Kolonien. Er meinte,

»die sicherste Methode zur Vermeidung von umstürzlerischen Aktivitäten [...] ist sie körperlich zu entfernen«. »Denn wenn der Brennstoff bereitsteht, ist es schwer vorherzusagen, wann der Funke kommen wird, der ihn in Brand steckt.«

Im Zusammenhang mit dem Bettlergesetz von 1597 entstand so die Praxis, straffällige Vagabunden in die Kolonien zu deportieren.

³ Linebaugh, Peter / Rediker, Marcus: Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks. Berlin / Hamburg, Assoziation A 2008. S. 31.



Aufstand auf Barbados | Foto: wikipedia, gemeinfrei

Bestrafung und Kolonialisierung

Dieser Prozess dehnte sich auch auf Irland, Afrika, die Karibik und Amerika aus. Dort wurden die bekannten Methoden der Enteignung, Bestrafung und Kontrolle wiederholt und durch neue, den hiesigen Gegebenheiten entsprechende, ergänzt. 1563 stieg England in den Sklavenhandel ein. Bereits 1555 brachte John Lok die ersten ghanaischen Sklaven nach England, damit sie die englische Sprache lernten, um sie schließlich in Ghana als Übersetzer für Sklavenhändler einzusetzen. Und auch die deutsche Handelsfamilie der Fugger, welche die Niederschlagung der revoltierenden Bäuer:innen 1525 maßgeblich finanzierte, investierte bereits in den Sklavenhandel. Nur wenige Jahre nach der Landung Kolumbus' in Amerika erreichten Vertreter der Fugger 1499 mit 13 Schiffen Brasilien und annektierten es für die portugiesische Krone.

Die Aufständischen aus den Gefängnissen Großbritanniens wurden in großer Anzahl als sogenannte Schuldknechte und -mägde in die Kolonien deportiert. Viele revoltierten bereits auf der Überfahrt, und ebenso flohen viele Zwangsarbeiter:innen von den Plantagen der Virginia Company. Waren sie geflohen,

trafen sie auf die indigenen Gemeinschaften der Umgebung und wurden von diesen aufgenommen. In der Folgezeit organisierten Indigene, die europäischen Schuldknechte und -mägde und entflohen Sklav:innen gemeinsame Aufstände gegen die Plantagenbesitzer. Gefangene, Seeleute und Natives taten sich dabei zusammen, um Waffen und Werkzeuge aus den Vorratslagern der Virginia Company zu schmuggeln. In Jamestown desertierte während des Winters 1609/10 etwa jeder siebte Schuldknecht.

Kolonialisierung und Spaltung

Die Antwort der Herrschenden auf die desertierenden und aufständischen Arbeiter:innen in den Kolonien war eine Ausweitung der Strafgesetze, welche 1610 zur »Abfassung der Göttlichen, Moralischen und Militärischen Gesetze«⁴ führte, an denen auch Francis Bacon als Berater beteiligt war. Sie bestanden aus 37 Artikel, von denen 24 die Todesstrafe vorsahen. Sie waren vor allem militärischer Natur. Einer der

4 For the Colony in Virginea Brittania. Lawes Divine, Morall and Martiall, &c.

Hauptzwecke war es, Schuldknechte, Indigene aus Amerika und Sklav:innen aus Afrika voneinander fernzuhalten. Die Gesetze autorisierten den eingesetzten Gouverneur der Kolonie Sir Thomas Gate dazu, das Kriegsrecht zu verhängen, um die Kolonie zu disziplinieren und die Gewinne der Aktionäre zu sichern.

Doch auch in Virginia (Jamestown) entflohen Leibeigene und Sklav:innen nach wie vor gemeinsam und gingen in den Widerstand. Dies führte in den Jahren 1661 und 1662 zu einer weiteren Reihe von repressiven, spalterischen Gesetzen, in denen Leibeigene für die Zeit der Abwesenheit des Herren für die Sklav:innen verantwortlich erklärt wurden. 1664 wurden außerdem sogenannte »Mischehen« unter Strafe gestellt.

Der Widerstand der Arbeiter:innen kam 1675-76 in der Bacon-Rebellion zum Ausbruch. Im September kämpften Sklav:innen und Leibeigene gemeinsam gegen die Sklaverei. Sie brannten Jamestown nieder und plünderten die Ländereien. Es handelte sich um etwa 400 bewaffnete Sklav:innen und Leibeigene. Bei den Verhandlungen mit der englischen Seite wurde versucht, die Gruppe zu spalten, indem den Leibeigenen bessere Bedingungen versprochen wurden. Einige nahmen das Angebot an, andere desertierten, wieder andere wollten den Kampf fortsetzen. 80 Sklav:innen und 20 Leibeigene blieben unter Waffen. Letztlich mussten sie kapitulieren.

Um ihr System zu stabilisieren, trennten die Herrschenden zeitweise die Leibeigenen (in der Regel europäische Schuldknechte und -mägde) von den Sklav:innen. Diese Spaltung wurde auf Barbados in dem umfassenden Sklaven- und Leibeigenenkode von 1661 festgeschrieben, der zum Vorbild von ähnlichen Kodexen für andere Inseln wurde. Die Plantagenbesitzer versagten den einen uneingeschränkten Privatbesitz, während sie den anderen Schutz vor Gewalt und Ausbeutung gewährten. Die europäischen Schuldknechte wurden als eine Arbeiterelite aus Handwerkern, Aufsehern und Milizionären eingesetzt, die bewaffnet bei der Niederschlagung von Aufständen eingesetzt wurde.

1682 wurden weitere Gesetze erlassen, um die Menschen zu spalten: Versklavte Afrikaner:innen sollten Zeit ihres Lebens Sklav:innen bleiben, während Indigene zwölf Jahre lang als Leibeigene dienen und europäische Schuldknechte und -mägde nur vier bis fünf Jahre in befristeter Leibeigenschaft zubringen sollten. Außerdem wurden zunehmend europäische Schuldknechte und -mägde durch afrikanische Sklav:innen ersetzt. Ab den 1670ern wurden überall in den britischen Plantagenkolonien Gesetze erlassen, die die »christlichen« – das heißt zunehmend »weißen« – Kolonisten unterstützen und schützen sollten. Spätestens 1680 war die Ära des gemeinsamen Widerstands der Aufständischen aus drei Kontinenten als der wichtigste revolutionäre Kraft im atlantischen Raum vorbei.

Der Blick in die Geschichte

Der Blick in die Geschichte der Kolonialisierung zeigt, wie eng die Kämpfe gegen die Zerstörung der dörflichen Lebensweise überall auf der Welt zusammenhängen. Der Kampf gegen die Angriffe der Herrschenden wurde über den Atlantik hinweg auf allen drei Kontinenten gemeinsam geführt. Die Situation der Menschen in Westafrika tauchte in den Analysen der Widerstandsbewegungen in Großbritannien, die der Levellers und Diggers⁵, ebenso auf wie die Situation auf den Plantagen der ersten Kolonien Nordamerikas. Die Levellers organisieren sogar eine Flotte aus sechs Schiffen, die vor die Küste Westafrikas fuhr, um Sklavenschiffe zu befreien. Und auch die Menschen in Afrika und Nordamerika machten ihre eigenen Analysen über die Zustände in Europa.

Gleichzeitig wird deutlich, wie die Herrschenden eine gezielte Politik der Spaltung betrieben, nach dem alten römischen Motto von »Teile und Herrsche« und wie so der Grundstein für einen institutionalisierten Rassismus gelegt wurde, welcher es den Kolonisten ermöglichte, die Aufstände zu befrieden und ein System zu etablieren, welches auf der Aneignung der Arbeit versklavter und rassifizierter Menschen basiert. Die entstehenden Wissenschaften bzw. die Weiterentwicklung vorhandener, welche immer mehr das Weltbild der Religion ablösten, lieferten zudem die »wissenschaftlichen« Erklärungen, welche die Unterdrückung und Ausbeutung rechtfertigen sollten. Dass ausgerechnet Akteure wie Francis Bacon, der als Gründervater der modernen Wissenschaft gilt, gleichzeitig bei den Enteignungen und der Kolonialisierung eine zentrale Rolle spielte, zeigt, wie gezielt die verschiedenen Herrschaftsmethoden und ideologischen Leitlinien des Systems entwickelt und umgesetzt wurden.

Aus diesem System der Ausbeutung, das sich bald über die ganze Welt spannen sollte, entstand so der globale Markt und ein Wirtschaftssystem, das zwar vorgibt, keine Sklaverei mehr zu brauchen, um diesen Markt aufrechtzuerhalten, der aber immer noch überall auf den gleichen Methoden der Ausbeutung und Unterdrückung aufbaut: auf dem Ungleichgewicht der Macht des globalen Westens über den ausgebeuteten globalen Süden. Dieser Realität müssen wir uns in Europa bewusst sein. Die Lösungen aus dieser Krise können wir nur in Verbundenheit und aktiver Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen des globalen Südens erreichen. Nur in der Auseinandersetzung mit ihnen können wir die eigene Kolonialisierung erkennen und der Kollaboration mit den Herrschenden etwas entgegensetzen.



⁵ Während des englischen Bürgerkrieges (1642-1649) entstandene frühdemokratische Bewegungen.

Stephanie Barts neuer Roman beschreibt die 1970er Jahre aus der Sicht der RAF-Angehörigen Gudrun Ensslin

»Erzählung zur Sache«

Buchvorstellung von Elmar Millich

Mit dem Roman »Erzählungen zur Sache« ist Stephanie Bart ein Zeitsprung in die bleierne Zeit der 1970er Jahre gelungen. Auf 550 Seiten beschreibt sie aus der Sicht des prominenten RAF-Mitglieds Gudrun Ensslin deren Inhaftierung in Köln-Ossendorf und Stuttgart-Stammheim von ihrer Festnahme 1972 bis zur Todesnacht von Stammheim im Oktober 1977, in der sie zusammen mit Andreas Bader und Jan-Karl Raspe unter bisher ungeklärten Umständen zu Tode kam.

Nicht umsonst beginnt der Roman aber mit dem Angriff der RAF auf das US-Hauptquartier in Heidelberg im Mai 1972. Ihr Hauptziel war ein Computersystem, mit dem die US-Armee ihren Nachschub für die Flächenbombardierungen in Nord- und Südvietnam berechneten. In einer eigenwilligen Sprachform, die das ganze Buch durchzieht, wird hier die subjektive politische Motivation sichtbar, aus der die RAF ihren politischen Kampf entwickelt hatte in Solidarität mit den damaligen Befreiungskämpfen von Palästina bis Lateinamerika.

Bis auf einen weiteren Einschub, die Befreiung von Andreas Baader aus dem Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen 1970, beschreibt der Roman aber die Situation und den Kampf gegen die Haftbedingungen in den Gefängnissen und den Prozess gegen die RAF-Mitglieder in Stuttgart-Stammheim. Erstmals in der Geschichte der deutschen Justiz wurden international gewonnene Erkenntnisse über die persönlichkeitszerstörende Wirkung von Totalisolation gegen die Gefangenen der RAF eingesetzt. Der Roman legt minutiös dar, wie trotz nach außen demonstrierter Aufrechterhaltung des Rechtsstaatsprinzips Bundeskriminalamt, Bundesanwaltschaft und die Innenministerien in Bund und Ländern alle Fäden in der Hand hielten. Dagegen setzten die Gefangenen mehrere Hungerstreikkampagnen, die vom Staat mit Zwangsernährung gekontert wurden und im Tod von Holger Meins im November 1974 gipfelten.

Weiten Raum nimmt auch der Prozess in Stammheim ein, indem einzelne Prozesstage fast protokollarisch wiedergegeben werden. Systematisch versuchte der vorsitzende Richter Prinzing teils auf direkte Weisung der Bundesanwaltschaft die Rechte der Verteidigung – prominent vertreten u.a. durch

Klaus Croissant, Otto Schily und Christian Ströbele – auszuhebeln. Auch Teile der Strafverteidiger wurden Opfer der staatlichen Verfolgungshysterie in Form von Kanzleidurchsuchungen und Anklagen.

Spannend macht das Buch, dass es komplett aus der (recherchierten) Sicht von Gudrun Ensslin erzählt wird und keinerlei ideologische oder sprachliche Kompromisse eingeht. Darauf weist die Autorin auch in einem Vorspann hin, um sich vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen. Der von Stephanie Bart vollführte Zeitsprung fünfzig Jahre in die Vergangenheit zeigt aber auch, wie sehr die Deutungshoheit über internationale Entwicklungen zunehmend beim Staat und den führenden Medien liegen und sich die Spielräume für die politische Linke in Deutschland verengt haben. Mittlerweile wird fast jeder dem Westen nicht genehme bewaffnete Widerstand im Trikont mit dem Label »terroristisch« gebrandmarkt, während staatliche Massaker und Kriegsverbrechen entweder unter den Tisch gekehrt oder schöngeredet werden.

Das Buch ist aber auch für Leser:innen des Kurdistan Report von Interesse, weil es eine Kontinuität des Widerstands gibt. Auch wenn sich die RAF formal erst 1998 auflöste, gab es seit dem Beginn der 1990er Jahren in Teilen des mit der RAF sympathisierenden sogenannten antiimperialistischen Lagers in Deutschland eine Umorientierung hin zur kurdischen Befreiungsbewegung. Als Beispiel sei hier Andrea Wolf (Ronahî) erwähnt, die 1998 bei der kurdischen Guerilla ums Leben kam, vom türkischen Staat ermordet.

Am Schluss dieser Rezension soll nicht verschwiegen werden, dass die Lektüre des Buches mehr Konzentration erfordert, als Vergnügen bereitet. Das liegt zum einen am Inhalt des Stoffes, aber auch an der Sprache, die bewusst keine unterhaltenden oder spannungsaufbauenden Stilmittel verwenden will. Stephanie Barts Werk ist eine Dokumentation deutscher Zeitgeschichte in Romanform.

Stephanie Bart, Erzählung zur Sache
Secession Verlag Berlin, 550 S.
28,00 €



In der Türkei verfolgt. Von Deutschland abgelehnt:

Kurd:innen brauchen Schutz!

Ein Beitrag von PRO ASYL

Der folgende Text ist die gekürzte Version eines aktuellen Beitrags von PRO ASYL. Die vollständige Analyse mit ausführlichen Quellenangaben und weiteren Fallbeispielen ist am Ende dieses Artikels verlinkt.

Immer mehr Geflüchteten aus der Türkei wird ein Schutzstatus verweigert. Häufig zu Unrecht.

Flucht vor dem Regime Erdoğan: Asylantragszahlen auf Höchststand

Stigmatisiert, kriminalisiert, inhaftiert – immer mehr Kurd*innen aus der Türkei suchen Schutz in Deutschland: meist vergebens. Weiterhin hält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an der Annahme fest, dass die Türkei ein Rechtsstaat sei. Die dramatische Menschenrechtslage wird schöngeredet. Die deutsche Asylverweigerungspraxis muss dringend geändert werden.

Aras* und Serdan*¹ stammen aus dem Südosten der Türkei. Sie sind Kurden, mussten ihr Heimatland verlassen und sind vor der Verfolgung durch die türkische Strafjustiz nach Deutschland geflohen. Die türkische Strafjustiz behauptet, sie hätten sich terroristisch betätigt – sei es Terrorpropaganda, die Unterstützung einer Terrororganisation oder die Beteiligung an terroristischen Aktivitäten.

Beide bestreiten die Vorwürfe und mussten bereits Drohungen, Befragungen, Haftbefehle und Strafverfahren durch die türkische Strafjustiz über sich ergehen lassen. Bei Rückkehr in die Türkei befürchten sie die Fortsetzung der Verfolgung und ihre willkürliche Inhaftierung. Erschreckend ist: Bei keinem der beiden Männer hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Verfolgung anerkannt – ihre Asylanträge wurden abgelehnt.

Die Schicksale stehen exemplarisch für einen besorgniserregenden Trend. Auf der einen Seite steht die Erosion der Menschenrechte in der Türkei, unter der alle leiden, die nicht in das nationalkonservativ-religiöse Staatsprojekt von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan passen (wollen), wie viele Kurd*innen und ihre Unterstützer*innen. Auf der anderen Seite steht Deutschland, wo viele Schutz vor Verfolgung suchen, wo aber trotz der stärker werdenden Verfolgung die Schutzquote sinkt.

2023 wurden 61.181 Asylerstanträge türkischer Staatsbürger*innen registriert, damit haben sich die Antragszahlen im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Wie auch in den Vorjahren sind es besonders Kurd*innen aus der Türkei, die in Deutschland Sicherheit suchen.

Weiterhin erhalten sie statistisch gesehen wesentlich seltener Schutz als Antragsstellende der türkischen Bevölkerungsgruppe. Im ersten Halbjahr 2023 sank die bereinigte Schutzquote von Kurd*innen auf nur sieben Prozent ab. Die Schutzquote der türkischen Bevölkerungsgruppe lag mit 70 Prozent weiterhin wesentlich darüber.

Die niedrige Anerkennungsquote von Kurd*innen aus der Türkei steht im starken Kontrast zu der staatlichen Verfolgung, der viele Angehörige der Minderheit aufgrund des ihnen unterstellten oder tatsächlichen politischen Engagements ausgesetzt sind. Erdoğan's autokratische Wende findet unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung statt und geht Hand in Hand mit der Auflösung rechtsstaatlicher Standards. Viele Kurd*innen aus der Türkei geraten wegen (unterstellter) Verbindungen zu Organisationen, wie der auch in Deutschland verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, in den Fokus der türkischen Strafverfolgung.

Dabei kann jede kritische Äußerung über die türkische Regierung und deren Handlungen zur Verfolgung führen. So werden Meinungsäußerungen, die in demokratischen Staaten üblich sind, von der türkischen Regierung unter Terrorverdacht gestellt und verfolgt.

Auch mit Blick auf die andauernden Drohnenangriffe der Türkei auf das kurdisch geprägte Nordostsyrien, aber auch auf den Nordirak, bei dem gezielt zivile Infrastruktur zerstört wird, sprechen Interessensvertretungen in der Gesamtschau von ei-

¹ *Namen geändert.

ner »anti-kurdischen Politik«. Verstärkt durch die weitgehende Zerstörung durch das verheerende Erdbeben im Frühjahr 2023, das besonders den kurdisch geprägten Südosten der Türkei traf, hofften viele vor den Wahlen im Mai 2023 auf einen Wechsel an der Spitze des Landes. Nach der Wiederwahl des umstrittenen türkischen Staatspräsidenten jedoch bleibt für viele, besonders Kurd*innen, nur die Flucht.

Türkische Justiz: Mangelnde Unabhängigkeit und politische Instrumentalisierung

Die Vorwürfe der türkischen Justiz haben in vielen Fällen keinen Gehalt und sind in Deutschland strafrechtlich nicht von Bedeutung – dennoch zweifelt das Bundesamt die Asylrelevanz in der Regel an. Grob sind zwei Muster festzustellen: Zum einen werden die Schilderungen kurdischer Antragssteller regelmäßig als »nicht glaubwürdig« abgetan und überzogene Belege verlangt, die die Strafverfolgung beweisen sollen. In weiteren Fallkonstellationen wird die Verfolgung durch die türkische Justiz zwar anerkannt, jedoch mit dem Hinweis des »berechtigten Verfolgungsinteresse[s]« der Türkei als legitime Strafverfolgung eingestuft – und somit ein Schutzanspruch zurückgewiesen. Manchmal kommt beides zusammen. Beide Argumentationen bauen auf der Annahme auf, dass die türkische Justiz weiterhin rechtsstaatliche Standards erfüllt. Insbesondere in politischen Verfahren ist das jedoch längst widerlegt worden.

»Die Kommissarin ist alarmiert über die Tatsache, dass die türkische Justiz, insbesondere in Fällen mit Terrorismusbezug, ein noch nie dagewesenes Maß an Missachtung selbst der grundlegendsten Rechtsprinzipien an den Tag legt«, brachte es ein Bericht des Menschenrechtskommissariats des Europarats bereits im Februar 2020 auf den Punkt. Diese Feststellungen sind weiterhin aktuell. Erst im September 2023 verurteilte das Europäische Parlament unter anderem »die mangelnde Unabhängigkeit der [türkischen] Justiz und die politische Instrumentalisierung des Justizsystems« und verwies auf anhaltende Angriffe auf die Grundrechte etwa von Oppositionellen und Angehörigen von Minderheiten durch juristische und administrative Schikane.

Internationale Berichte über dramatische Missstände

Den erwähnten Bericht verfasste das Menschenrechtskommissariat des Europarats nach einer Reise in die Türkei im Jahr 2019. Zu dem Zeitpunkt waren bereits weitreichende Umwälzungen umgesetzt worden, die im Rahmen des Ausnahmezustands (Juli 2016 bis Juli 2018) nach dem gescheiterten Putschversuch von 2016 eingeleitet worden waren. So trafen

Verhaftungen und Suspendierungen auch große Teile der Richter*innenschaft sowie Staatsanwält*innen. Ersetzt wurden sie durch Personen, die dem Regime Erdoğan gegenüber als »absolut loyal« gelten. Das wird auch in der Weigerung der Türkei deutlich, Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – etwa in den Fällen Osman Kavala und Selahattin Demirtaş – zu befolgen. »Der Präsident und andere hochrangige Regierungsmitglieder behaupteten fälschlicherweise, dass derartige Entscheidungen für die Türkei nicht bindend seien«, hält Amnesty International fest.

Türkei: Fragwürdige Beweise führen zur Verurteilung

Etliche Strafverfahren und Verurteilungen zeugen von Rechtsunsicherheit und Willkür, die auch im Bericht des Europarats hervorgehoben werden. Das sich aus den Verfahren ergebende Gesamtbild legt nahe, dass in der Türkei systematisch prokurdische Parteien geschwächt und oppositionelle Stimmen unterdrückt werden sollen. Genutzt wird dabei immer wieder die breite Terrorismusdefinition. Zudem ziehen die türkischen Behörden und Gerichte auch den Tatbestand der Präsidentenbeleidigung (zwischen 2014 und 2020 mehr als 160.000 Anklagen) sowie das 2022 verabschiedete »Desinformationsgesetz« heran. Auf letzteres drohen bei Verurteilung Haftstrafen von bis zu drei Jahren.

Der Abbau rechtsstaatlicher Standards in Strafverfahren wird auch in den fragwürdigen Beweisen deutlich, die zur Verurteilung herangezogen werden. Ein Beispiel: Insbesondere beim Vorwurf von Verbindungen zu terroristischen Organisationen werden Verurteilungen auf Grundlage von Aussagen sogenannter Geheimzeug*innen gefällt. Es handelt sich dabei um Personen, die der Verteidigung nicht bekannt sind und die in türkischen Strafverfahren außerdem nicht befragt werden können. Ihre Existenz sowie ihre Aussagen sind folglich nicht überprüfbar, zu Verurteilungen kommt es trotzdem.

BAMF hält an der Mär des türkischen Rechtsstaats fest

Obwohl auch das Auswärtige Amt auf die strafrechtliche Verfolgung aufgrund nicht nachvollziehbarer Terrorismusvorwürfe, die breite Terrorismusdefinition und die Abhängigkeit der Justiz hinweist, übernimmt das BAMF die Strafvorwürfe unkritisch, wie der Fall von Aras deutlich macht. In seinem BAMF-Bescheid heißt es explizit: »Es kann nicht im Ansatz davon ausgegangen werden, dass das Verfahren des Antragstellers rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht entsprochen hat.«

Willkür der türkischen Strafverfolgung anerkennen

Sei es die Teilnahme an Demonstrationen und kritische Meinungsäußerungen wie bei Aras oder das parteipolitische Engagement wie bei Serdan: Aus dem Nichts können in der Türkei Terrorismusvorwürfe konstruiert werden.

Die dargestellten Fälle und eindeutigen Berichte, nicht zuletzt durch das Auswärtige Amt selbst, machen deutlich, dass Personen, die aufgrund politischer Tatvorwürfe in den Fokus staatlicher Ermittlung geraten sind, in der Türkei nicht mit einem rechtsstaatlichen Verfahren rechnen können. In den dargestellten Fällen geht es um Kurd*innen; die Feststellung, dass es keine rechtsstaatlichen Verfahren gibt, lässt sich aber auch auf Verfahren oppositioneller Gruppierungen oder Einzelpersonen sowie (vermeintliche) Angehörige des Gülen-Netzwerks übertragen.

Das BAMF muss endlich die Willkür der türkischen Strafverfolgung anerkennen und darf Verurteilungen aus der Türkei sowie Dokumente aus der türkischen Strafverfolgung nicht

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

unkritisch übernehmen. Es ist längst an der Zeit, dass die Länderleitsätze entsprechend angepasst und die Entscheidungspraxis kritisch überprüft werden. Die Abkehr von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei muss sich endlich auch auf die Schutzquote niederschlagen. Verfolgte des Erdoğan-Regimes brauchen Schutz!

<https://www.proasyl.de/news/in-der-tuerkei-verfolgt-von-deutschland-abgelehnt-kurdinnen-brauchen-schutz/>



Aras*1: Ablehnung trotz zahlreicher Belege

1 *Name geändert.

Aras ist kurdischer Aktivist und Mitglied der Demokratischen Partei der Völker (HDP), die stark unter Druck steht. Seit seinem Jugendalter ist er politisch aktiv. Auch in Deutschland betätigt sich Aras exilpolitisch, nimmt an prokurdischen Demonstrationen und politischen Veranstaltungen teil, außerdem ist er Mitglied in einem kurdischen Verein. Es gibt sogar Zeitungsartikel über ihn.

Probleme mit der türkischen Strafjustiz wegen seines Aktivismus bekam Aras früh. Bereits vor seinem 18. Lebensjahr wurde er zweimal verhaftet und verbrachte mehr als ein Jahr in der Türkei in Haft. Unrechtmäßig, wie er sagt. Unter anderem die Teilnahme an einer Demonstration und ein Sprachkursaufenthalt zum Kurdisch lernen wurden ihm zur Last gelegt. Aus Angst vor erneuter Verhaftung floh Aras 2019 aus der Türkei. Zuvor schlug er Versuche des türkischen Geheimdienstes aus, ihn als Spitzel anzuwerben. Ein weiterer Grund, der seine Sorge vor Repressionen vertiefte.

Verurteilung in Abwesenheit

Die Angst begründete sich schnell. Während er in Deutschland Schutz suchte, erfolgte die Verurteilung in der Türkei in seiner Abwesenheit. Ihm werden Terrorpropaganda und meh-

rere strafrechtliche Verstöße, die er im Rahmen von Demonstrationen verübt haben soll, vorgeworfen. Aras bestreitet die Anschuldigungen gegen ihn als freie Erfindung. Grundlage für die Verurteilung waren unter anderem Aussagen anonymen Zeug*innen.

Außerdem liegt ein neuer Haftbefehl vor, der sich auf ein Strafverfahren wegen Präsidentenbeleidigung bezieht. In den Sozialen Medien hatte Aras den Staatspräsidenten Erdoğan zuvor einen Dieb genannt, da er Steuergelder zum Bau seines Präsidentenpalastes veruntreut habe.

Er wird im Winter 2020 in Abwesenheit zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und zehn Monaten verurteilt. Die Strafe ist zur Bewährung ausgeschrieben. Während Aras, vertreten durch seinen Anwalt in der Türkei, von Deutschland aus in Berufung geht, laufen acht weitere Ermittlungsverfahren gegen ihn, hauptsächlich wegen Präsidentenbeleidigung. Mit einem fairen Prozess rechnet er in keinem der acht Fälle. Vielmehr geht er davon aus, dass er erneut verurteilt und damit die bereits verhängte Bewährungsstrafe widerrufen wird. Bei einer Rückkehr in die Türkei würde ihm damit eine mehrjährige Gefängnisstrafe drohen. Bei einer Inhaftierung ist mit menschenunwürdiger Behandlung und damit einem Verstoß

gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention zu rechnen.

Der erste Asylantrag scheitert an fehlenden Beweisen

Der Asylantrag von Aras in Deutschland wird abgelehnt. Er hat keine Beweise, die er dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über die politische Strafverfolgung in der Türkei vorlegen kann. In der Begründung ist zu lesen: »(...) [B]ei dem vorgetragenen Verfolgungsschicksal [handelt es sich] um zum Teil in der Bedrohungslage erheblich gesteigerte, zum Teil rein fiktive Narrative des Antragstellers, die nicht vollständig auf selbst erlebten Tatsachen beruht.«

Außerdem, so der Entscheider, könne es zwar sein, dass Aras in der Vergangenheit inhaftiert war und eine Strafverfolgung erfolgte, seine Verfolgung sei aber nicht mehr aktuell. Hinweise auf eine diskriminierende oder unverhältnismäßige Strafverfolgung gebe es nicht. Auch bezüglich der vorgeworfenen Präsidentenbeleidigung wiegelt das BAMF ab. So verweist es auf den in der »türkischen Tradition« verankerten verschärften Ehrenschatz für das Amt des Staatsoberhauptes und sieht in der Verfahrenserledigung keine unverhältnismäßigen oder diskriminierenden Bestrafungen durch die türkische Justiz, obwohl es in etwa einem Drittel der Anklagen tatsächlich zu Haftstrafen kommt. Stattdessen heißt es in dem Bescheid verklausuliert: »Selbst bei einer hypothetischen Wahrunterstellung des Sachvortrags und der kontrafaktischen Vorlage eines als authentisch geprüften schriftlichen Festnahmebefehls gegen seine Person, kann allein der Tatbestand einer Strafverfolgung wegen Beleidigung des türkischen Staatspräsidenten nicht grundsätzlich als staatliche Verfolgungshandlung gemäß §3a AsylG gewertet werden.«

Ablehnung trotz Dokumenten aus der Türkei

Zusammen mit seinem Rechtsanwalt gelingt es Aras, zahlreiche Nachweise über die erfolgten Verhaftungen, die Verurteilung, anhängige Strafverfahren sowie laufende Ermittlungsverfahren aus der Türkei zu beschaffen. Außerdem bestätigt sein türkischer Anwalt diese in einem Schreiben. Er kann die Inhaftierung, Strafverfolgung und Ermittlungen nun endlich mit Dokumenten belegen. Außerdem reicht er Nachweise über sein hervorgehobenes exilpolitisches Engagement ein. Auf dieser Grundlage stellt Aras kurz nach der ersten Ablehnung einen Folgeantrag.

Das Problem: Das Folgeverfahren wird vom selben Sachbearbeiter des BAMFs durchgeführt wie das Erstverfahren. Aras befürchtet, dass dadurch kein unabhängiges Verfahren ge-

währleistet ist, bewahrheitet sich leider. Trotz der hohen Beweislast wird auch der Folgeantrag abgelehnt. Aras reicht Klage ein, das Verfahren ist nun beim zuständigen Verwaltungsgericht anhängig.

Das BAMF erkennt politisch motivierte Strafverfahren

Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Asylantrag abgelehnt wurde, denn für die anhaltende strafrechtliche Verfolgung in der Türkei mit Bezug zu HDP-nahen Aktionen bestehen ebenso zahlreiche Belege wie für die exponierte, exilpolitische Betätigung von Aras. Dass das exilpolitische Engagement die Gefahr erhöht, in der Türkei verfolgt zu werden, wird vom BAMF schlichtweg ignoriert: »Auch aus den nachgewiesenen exilpolitischen Aktivitäten resultiert keine beachtliche Gefahr flüchtlingsschutzrelevanter Verfolgung bei Rückkehr ins Heimatland.«

Im Folgeverfahren erklärt Aras, dass die Anschuldigungen, die zu seiner Verurteilung führten, erfunden sind. Dazu das BAMF: »Zwar bestreitet der Antragsteller, die ihm im Urteil (...) zur Last gelegten Taten begangen zu haben, doch es ist grundsätzlich nicht Aufgabe des Bundesamtes, Urteile auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen. In der Regel ist die Annahme gerechtfertigt, dass Ausführungen wie sie sich aus einem Urteil ergeben, auch zutreffen. Ausnahmen vom obigen Grundsatz sind bei dem Vorliegen besonderer Anhaltspunkte, z.B. bei einem Urteil eines offensichtlichen Willkürstaates, jedoch möglich.« Und weiter: »Es kann nicht im Ansatz davon ausgegangen werden, dass das Verfahren des Antragstellers rechtstaatlichen Grundsätzen nicht entsprochen hat.«

Aus diesen Ausführungen im Bescheid wird deutlich, dass das BAMF davon ausgeht, dass die Türkei ein Rechtsstaat ist und Strafverfahren von kurdischen, HDP-nahen Aktivist*innen, denen terroristische Aktivitäten unterstellt werden, nach rechtsstaatlichen Prinzipien ablaufen.

In Aras Fall handelt es sich um eine willkürliche und politische Strafverfolgung. Die Strafanzeigen, Ermittlungsverfahren und auch die Verurteilung sind als solche zu bewerten. In den Strafverfahren wird seine Teilnahme an Demonstrationen zu Unrecht mit Vorwürfen von Gewalttätigkeit gegen Polizist*innen verbunden. Seine Kritik am Staatspräsidenten, die von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, wird unter die Paragrafen der Präsidentenbeleidigung und Beleidigung der türkischen Nation subsumiert. Die Grundlage der Verurteilung und Strafverfolgung ist höchst fragwürdig und wird vom BAMF weder hinterfragt noch als politisch erkannt und bewertet.



Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:

W. Struwe (V.i.S.d.P.), B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:

Kurdistan Report
c/o Civaka Azad
Franz-Mehring-Platz 1
10234 Berlin
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:

Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:

Einzelexemplar: 3,- Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,- Euro plus Portokosten

Titelbild:

Kundgebung in Solothurn im Rahmen der Kampagne »Freiheit für Öcalan und eine politische Lösung für die kurdische Frage« | Foto: ANF

Rückseite:

»Heraus zum 8. März« – Demonstration in Frankfurt zum internationalen Frauenkampftag | Foto: ANF
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion. Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

AZADI FREIHEIT

für Kurdinnen und Kurden
in Deutschland

SPENDEN ERBETEN

GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

- Solidarität
- Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung
- Mitglied werden

Informationen:

AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel: 0221/16 79 39 45
Fax: 0221/16 79 39 48
mail: azadi@t-online.de
web: www.nadir.org/azadi

Serdan*¹:

Verfolgt wegen politischer Aktivitäten für die HDP – aber keine Anerkennung in Deutschland

Serdan ist Kurde und Mitglied der Partei HDP (Demokratische Partei der Völker), die sich für Minderheitenrechte, insbesondere der kurdischen Minderheit, einsetzt. Die Türkei musste er verlassen, weil gegen ihn aufgrund seiner politischen Aktivität mehrere Straf- und Ermittlungsverfahren unter dem Vorwand der Terrorpropaganda eingeleitet wurden. Außerdem liegt ein Haftbefehl gegen ihn vor. Serdan drohen Strafverfahren und Haft, weil ihm die Mitgliedschaft in einer legalen Partei und sein Engagement für diese zulasten gelegt werden.

Sein Asylantrag in Deutschland wurde dennoch abgelehnt. Die Begründung: Serdans Vortrag in der BAMF-Anhörung sei unglaublich und widersprüchlich. Zudem habe er weder eine herausgehobene Stellung in der Partei gehabt, noch sei er exponiert politisch tätig geworden. Kurd*innen seien außerdem in der Türkei nicht landesweit verfolgt. Es bestünde eine inländische Fluchtalternative in der Westtürkei.

Serdan kann seine Verfolgung im Erstverfahren nicht über Dokumente nachweisen, nach der Ablehnung gelingt es ihm aber, über einen türkischen Anwalt Dokumente der zuständigen türkischen Staatsanwaltschaft zu beschaffen. Diese beweisen nun die politische Strafverfolgung, weshalb er mit seinem Anwalt einen Asylfolgeantrag stellt. Statt aber ein Folgeverfahren durchzuführen, wird der Antrag als unzulässig abgelehnt. Das BAMF stellt fest: »Bei den vorgelegten Unterlagen handelt es sich zur vollen Überzeugung der Unterzeichnerin of-

fensichtlich um Totalfälschungen.« Das ist eine falsche Bewertung der Dokumente. Das BAMF sieht daher weder Serdans Verfolgung belegt noch neue Gründe gegeben, um ein weiteres Verfahren durchzuführen.

Serdans Anwalt legt Klage und einen Eilantrag gegen die Entscheidung ein. Zunächst lehnt das zuständige Gericht den Eilantrag ab, weil auch das Gericht davon ausgeht, dass es nicht zu einer für Serdan günstigeren Entscheidung kommen würde.

Abschiebung in letzter Sekunde verhindert

Serdan gelingt es schließlich, über den türkischen Anwalt, seine UYAP-Zugangsdaten zu erhalten. Nun kann er selbst im türkischen Justizportal UYAP die gegen ihn vorliegenden Strafverfahren einsehen. Serdans Anwalt stellt mit den Beweisen aus UYAP einen weiteren Antrag bei Gericht, um die Abschiebung in die Türkei zu verhindern.

Die Ausländerbehörde hatte bereits aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet, als Serdan endlich die erleichternde Nachricht von seinem Anwalt bekam: Das Gericht hält es für möglich, dass durch die eingereichten Dokumente ein Asylfolgeverfahren doch durchgeführt werden könnte. Dadurch eröffnet sich für Serdan noch einmal die Chance, doch noch Schutz vor Verfolgung in der Türkei zu erhalten.

¹ *Name geändert.

HERAUS ZUM 8. MÄRZ!
JIN, JIYAN, AZADÎ

